

Presseecho Werra-Weser-Versalzung

September 2016

für den Vorstand: Dr. Walter Hölzel

Themen des Monats:

**Der Liebe Gott sieht alles – K+S ist verantwortlich für
Schwermetallbelastung des Grundwassers**

... stehen alle Räder still? – Hand in Hand mit den Bossen

Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben – Wer will noch was von K+S?

Lieber Arbeit als Trinkwasser – Hat jemand die Unterlieger gefragt?

Voll rehabilitiert? - Die Staatsanwaltschaft lässt nicht locker

Blinder Fleck der Hessischen Landesregierung: Trinkwasservernichtung

Daumen gesenkt – K+S in der Wirtschaftspresse

Themen:

1.	K+S ist verantwortlich für Schwermetalle im Grundwasser-----	S. 2
2.	Hand in Hand mit den Bossen-----	S. 12
3.	Rätselhafte Schutzengel-----	S. 27
4.	Wer will noch was von K+S?-----	S. 36
5.	Alle K+S-Rückstandshalden sind problematisch-----	S. 37
6.	Blinder Fleck: Trinkwasservernichtung-----	S. 40
7.	Oberweserpipeline-----	S. 44
8.	Daumen gesenkt: K+S in der Wirtschaftspresse-----	S. 45
9.	Neues von K+S-----	S. 50
10.	Aus der Politik-----	S. 52
11.	Was sonst noch interessant war-----	S. 58

Vorbemerkungen

In diesem Jahr scheint sich der Himmel über K+S geöffnet zu haben: Pleiten, Pech und Pannen bei der „KKF-Anlage“ und in dem neuen Solungsbergwerk in Kanada, weltweite Kali-Absatzkrise, Absturz des Börsenwertes, ein untaugliches Grundwassermodell usw. usw. ...

Auch im September fährt das Unternehmen wieder die Ernte einer offenbar missglückten Firmen- und Entsorgungspolitik ein:

Es wird öffentlich, was seit spätestens 2011 bekannt war, aber unter dem Deckel gehalten worden ist: K+S ist **verantwortlich für die Schwermetallbelastung des Grundwassers** durch Haldenlaugen. Wieder einmal werden **Vertuschungsvorwürfe** erhoben (**S. 2 ff.**). Die Behörden beeilen sich mit der Erklärung, Trinkwasser sei durch die Schwermetalle nicht bedroht und übersehen dabei geflissentlich, dass das Wasserhaushaltsgesetz nicht nur das Trinkwasser schützt, sondern das Grundwasser allgemein. Wieder einmal sind Behörden untätig geblieben, als ihre Aufgabe gewesen wäre, für das Schutzgut Grundwasser einzutreten (**S. 8+9**).

Dagegen werden die Augen fest geschlossen, wenn es um **behördlich festgestellte Trinkwasservernichtung** geht. Der Spiegel berichtet, dass durch die Laugenverpressung Trinkwasservorkommen vernichtet worden sind und dass weitere Beeinträchtigungen zu erwarten sind. K+S soll eigentlich mit einem „3D-Grundwassermodell“ belegen, dass solche Auswirkungen nicht zu besorgen sind. Fachbehörden sind ohnehin der Meinung, dass das von K+S vorgelegte Modell wegen schwerer Mängel grundsätzlich nicht aussagefähig ist. Trotzdem soll ein Behördengutachter weiter an diesem Modell arbeiten – das lässt Schlimmstes von der Landesregierung befürchten (**S. 40 f.**).

2015 hatte K+S einen Zusammenschluss mit dem kanadischen Kalihersteller PCS abgelehnt und prompt die Quittung kassiert: die Anleger haben das Vertrauen in das K+S-Management verloren und der Börsenwert des Unternehmens hat sich halbiert. PCS kann aber auch ohne den angeschlagenen deutschen Konzern auf die Kali-Absatzkrise reagieren. Der schon im August vermutete Zusammenschluss mit dem kanadischen Konzern Agrium ist im September vollzogen worden. Damit entsteht ein **neuer Branchenriese**, der die Absatzwege in Nordamerika und Asien belegt und damit das K+S-Solungsbergwerk „Legacy“ in Kanada direkt angreift. Das K+S-Management scheint es wieder verpatzt zu haben.

K+S scheint aber auch Schutzengel zu haben: das Landgericht Meiningen will den **Prozess gegen K+S-Mitarbeiter wegen Kollusion und Gewässerverunreinigung** nicht eröffnen (**S. 27**). „Das Rätsel der versalzenen Brunnen bleibt ungelöst“ höhnt die Wirtschaftswoche (**S. 32**). Allerdings sind die Beklagten damit nicht „voll rehabilitiert“, wie die HNA Standortbürgermeister zitiert (**S. 34**). Ein Straftäter ist nicht schon dann rehabilitiert, wenn seine Straftat verjährt ist. Die Staatsanwaltschaft scheint der Meinung zu sein, dass sich K+S nicht auf eine Genehmigung berufen kann, wenn diese mit einer Straftat erwirkt worden ist – auch nicht nach einer Verjährung. Sie hat deshalb Beschwerde gegen das Urteil eingelegt (**S. 33**).

Arbeit oder Trinkwasser – diese, wie man inzwischen weiß: falsche Alternative versucht man uns seit Jahrzehnten einzureden und spielt dabei mit den Ängsten der K+S-Arbeitnehmer. „Arbeit oder Trinkwasser“ schien auch das Motto einer Menschenkette zu sein, welche die **IG BCE Hand in Hand mit den K+S-Bossen** veranstaltet hat (**S. 12**). Dort wurde gefordert, der K+S Kali GmbH Genehmigungen zu erteilen, die nach behördlicher Meinung zu einer weiteren Trinkwasservernichtung führen wird. „Auch ein Umweltbüro hat in einem Behördengutachten berechnet, dass bei 28 von 49 Trinkwassergewinnungsanlagen der Grenzwert für Chlorid bis 2050 überschritten werde“ schreibt Der Spiegel (**S. 40**).

Die Forderung der Organisatoren und ihrer Unterstützer ist nicht ohne Widerspruch geblieben (**Ss. 14-17, 23-26**).

Lustig – der Wiesbadener Landtag berät über Überarbeitung der Landesverfassung und diskutiert auch über die dort verankerte Möglichkeit, bestimmte Industriebereiche verstaatlichen zu können. Auf wen - wie ein Abgeordneter der Grünen argwöhnt – soll diese Möglichkeit wohl angewandt werden? Richtige Antworten an den Pressesprecher der K+S AG (**S. 58**).

Wie sich die Vorgänge ähneln – der Hessischen Umweltministerin wird wiederholt vorgeworfen, **Tatsachen zu vertuschen**, die K+S unangenehm sein könnten und im Bundesumweltministerium werden kritische Hinweise auf die VW-Abgasaffäre mit dem Hinweis „Tretmine“ markiert – und gelöscht (**S. 59**).

Ein Kasseler Bürger hat **der hessischen SPD den Kopf gewaschen** – aber gründlich (**S. 60**).

1. K+S ist verantwortlich für Schwermetalle im Grundwasser

<http://www.insuedthueringen.de/regional/thueringen/thuefwhuedeu/Die-Belastung-des-Wassers-kommt-wohl-von-der-Halde;art83467,5072772>

Südthüringer Zeitung 09.09.2016

Die Belastung des Wassers kommt wohl von der Halde

In der Kali-Gemeinde Unterbreizbach dürfen Grundwasser und der Bach "Wolfsgraben" nicht mehr genutzt werden. Ursache ist die benachbarte große Halde.

Unterbreizbach/Weimar - Mit einer sogenannten Allgemeinverfügung hat das Thüringer Landesverwaltungsamt die Grundwassernutzung in der Kali-Gemeinde Unterbreizbach (Wartburgkreis) eingeschränkt. In der Verfügung heißt es, zum Schutz der Bevölkerung sei eine "zeitweilige Einschränkung der Nutzung des Grundwassers erforderlich". Überdies dürfe im Bach "Wolfsgraben" nicht mehr gebadet und aus ihm kein Wasser entnommen werden. Auch das Tränken von Tieren ist untersagt.

Das Landesverwaltungsamt begründet seine Verfügung mit der Kalihalde im benachbarten Hattdorf (Hessen). Zur Überwachung würden Proben von Grundwasser und Quellen genommen. Dabei seien neben einer hohen Salzkonzentration auch Schwermetalle festgestellt worden. Diese lägen "weit über den (...) Geringfügigkeitsschwellen". Insbesondere durch Nickel, Kupfer, Cadmium, Blei und Zink werde das Grundwasser belastet. Der "Wolfsgraben" könne zumindest zeitweise Belastungen mit Nickel, Cadmium und Blei aufweisen. Laut Landesverwaltungsamt ist "nachgewiesen", dass durch das Haldensickerwasser das Grundwasser "lokal geschädigt ist".

Unterbreizbach hat zusammen mit seinen Ortsteilen rund 3500 Einwohner. Die Gemeinde lebt vom Kalibergbau. Der K+S-Konzern betreibt hier eine Grube, ein Verarbeitungswerk sowie ein Forschungszentrum. "Das Unternehmen ist der mit Abstand größte Arbeitgeber", sagt Bürgermeister Roland Ernst (parteilos).

Entsprechend zurückhaltend reagiert der Bürgermeister auf die Verfügung des Landesverwaltungsamtes. Man dürfe das nicht verharmlosen, aber die Einwohner seien nicht unmittelbar betroffen, sagt er. "Die Einschränkungen sind eigentlich gering." So führe der "Wolfsgraben" an rund 200 Tagen im Jahr gar kein Wasser. Der Bereich, in dem das Grundwasser nicht mehr genutzt werden dürfe, befinde sich außerhalb der Bebauung. Die Gemeinde habe ohnehin keine eigenen Trinkwasserbrunnen. Für die Weidehaltung durch die Agrarvereinigung bedeute das, an den Quellen keine Rinder mehr zu tränken. In diesen Bereichen sei die Weide bereits eingestellt worden.

Laut dem Bürgermeister ist die Salzbelastung durch die Kalihalde im Nachbarort schon lange bekannt. Neu sei die Belastung mit Schwermetallen. Das habe ihn wirklich "überrascht". Ihm zufolge stammen die Schwermetalle jedoch nicht aus der Kalihalde. Vielmehr sorgten die salzhaltigen Sickerwässer dafür, dass die Metalle aus dem Boden ausgewaschen würden und so in das Grundwasser und von da in Quellen und Gewässer gelangten.

Die Kaliindustrie an der Werra wird von Kritikern schon seit langem dafür verantwortlich gemacht, dass sie das Grundwasser belastet. Die Gemeinde Gerstungen (Wartburgkreis) ist mehrfach vor Gericht gescheitert, dem Konzern Beschränkungen auferlegen zu lassen. Ein Teil der bei der Kaliproduktion anfallenden Abwässer wird in den Untergrund versenkt. Darin sieht Gerstungen große eine Gefahr für seine Trinkwasserbrunnen. Auch in Osthessen wurden laut einem amtlichen Gutachten steigende Chlorid-Konzentrationen in Brunnen festgestellt. *Ek*

PM BI Für ein lebenswertes Werratal 24.09.2016

Jahrelanger Gesundheitsgefährdung durch Schwermetalle wurde nicht nachgegangen

Seit Jahren fragen wir ausgehend von hohen Krebsraten in unserer Region bei den Behörden in Hessen und Thüringen und bei K+S nach, ob von den Kalirückstandshalden eine Gesundheitsgefährdung durch Verwehungen oder durch Haldenabwässer für die Bevölkerung ausgeht.

Immer hieß die Antwort, kein Problem, alle Grenzwerte liegen im zulässigen Bereich.

Jetzt auf einmal stellt man fest, dass schon seit Jahren, vielleicht schon seit Jahrzehnten das Grundwasser und auch Fließgewässer um Unterbreizbach lokal durch Schwermetalle hochgradig belastet sind. Die Ursache wären versickernde Abwässer der Hattorfer Halde, die durch chemische Reaktionen Schwermetalle freisetzen.

Die Ursachenforschung ist das eine, jedoch der Schutz der Bevölkerung muss im Vordergrund stehen.

Deshalb ist es skandalös, dass hier wissentlich über längere Zeit gegen Gesetze verstoßen worden ist und damit die Bevölkerung möglicherweise über längere Zeit mit krebserregenden Schwermetallen in Berührung gekommen ist.

Sich jetzt der Verantwortung entziehen zu wollen, wie z.B. das Hessische Umweltministerium, mit dem Argument, dass ja das Trinkwasser nicht belastet sei, ist völlig inakzeptabel aber nicht untypisch wenn es um die Entsorgungsprobleme von K+S geht, denn allzu oft verhalten sich hier die Behörden destruktiv und werden erst aktiv, wenn ihnen Fehlverhalten nachgewiesen wird.

Von Interesse ist nun, wie K+S und die zuständigen Behörden reagieren, denn Schwermetalle lassen sich nicht durch eine Landesgrenze aufhalten, das heißt, wie sieht es auf der hessischen Seite aus. Ebenfalls wäre schnellstens zu klären, ob die gleichen Probleme in der Umgebung der anderen Großhalden in Neuho/Ellers und Heringen auftreten.

Die Bevölkerung in unsere Region ist angesichts dieser Gefahrensituation verunsichert und verliert zunehmend das Vertrauen in das rechtsstaatliche Handeln der Behörden.

Sie hat deshalb das Recht umfassend zu erfahren, wie dieser unhaltbare Zustand beseitigt wird und wie man zukünftig durch eigene umfassendere Kontrollen der Umweltgesetzgebung gerecht wird.

Klaus Reinhardt

<http://hessenschau.de/wirtschaft/giftige-schwermetalle-durch-ks-halde,ks-schwermetalle100.html>

K+S Werk in Philipsthal Giftige Schwermetalle im Grundwasser gemessen

Veröffentlicht am 25.09.16 um 11:48 Uhr

Beim Düngemittelhersteller K+S sind nach hr-Informationen auf der hessischen Seite der Halde Hattdorf giftige Schwermetalle im Grundwasser gemessen worden. Das Umweltministerium forderte das Unternehmen auf, die Ursachen dafür zu klären.

Der Düngemittelhersteller kommt nicht aus den Schlagzeilen: K+S hat gegenüber dem hr-Magazin defacto eingeräumt, dass auch auf der hessischen Seite der Halde Hattorf Schwermetallkonzentrationen gemessen wurden.

Bislang hatte das Unternehmen die giftigen Konzentrationen lediglich auf der thüringischen Seite eingeräumt. Das hessische Umweltministerium bestätigt erhöhte Werte im schwebenden Grundwasserleiter und erklärt gegenüber defacto, dass jedoch keine Gefährdung für die Bevölkerung bestünde, da der Hauptgrundwasserleiter nicht zur Trinkwassergewinnung verwendet würde.

Die Behörde stellt jedoch klar: "Auch wenn die betroffenen Grundwasserleiter nicht zur Trinkwassergewinnung genutzt werden, ist das Unternehmen K+S aufgefordert, Untersuchungen zu den möglichen Ursachen der höheren Schwermetallkonzentrationen durchzuführen." Weitere Grundwasser-Messstellen sowie die notwendigen Messungen der Grundwasserbeschaffenheit direkt an der Halde seien behördlich veranlasst worden.

Grundwasser-Nutzung in Unterbreizenbach untersagt

Im Juli hatte die thüringische Kontrollbehörde, das Landesverwaltungsamt, jede Nutzung von Grundwasser in einem großen Gebiet der Gemeinde Unterbreizbach untersagt, nachdem an der Halde Schwermetalle in giftigen Konzentrationen gemessen wurden. Darunter Zink, Cadmium, Blei, Kupfer und Nickel. Der Geringfügigkeitsschwellenwert wurde dabei zum Teil um das Tausendfache überschritten.

Mitarbeiter bangen um Arbeitsplätze

K+S ist ein wichtiger Arbeitgeber in der Region. Anfang September hatten mehr als 12.000 Menschen mit einer [Menschenkette für den Erhalt von Arbeitsplätzen](#) demonstriert. Das Motto: "Hand in Hand für die Kaliindustrie im Werratal". Der Hintergrund: K+S darf derzeit wegen einer Übergangserlaubnis nur begrenzt und bis Ende des Jahres

Salzabwasser in tiefe Gesteinsschichten versenken. Deshalb hatten seit April an mehreren Standorten wiederholt Teile der Produktion und Kali-Förderung geruht.

<http://www.hna.de/lokales/rotenburg-bebra/giftige-schwermetall-konzentrationen-philippsthal-6782573.html>

HNA 25.09.2016

Giftige Schwermetall-Konzentrationen bei K+S in Philippsthal

Philippsthal. Der Düngemittelhersteller K+S hat gegenüber dem Magazin „defacto“ des hr-Fernsehens eingeräumt, dass Schwermetallkonzentrationen auch auf der hessischen Seite der Halde Hattorf gemessen wurden.

Bislang hatte das Unternehmen die giftigen Konzentrationen lediglich auf der thüringischen Seite eingeräumt.

Das hessische Umweltministerium bestätigt erhöhte Werte und erklärt gegenüber „defacto“, dass keine Gefährdung für die Bevölkerung bestünde, da der Hauptgrundwasserleiter nicht zur Trinkwassergewinnung verwendet würde.

Die Behörde stellt jedoch klar: „Auch wenn die betroffenen Grundwasserleiter nicht zur Trinkwassergewinnung genutzt werden, ist das Unternehmen K+S aufgefordert, Untersuchungen zu den möglichen Ursachen der höheren Schwermetallkonzentrationen durchzuführen.“ Weitere Grundwasser-Messstellen sowie die notwendigen Messungen der Grundwasserbeschaffenheit direkt an der Halde seien behördlich veranlasst worden.

Cadmium, Blei, Kupfer

Im Juli hatte die Thüringische Kontrollbehörde, das Landesverwaltungsamt, jede Nutzung von Grundwasser in einem großen Gebiet der Gemeinde Unterbreizbach untersagt, nachdem an der Halde Schwermetalle in giftigen Konzentrationen gemessen wurden. Darunter Zink, Cadmium, Blei, Kupfer und Nickel. Der Geringfügigkeitsschwellenwert wurde dabei zum Teil um das Tausendfache überschritten. (red)

http://www.paderzeitung.de/index.php?option=com_content&task=view&id=15568&Itemid=246

Paderzeitung 25.09.2016

Verschweigen verschärft die Probleme

Das Thüringer Landesverwaltungsamt hat im Juli 2016 die Nutzung des Grundwassers im Bereich der Rückstandshalde Hattorf der K+S Kali GmbH untersagt, weil davon eine Gefahr für die Allgemeinheit ausgeht. Das Grundwasser ist mit Haldenwässern verunreinigt und enthält deshalb auch beträchtliche Mengen an Schwermetallen wie Blei, Cadmium, Kupfer und Nickel. Jetzt wird öffentlich, dass das Problem den Behörden seit mindestens 2011 bekannt ist. Es sind aber keine Anstrengungen unternommen worden, um die Belastung des Grundwassers mit Schwermetallen auch nur einzugrenzen.

Das Landesverwaltungsamt schreibt: "Es ist nachgewiesen, dass durch den Eintrag des Haldensickerwassers in den Untergrund das Grundwasser, insbesondere das Grundwasser im schwebenden Grundwasserleiter, lokal geschädigt ist."

Angeblich stammt der Schwermetallgehalt nicht aus den Haldenlaugen selbst, sondern wird von diesen aus den Tonschichten des Untergrundes herausgelöst. Diese Theorie ist nicht grundsätzlich auszuschließen, allerdings wurden keine nachprüfbaren Belege vorgelegt. Fest scheint nur zu stehen, dass die Geringfügigkeitsschwellenwerte für Schwermetalle um das 5000-fache überschritten werden. Die genaue Herkunft der Schwermetalle ist aber auch unerheblich.

Das Wasserhaushaltsgesetz (WHG) schreibt vor, dass Abfälle nur so abgelagert werden dürfen, dass das Grundwasser nicht nachteilig beeinflusst wird. Dabei spielt es keine Rolle, ob Schadstoffe bereits in den Abfällen enthalten sind oder

ob sie erst durch chemische Reaktionen freigesetzt werden. Im Vordergrund steht der Schutz des Grundwassers. Deshalb kann es auch nicht helfen, wenn sich das Hessische Umweltministerium auf die Behauptung zurück zieht, das Trinkwasser sei durch diesen Schwermetalleintrag nicht gefährdet. Das WHG schützt nicht speziell das Trinkwasser, sondern allgemein das Grundwasser. Deshalb hätten sofort nach Bekanntwerden des Schwermetallproblems Maßnahmen ergriffen werden müssen, um den Eintrag in das Grundwasser einzuschränken und ihn mittelfristig abzustellen. Der spanische Kalihersteller Iberpotash löst das Problem der Haldenlaugen mit moderner Technik. Iberpotash hat in Katalonien zwei Rückstandshalden betrieben, deren Sickerwässer ebenfalls in das Grundwasser eindringen. Auf Druck der EU-Kommission und der spanischen Gerichte haben die Behörden der Iberpotash S.A. die weitere Salzaufhaltung untersagt und den Rückbau der Halden angeordnet. Iberpotash hat im "Plan Phoenix" die hierfür notwendigen Investitionen bereitgestellt. 2017 wird auch der Betrieb der letzten Rückstandshalde eingestellt, die Aufarbeitung des Haldenmaterials zu hochwertigen Rohstoffen hat bereits in diesem Jahr begonnen. In weniger als 50 Jahren werden die Halden verschwunden sein.

Die deutschen Behörden versuchen, die Probleme durch Verschweigen zu beseitigen. Wieder müssen wir feststellen, dass die gravierendsten Auswirkungen der K+S-Entsorgungspraxis erst durch Nachforschungen der Medien bekannt werden. Die Behörden verweigern die Herausgabe von wichtigen Unterlagen, obwohl sie nach dem Umweltinformationsgesetz dazu verpflichtet wären. Ihre Veröffentlichung muss immer wieder durch Gerichtsentscheid erzwungen werden und sie gelangen regelmäßig erst mehrmonatiger Verspätung in die Hände der betroffenen Anrainer von Werra und Weser. Aus solchen Unterlagen wissen wir, dass auch Akten "bereinigt" worden sind, bevor sie ein Gericht zu sehen bekam.

"Dem K+S-Vorstand mag das gefallen, aber unser Vertrauen in ein rechtsstaatliches Handeln der Behörden schwindet immer mehr. Wir bezweifeln, dass man Arbeitsplätze retten kann, wenn dabei das Recht verletzt", so Dr. Walter Hölzel, Vorsitzender der Werra-Weser-Anrainerkonferenz.

Europaticker 26.09.2016

europaticker:

LINKE will die Hessische Umweltministerin zur Grundwasserverseuchung durch K+S befragen

Werra-Weser-Versalzung: Verschweigen verschärft die Probleme

Das Thüringer Landesverwaltungsamt hat im Juli 2016 die Nutzung des Grundwassers im Bereich der Rückstandshalde Hattorf der K+S Kali GmbH untersagt, weil davon eine Gefahr für die Allgemeinheit ausgeht, schreibt der Vorsitzende der Vorsitzender Werra-Weser-Anrainerkonferenz, Dr. Walter Hölzel. Das Grundwasser sei mit Haldenwässern verunreinigt und enthält deshalb auch beträchtliche Mengen an Schwermetallen wie Blei, Cadmium, Kupfer und Nickel. Jetzt wird öffentlich, dass das Problem den Behörden seit mindestens 2011 bekannt ist. Es sind aber keine Anstrengungen unternommen worden, um die Belastung des Grundwassers mit Schwermetallen auch nur einzugrenzen. Ebenfalls meldet sich der Sprecher der Bürgerinitiative „Für ein lebenswertes Werratal“, Klaus Reinhardt, zu Wort. Seit Jahren verlangt die BI Erklärungen zu den hohen Krebsraten in der Region.

Das Thüringer Landesverwaltungsamt ist die zentrale Mittelbehörde des Freistaates Thüringen, die im Jahr 1990 gegründet wurde. Es ist innerhalb des dreistufigen Verwaltungsaufbaus in Thüringen als obere Landesbehörde das Verbindungsglied zwischen den kommunalen Unteren Behörden (Landkreisen, kreisfreien Städten) Thüringens und der Thüringer Landesregierung als Oberste Behörde. Da Thüringen nicht in Regierungsbezirke unterteilt ist, ist es für das gesamte Landesgebiet zuständig. Als Vollzugs-, Aufsichts- und Widerspruchsbehörde erstrecken sich seine Aufgaben über alle Fachbereiche der Thüringer Ministerien. Das Landesverwaltungsamt ist Dienst- und Fachaufsichtsbehörde der kommunalen Behörden.

Das Landesverwaltungsamt schreibt: „Es ist nachgewiesen, dass durch den Eintrag des Haldensickerwassers in den Untergrund das Grundwasser, insbesondere das Grundwasser im schwebenden Grundwasserleiter, lokal geschädigt ist.“

Angewiesen stammt der Schwermetallgehalt nicht aus den Haldenlaugen selbst, sondern wird von diesen aus den Tonschichten des Untergrundes herausgelöst. Diese Theorie ist nicht grundsätzlich auszuschließen, allerdings wurden keine nachprüfbaren Belege vorgelegt. Fest scheint nur zu stehen, dass die Geringfügigkeitsschwellenwerte für

Schwermetalle um das 5000-fache überschritten werden. Die genaue Herkunft der Schwermetalle ist aber auch unerheblich. Das Wasserhaushaltsgesetz (WHG) schreibt vor, dass Abfälle nur so abgelagert werden dürfen, dass das Grundwasser nicht nachteilig beeinflusst wird. Dabei spielt es keine Rolle, ob Schadstoffe bereits in den Abfällen enthalten sind oder ob sie erst durch chemische Reaktionen freigesetzt werden. Im Vordergrund steht der Schutz des Grundwassers. Deshalb kann es auch nicht helfen, wenn sich das Hessische Umweltministerium auf die Behauptung zurück zieht, das Trinkwasser sei durch diesen Schwermetalleintrag nicht gefährdet. Das WHG schützt nicht speziell das Trinkwasser, sondern allgemein das Grundwasser. Deshalb hätten sofort nach Bekanntwerden des Schwermetallproblems Maßnahmen ergriffen werden müssen, um den Eintrag in das Grundwasser einzuschränken und ihn mittelfristig abzustellen.

Der spanische Kalihersteller Iberpotash löst das Problem der Haldenlaugen mit moderner Technik

Iberpotash hat in Katalonien zwei Rückstandshalden betrieben, deren Sickerwässer ebenfalls in das Grundwasser eindringen. Auf Druck der EU-Kommission und der spanischen Gerichte haben die Behörden der Iberpotash S.A. die weitere Salzaufhaltung untersagt und den Rückbau der Halden angeordnet. Iberpotash hat im „Plan Phoenix“ die hierfür notwendigen Investitionen bereitgestellt. 2017 wird auch der Betrieb der letzten Rückstandshalde eingestellt, die Aufarbeitung des Haldenmaterials zu hochwertigen Rohstoffen hat bereits in diesem Jahr begonnen. In weniger als 50 Jahren werden die Halden verschwunden sein.

Die deutschen Behörden versuchen, die Probleme durch Verschweigen zu beseitigen

Wieder müssen wir feststellen, dass die gravierendsten Auswirkungen der K+S-Entsorgungspraxis erst durch Nachforschungen der Medien bekannt werden. Die Behörden verweigern die Herausgabe von wichtigen Unterlagen, obwohl sie nach dem Umweltinformationsgesetz dazu verpflichtet wären. Ihre Veröffentlichung muss immer wieder durch Gerichtsentscheid erzwungen werden und sie gelangen regelmäßig erst mehrmonatiger Verspätung in die Hände der betroffenen Anrainer von Werra und Weser. Aus solchen Unterlagen wissen wir, dass auch Akten „bereinigt“ worden sind, bevor sie ein Gericht zu sehen bekam.

„Dem K+S-Vorstand mag das gefallen, aber unser Vertrauen in ein rechtsstaatliches Handeln der Behörden schwindet immer mehr. Wir bezweifeln, dass man Arbeitsplätze retten kann, wenn dabei das Recht verletzt“, so Dr. Walter Hölzel, Vorsitzender der Werra-Weser-Anrainerkonferenz.

LINKE: Schwermetalle verseuchen Grundwasser im hessisch-thüringischen Grenzgebiet - und Hessens Umweltministerium schweigt

Die salzhaltigen Abwässer der Halden von K+S stellen ein zunehmend größer werdendes Problem da. Eine Abdeckung ist bis dato aufgrund ihrer Größe (44 Mal das Volumen der Cheopspyramiden) nicht möglich. Das durch Niederschläge ausgewaschene Salz darf nicht in das Grundwasser gelangen. Die salzhaltigen Haldensickerwässer müssen aufgefangen und sicher entsorgt werden und das über ca. 1000 Jahre. So lange bleiben uns die Halden erhalten, wenn wir nicht anderer Lösungen finden. Wie aus einer Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE. im Hessischen Landtag hervorgeht, betragen alleine die Abwässer der Halde in Hattorf über 770.000 Kubikmeter jährlich. Ein Großteil der Kapazität der Speicherbecken von K+S muss für die Haldenabwässer vorgehalten werden und steht nicht für die Abwässer aus der Produktion zur Verfügung. (Anfrage LINKE: [Salzabwasserentsorgung bei K+S: Kapazität der Stapelbecken, 18.07.2016, Drs. 19/3644](#))

Durch die Recherchen des hr ist bekannt geworden, dass seit spätestens 2011 die Haldenabwässer im Untergrund der Hattorfer Halde Schwermetalle aus einer Tonschicht herauslösen und das Grundwasser verseuchen. Zum Schutz des Grundwasser schreibt das Wasserhaushaltsgesetz (WHG) vor, dass Abfälle nur so abgelagert werden dürfen, dass das Grundwasser nicht nachteilig beeinflusst wird. Es ist dabei völlig unerheblich, ob Schadstoffe bereits in den Abfällen enthalten sind oder ob sie erst durch die Haldenabwässer freigesetzt werden. Auch ist es nicht von Bedeutung, ob das Grundwasser aktuell als Trinkwasser genutzt wird oder nicht. Das WHG schützt nicht speziell das Trinkwasser, sondern das gesamte Grundwasser als natürliche Ressource. Das sollte auch die grüne Hessische Umweltministerin wissen.

Die Fraktion DIE LINKE. im Hessischen Landtag ist seit Jahren der Auffassung, dass die Abfälle aus der Kaliproduktion wieder in die Hohlräume unter Tage gebracht werden müssen und nicht einfach in die Landschaft, das Grundwasser oder die Flüsse gekippt werden dürfen. Die umweltfreundliche und fachgerechte Entsorgung ist die Aufgabe von K+S und nicht der nachfolgenden Generationen über 1000 Jahre.

Bl: Jahrelanger Gesundheitsgefährdung durch Schwermetalle wurde nicht nachgegangen

Seit Jahren fragen wir ausgehend von hohen Krebsraten in unserer Region bei den Behörden in Hessen und Thüringen und bei K+S nach, ob von den Kalirückstandshalden eine Gesundheitsgefährdung durch Verwehungen oder durch

Haldenabwässer für die Bevölkerung ausgeht. Immer hieß die Antwort, kein Problem, alle Grenzwerte liegen im zulässigen Bereich, so Klaus Reinhardt von der Bürgerinitiative „Für ein lebenswertes Werratal.“

Jetzt auf einmal stellt man fest, dass schon seit Jahren, vielleicht schon seit Jahrzehnten das Grundwasser und auch Fließgewässer um Unterbreizbach lokal durch Schwermetalle hochgradig belastet sind. Die Ursache wären versickernde Abwässer der Hattorfer Halde, die durch chemische Reaktionen Schwermetalle freisetzen.

Die Ursachenforschung ist das eine, jedoch der Schutz der Bevölkerung muss im Vordergrund stehen.

Deshalb ist es skandalös, dass hier wissentlich über längere Zeit gegen Gesetze verstoßen worden ist und damit die Bevölkerung möglicherweise über längere Zeit mit krebserregenden Schwermetallen in Berührung gekommen ist.

Sich jetzt der Verantwortung entziehen zu wollen, wie z.B. das Hessische Umweltministerium, mit dem Argument, dass ja das Trinkwasser nicht belastet sei, ist völlig inakzeptabel aber nicht untypisch wenn es um die Entsorgungsprobleme von K+S geht, denn allzu oft verhalten sich hier die Behörden destruktiv und werden erst aktiv, wenn ihnen Fehlverhalten nachgewiesen wird.

Von Interesse ist nun, wie K+S und die zuständigen Behörden reagieren, denn Schwermetalle lassen sich nicht durch eine Landesgrenze aufhalten, das heißt, wie sieht es auf der hessischen Seite aus. Ebenfalls wäre schnellstens zu klären, ob die gleichen Probleme in der Umgebung der anderen Großhalden in Neuho/Ellers und Heringen auftreten.

Die Bevölkerung in unsere Region ist angesichts dieser Gefahrensituation verunsichert und verliert zunehmend das Vertrauen in das rechtsstaatliche Handeln der Behörden. Sie hat deshalb das Recht umfassend zu erfahren, wie dieser unhaltbare Zustand beseitigt wird und wie man zukünftig durch eigene umfassendere Kontrollen der Umweltgesetzgebung gerecht wird.

Weitere Informationen:

Hinweis: Unter nachfolgendem Link ist der defacto-Beitrag (25.09.2016) [Giftige Schwermetalle im Grundwasser - Wie K+S das Wasser in Unterbreizbach verseucht](#) in der ARD-Mediathek nachzusehen. S. auch die Hessenschau vom gleichen Tag. LINKE will am Donnerstag im Umweltausschuss (29.09.2016 ab 10 Uhr) die Hessische Umweltministerin Priska Hinz zu dieser öffentlich gewordenen Grundwasserverseuchung durch K+S befragen.

<http://www.ardmediathek.de/tv/defacto/Giftige-Schwermetalle-im-Grundwasser-W/hr-fernsehen/Video?bcastId=3437388&documentId=37947064>

<http://www.thueringer-allgemeine.de/startseite/detail/-/specific/Schwermetalle-belasten-Grundwasser-am-Fuss-der-Kali-Abraumhalde-1465933440>

Thüringer Allgemeine 28.09.2016

Schwermetalle belasten Grundwasser am Fuß der Kali-Abraumhalde

Problem seit 2011 bekannt. Kritiker fordern Aufklärung über Gefahren auch an anderen Halden. K+S will Ursachen erforschen und mehr messen.

Unterbreizbach. Nach Salz im Grundwasser nun auch Schwermetalle: Die Kritiker des Kalikonzerns K+S fordern Aufklärung darüber, welche Gefahren von den Abraumhalden im Werrarevier ausgehen.

Im August erließ das Landesverwaltungsamt eine Verordnung, nach der auf einem großen Teil des Gemeindegebiets von Unterbreizbach jede Nutzung des Grundwassers verboten wurde. Das betraf auch den "Wolfsgraben", einen Bach, der über die Ulster in die Werra fließt. Der Grund: Bei Messungen im Rahmen des Grundwassermonitorings waren Schwermetallwerte im Wasser festgestellt worden, die teils deutlich über den Grenzwerten lagen.

Peter Huttel, bei K+S für diese Thema zuständig, erläuterte bei einer Bürgerversammlung Ende August in Unterbreizbach, dass die Schwermetalle nur vereinzelt von der Hattorfer Abraumhalde selbst stammen würden. Vielmehr würden offenbar Sickerwässer von der Halde teilweise in den lehm- und tonhaltigen Boden eindringen. Dort würden sie die Metalle – Blei, Kupfer, Cadmium und Nickel — auswaschen, über Quellen treten sie dann zutage. Die Ulster sei davon nicht betroffen.

K+S will wissenschaftlich untersuchen lassen, wie die Schwermetalle genau in den "schwebenden Grundwasserleiter" kommen, der über der Tonschicht steht. Außerdem soll eine Drainage in dem betroffenen Gebiet gebaut werden, die die verunreinigten Wässer sammelt. Danach sollen, so Peter Huttel, das Wasser aufbereitet und die Schwermetalle daraus entfernt werden. Auch auf hessischer Seite der Halde wurden Schwermetalle im Grundwasser festgestellt, wie der Hessische Rundfunk vor wenigen Tagen berichtete. Das Umweltministerium hat K+S aufgefordert, Untersuchungen zu Ursachen zu unternehmen und neue Messstellen einzurichten. Dem werde man nachkommen, sagte K+S-Sprecher Ulrich Göbel.

Wie lange ist die Schwermetallbelastung tatsächlich schon bekannt? Während Huttel bei der Veranstaltung in Unterbreizbach laut "Südthüringer Zeitung" von wenigen Monaten sprach, sagte Bürgermeister Roland Ernst, dass man wisse, dass die Schwermetalle bereits über Jahre auf Wiesen und Äcker ausgetreten seien. Auch Göbel räumte in einem Beitrag des Hessischen Rundfunks ein, dass das Problem schon seit 2011 bekannt sei. Erst mit der Zunahme von Messstellen sei das Problem immer sichtbarer geworden.

Bürgerinitiative beklagt erneut Vertrauensverlust

Die Werra-Weser-Anrainerkonferenz (WWA) und die Bürgerinitiative "für ein lebenswertes Werratal" konstatieren, dass das Schwermetall-Problem "seit Jahren, vielleicht schon Jahrzehnten" (laut BI) andauere und "den Behörden mindestens seit 2011 bekannt ist" (laut WWA). Sie beklagen, dass das Problem verschwiegen und verdrängt werde. Auch das Thüringer Umweltministerium räumte ein, dass das Problem schon länger bekannt sei, die Schwermetall-Messwerte aber erst im Oktober 2015 stark gestiegen seien.

Die BI fordert, aufzuklären, wie groß die Gefahr durch die Halden für die Bevölkerung ist. Zudem müsse geprüft werden, ob es an den Abraumhalden in Neuhof/Ellers und in Heringen ähnliche Probleme gebe wie in Hattorf. Auch wenn die Halden möglicherweise nicht die Quelle der Schwermetalle seien, so würden diese Lagerstätten doch das Problem verursachen, ist die Sicht der WWA. Sie verweist erneut darauf, dass es mittlerweile Technologien gebe, aus den Halden hochwertige Rohstoffe herzustellen und sie so abzubauen.

Erneut beklagen WWA und BI einen Vertrauensverlust in die Behörden, die "erst aktiv werden, wenn ihnen Fehlverhalten nachgewiesen wird", so Klaus Reinhardt von der BI. "Unser Vertrauen in ein rechtsstaatliches Handeln der Behörden schwindet immer mehr", schreibt Walter Hölzl, WWA-Vorsitzender. Und weiter: "Wir bezweifeln, dass man Arbeitsplätze retten kann, wenn man dabei das Recht verletzt".

Erst vor kurzem hatten im Kalirevier 12000 Menschen für den Erhalt der K+S-Arbeitsplätze demonstriert. Dies dürfe jedoch nicht dauerhaft auf Kosten der Umwelt gehen, entgegneten die Kritiker des Konzerns.

Klaus Wuggazer / 28.09.16 / TA

<https://rp-kassel.hessen.de/pressemitteilungen/hessisches-umweltministerium-und-regierungspraesidium-kassel-untersuchen-am-fu%C3%A4sidium-kassel-untersuchen-am-fu%C3%9Fe>

Pressemitteilung des RP Kassel 28.09.2016

RP prüft Schwermetallbelastung

Hessisches Umweltministerium und Regierungspräsidium Kassel untersuchen am Fuße der Rückstandshalden das Grund-/Oberflächenwasser hinsichtlich einer evtl. Schwermetallbelastung.

Dem Regierungspräsidium Kassel werden im Zuge der Untersuchungen des Grund- und Oberflächenwassers rund um die Rückstandshalden der Kaliindustrie vermehrt Fragen gestellt, die wir hier im Internet aufgreifen.

1. Wurden auch auf hessischer Seite – analog zu Thüringen – Nutzungseinschränkungen beziehungsweise -verbote für Grund-/Oberflächenwasser ausgesprochen. Sind diese angedacht?

Nach den beim RP Kassel vorliegenden Informationen geht von der Schwermetallbelastung des Grundwassers in Hessen keine Gefahr aus. Hintergrund ist, dass das erhöhte Schwermetallkonzentrationen aufweisende Grundwasser des schwebenden Grundwasserleiters in Hessen nicht genutzt wird und auch nicht an der Oberfläche, in Form von Quellen, austritt. Ein unmittelbarer Kontakt mit dem Menschen liegt nicht vor. Auch Landökosysteme werden nach derzeitigem Kenntnisstand nicht beeinträchtigt.

Die Situation verhält sich somit grundlegend anders als auf der thüringischer Seite der Rückstandshalde, wo der belastete schwebende Grundwasserleiter zu Tage tritt und eine Nutzung des belasteten Wassers nicht auszuschließen ist und Maßnahmen der Gefahrenabwehr notwendig sind.

2. In welchem Maße wurden die Grenzwerte überschritten?

Unmittelbar am Fuß der Rückstandshalde werden deutlich über den Grenzwerten der Trinkwasserverordnung liegende Konzentrationen an Schwermetallen und Aluminium gemessen. Die höchsten Werte in Hessen werden an Grundwassermessstellen festgestellt, die am südwestlichen Rand der Rückstandshalde nahe der Landesgrenze zu Thüringen liegen. Der schwebende Grundwasserleiter strömt hier südöstlich in Richtung des Breizbachtals (Richtung Thüringen) ab, wo Maßnahmen der Thüringer Wasserbehörden getroffen wurden.

3. Seit wann sind die Überschreitungen bekannt?

Das Umweltministerium wurde im Juni 2016 über die erhöhten Schwermetallkonzentrationen informiert.

4. Gibt es einen Austausch mit den thüringischen Umweltbehörden über die Schwermetallbelastung und wenn ja seit wann? Gehen die Behörden beider Bundesländer das Problem koordiniert an und wenn ja, welche weiteren Schritte werden folgen?

Sofern erforderlich, sind wasserwirtschaftliche Anordnungen durch die örtlich zuständigen Behörden zu treffen. Insoweit handeln die thüringischen und hessischen Behörden in eigener Zuständigkeit und Verantwortung. Informationen werden zwischen den Behörden kontinuierlich ausgetauscht. Die thüringischen und hessischen Behörden haben das Unternehmen K+S dazu verpflichtet, weitere Grundwassermessstellen im Haldenumfeld einzurichten, um bessere Kenntnisse über die hydraulische und hydrochemische Situation zu gewinnen.

Ob und welche weiteren Maßnahmen auf hessischer Seite erforderlich sein werden, hängt wesentlich von den Ergebnissen der Ursachenforschung ab.

5. Wie soll Abhilfe geschaffen werden?

K+S wurde zum einen verpflichtet, das Messstellennetz zu erweitern, um eine noch bessere Kontrolle zu gewährleisten. Zum anderen wurde K+S aufgefordert, die Auswirkungen der Rückstandshalde auf die Umwelt und insbesondere den Boden und das Grundwasser zu ermitteln. Bei unerwarteten nachteiligen Auswirkungen muss das Unternehmen Maßnahmen ergreifen, um diesen entgegen zu wirken. Derzeit werden durch K+S die Wirkmechanismen untersucht, die zu den erhöhten Schwermetallkonzentrationen im Grundwasser führen. Sobald die Ergebnisse hierzu vorliegen, wird über weitere kurzfristige Maßnahmen entschieden.

Eine Begrünung der Halden ist die mittel- bis langfristig wirksamste Maßnahme, um präventiv die Salz- und Schwermetallbelastung im Grundwasser des Haldenumfelds in Zukunft deutlich zu reduzieren. Das von den Umweltminister/Innen der Flussgemeinschaft Weser in Kraft gesetzte Maßnahmenprogramm Salz sieht aus diesem Grunde eine flächendeckende Haldenabdeckung und -begrünung der Halde Hattorf vor.

6. Treten gleiche oder ähnliche Probleme auch an den Halden der Standorte Wintershall (Heringen) und Neuho/Ellers auf?

Auch an den beiden anderen Halden wird das Grundwasser regelmäßig untersucht und das Messprogramm, wenn erforderlich, verdichtet. Derzeit wurden jedoch keine derartig hohen Konzentrationen an Schwermetallen oder Aluminium festgestellt.

PM Die Linke Hessen 29.09.2016

K+S-Halde Hattorf: Umweltministerin wusste schon länger von einer Schwermetallbelastung – das Ganze riecht nach Vertuschung

Zu den Ausführungen von Hessens Umweltministerin Priska Hinz (Grüne) zu den schwermetallhaltigen Grundwässern unterhalb der Abraumhalde von K+S in Philippsthal (Hattorf) erklärt Marjana Schott, umwelt- und Verbraucherschutzpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, im Hessischen Landtag:

„Dass Umweltministerin Priska Hinz darauf beharrt, die Anreicherung von Schwermetallen im Grundwasser unterhalb der Halde sei nicht besorgniserregend, ist skandalös. Während die Thüringer Behörden handeln und eine Sanierung der betroffenen Gewässer stattfindet, soll in Hessen noch nicht einmal von einer ‚Besorgnis‘ gesprochen werden.“

Dieses Vorgehen habe juristische Gründe, so Schott. Wenn die Umweltministerin zugäbe, dass hier von einer Besorgnis gesprochen werden müsse, müsste sie laut Gesetz die wasserrechtliche Genehmigung für die Halde in Frage stellen. Ebenfalls mehr als erstaunlich sei, dass Hinz heute einräumen musste, dass das Ministerium bereits seit längerem über die Schwermetallbelastung informiert gewesen sei.

Schott: „Zum wiederholten Mal begibt sich Hinz hier auf juristisches Glatteis. Völlig abstrus ist die Argumentation, dass auf hessischer Seite ja nur das Grundwasser und keine Bäche wie in Thüringen betroffen seien. Das Wasserhaushaltsgesetz regelt ganz klar, dass das Grundwasser allerhöchsten Schutz genießt, gleichgültig, ob es aktuell als Trinkwasser genutzt wird oder nicht.“

Und wenn das Ministerium schon seit längerem informiert war, stellt sich die Frage, warum die Öffentlichkeit erst aufgrund der Recherche des Hessischen Rundfunks von der Grundwasserverseuchung erfuhr. Das Ganze ist höchst intransparent und riecht nach Vertuschung.“

<http://www.hersfelder-zeitung.de/lokales/philippsthal/hohe-werte-hattorf-6797859.html?cmp=defrss>

Hersfelder Zeitung 29.09.2016

Wintershall und Neuhof nicht betroffen

Schwermetallbelastung an K+S-Abraumhalden: Hohe Werte nur in Hattorf

Philippsthal/Heringen. Erhöhte Schwermetallkonzentrationen sind bislang nur im Umfeld der Abraumhalde des K+S-Standorts Hattorf bei Philippsthal gemessen worden. Das teilte eine Sprecherin des hessischen Umweltministeriums auf Nachfrage unserer Zeitung mit.

Die Halden des Standorts Wintershall bei Heringen sowie des Werks Neuhof-Ellers (Landkreis Fulda) seien demnach nicht betroffen. Auch an diesen Halden werde das Grundwasser regelmäßig untersucht und das Messprogramm, wenn erforderlich, verdichtet. Derzeit seien dort jedoch keine derartig hohen Konzentrationen an Schwermetallen oder Aluminium festgestellt worden. Nach einem Bericht des Hessischen Rundfunks werden diese durch salzhaltige Abwässer aus tieferliegenden Tonschichten ausgewaschen.

Nicht an der Oberfläche

Über die erhöhten Schwermetallwerte in Hattorf sei das Ministerium im Juni informiert worden. Unmittelbar am Fuß der Rückstandshalde wurden demnach deutlich über den Grenzwerten der Trinkwasserverordnung liegende Konzentrationen an Schwermetallen und Aluminium gemessen.

Die höchsten Werte in Hessen wurden laut Ministeriums-Sprecherin an Grundwassermessstellen festgestellt, die am südwestlichen Rand der Rückstandshalde nahe der Landesgrenze zu Thüringen liegen. Der schwebende Grundwasserleiter ströme hier südöstlich in Richtung des Breizbachtals nach Thüringen.

Nach den beim RP Kassel vorliegenden Informationen gehe von der Schwermetallbelastung des Grundwassers in Hessen keine Gefahr aus, heißt es aus dem Umweltministerium. Das Grundwasser des sogenannten schwebenden Grundwasserleiters werde in Hessen nicht genutzt und trete auch nicht in Form von Quellen an der Oberfläche aus.

Anders sehe die Situation auf thüringischer Seite der Rückstandshalde aus. Dort trete das belastete Wasser zu Tage. Im

Juli hatte die thüringische Kontrollbehörde deshalb jede Nutzung von Grundwasser in einem großen Gebiet der Gemeinde Unterbreizbach untersagt

In Hessen wurde K+S verpflichtet, das Messstellennetz zu erweitern, um eine noch bessere Kontrolle zu gewährleisten. Zum anderen sei das Unternehmen aufgefordert worden, die Auswirkungen der Rückstandshalde auf die Umwelt und insbesondere den Boden und das Grundwasser zu ermitteln.

Bei unerwarteten nachteiligen Auswirkungen müsse das Unternehmen Maßnahmen ergreifen, um diesen entgegen zu wirken. Derzeit würden durch K+S die Wirkmechanismen untersucht, die zu den erhöhten Schwermetallkonzentrationen im Grundwasser führen. Sobald die Ergebnisse hierzu vorlägen, werde über weitere kurzfristige Maßnahmen entschieden, teilt die Behördensprecherin mit. (jce)

PM WWA 30.09.2016

Werra-Weser-Versalzung

Haldenlaugen in Katalonien: Verursacher muss das Grundwasser sanieren

Der Strafgerichtshof in Manresa hatte drei ehemalige Manager des spanischen Kaliherstellers Iberpotash S.A. wegen Umweltvergehen zu Haftstrafen verurteilt. Sie hatten zugelassen, dass Sickerwässer der dortigen Salz-Rückstandshalden in den Untergrund und das Grundwasser gelangen. Nun verlangt das Gericht von Iberpotash, das kontaminierte Grundwasser zu sanieren.

Schon 2014 hatten die spanischen Behörden den Betrieb der Rückstandshalden untersagt. Iberpotash muss die Salzaufhaltung spätestens 2017 einstellen und bis zur Betriebsaufgabe die Halden zurückbauen sowie die Aufstandsflächen sanieren. Die nötigen Investitionen hat Iberpotash in seinem „Plan Phoenix“ bereit gestellt. Iberpotash konnte die Betriebsumstellung ohne Arbeitsplatzverlust umsetzen und in den Aufbereitungsanlagen für das Haldenmaterial zusätzliche Arbeitsplätze schaffen.

Mit einer sechsmonatigen Frist verlangt das Gericht von Iberpotash, einen Sanierungsplan für die verunreinigten Brunnen und Grundwasserleiter vorzulegen.

Auch in Deutschland gelangen Haldensickerwässer der K+S Kali GmbH in den Untergrund und versalzen das Grundwasser. Erst kürzlich wurde bekannt, dass im thüringisch-hessischen Grenzgebiet das Grundwasser wegen des Laugeneintrags in erheblichem Ausmaß mit Schwermetallen belastet ist. Nach einer Recherche des Hessischen Rundfunks ist den Behörden das Problem seit 2011 bekannt. In Thüringen darf seit Juli 2016 in den betroffenen Gebieten kein Grundwasser mehr entnommen werden.

Die hessischen Behörden haben demgegenüber auch jetzt noch keine Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung angeordnet, auch der Betrieb der Rückstandshalden wurde nicht untersagt. Vielmehr werden Erlaubnisverfahren zur Haldenerweiterung durchgeführt.

Weitere Informationen:

<http://www.regio7.cat/bages/2016/09/29/jutge-dona-mig-any-iberpotash/381156.html>

<http://www.wasser-in-not.de/dateien/presse/pressemitteilungen/2016-09-01%20Werra-Weser-Anrainerkonferenz-PM.pdf>

2. Hand in Hand mit den Bossen

<http://osthessen-news.de/n11538652/grossaktion-geplant-13-kilometer-10000-menschen-kali-revier-geht-auf-die-strasse.html>

Osthessen News 02.09.2016

Kirchenglocken werden läuten

Großaktion geplant: 13 Kilometer - 10.000 Menschen: Kali-Revier geht auf die Straße

Wer mit der Existenz von Bergbau-Kumpeln spielt, der muss mit heftiger Gegenwehr rechnen. Weil das Politikum um die Entsorgung von Salzabwässern an den K+S-Standorten in der Region Philippsthal / Unterbreizbach / Heringen kein Ende zu nehmen scheint, wollen am kommenden Donnerstag tausende Menschen auf die Straße gehen. Wenn alles klappt, wird sich nachmittags um 15 Uhr folgendes Bild zeigen: Von Unterbreizbach bis Heringen (Werra) stehen mindestens 10.000 Menschen, die ein Flatterband verknoten und ebenso viele Luftballons in den Himmel steigen lassen. Dazu werden die Glocken aller evangelischen Kirchen im Kali-Revier läuten.

Aufgerufen dazu haben der Betriebsrat des Werks Werra und die Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE). Die Betriebsräte aller anderen deutschen Standorte von K+S haben sich dem Aufruf angeschlossen. „Es ist fünf vor zwölf für uns“, betont Harald Döll, Vorsitzender des Betriebsrats im Werk Werra und des K+S-Gesamtbetriebsrats. „Wir wollen ein Zeichen setzen und auf die vielen tausend Arbeitsplätze hinweisen, die im Werratal und darüber hinaus auf dem Spiel stehen.“ Wegen ausstehender Genehmigungen und sehr stark begrenzter Entsorgungsmöglichkeiten hat sich die Situation des Werks Werra in den trockenen Sommermonaten weiter zugespitzt. Seit April 2016 sind bis zu 1.000 der insgesamt 4.400 Beschäftigten immer wieder in Kurzarbeit

„Genehmigungen sind notwendig, um das Werk und die Umweltmaßnahmen erfolgreich und wirtschaftlich weiter betreiben zu können“, sagt Döll. „Dazu müssen Behörden und Politik ihren Ermessensspielraum endlich wieder nutzen.“ Faktisch wären 16.000 Menschen in der Region von einem Aus betroffenen. Letztlich aber hätte die ganze Region in Nord- und Osthessen sowie Westthüringen mit den Folgen zu kämpfen. „Die Kali-Kumpel haben einfach Angst um ihre Jobs“, bringt es Döll auf den Punkt. Monatelange Kurzarbeit zerrt an deren Nerven. Die Solidarität ist jedoch riesig. Aus allen K+S-Standorten werden Mitarbeiter kommen, die Zulieferbetriebe machen mit. Auch die Großkonzerne B.Braun Melsungen und Conti in Bebra werden sich an der Menschenkette beteiligen. Auch der K+S-Standort in Neuhoof-Ellers wird sich besonders stark beteiligen, erklärte Döll.

Die Salzabwässer aus dem südlichen Landkreis Fulda werden seit Jahren in einer Pipeline nach Philippsthal transportiert. „Trotzdem ist es wichtig, dass viele Menschen aus der näheren und weiteren Umgebung kommen“, betont Döll weiter. Die Organisatoren sorgen dafür, dass alles reibungslos klappt. Insgesamt 14 Shuttlebusse bringen die Menschen zu den einzelnen Punkten auf der Strecke. Sie werden von der Grubenwehr und den Freiwilligen Feuerwehren der Region unterstützt. Jeder Bus hat seine festen Ansprechpartner. Unterwegs und an den Werksstandorten gibt es Getränke. Die Straße zwischen Unterbreizbach und Hattorf wird für den durchfahrenden Verkehr gesperrt, ansonsten sind die Straßen frei. Döll und Friedrich Nothhelfer, IG BCE Bezirksleiter Kassel, bitten die Gäste aus den Anliegergemeinden, möglichst zu Fuß oder mit dem Fahrrad an die Strecke zu kommen.

Zahlreiche Mitarbeiter von K+S wollen nach dem Aufruf des Betriebsrats mit Bussen aus ganz Deutschland anreisen. „Wir freuen uns über die große Solidarität unserer Kollegen und der vielen Unterstützer“, so Döll. „Ohne das Werk Werra stirbt nicht nur die Region im Werratal. Ohne das Werk Werra ist der Fortbestand der Kaliindustrie in Deutschland insgesamt in akuter Gefahr.“

Nach der Menschenkette gibt es eine Abschlusskundgebung auf dem großen Parkplatz vor dem Werkstor in Hattorf. Dort wird auch K+S-Vorstandsvorsitzender Norbert Steiner sprechen. Die komplette K+S-Vorstandsetage hat sich zu dieser einzigartigen Aktion angesagt. Nach deren Ende werden die Besucher mit den Shuttlebussen zu ihren Herkunftsorten oder Parkplätzen entlang der Strecke gebracht. Ein Streckenplan inklusive der Parkplätze wird in Kürze auf www.kali-gmbh.com/werra und auf Facebook unter <https://www.facebook.com/handinhandkaliindustriewerratal> hochgeladen. Wem es möglich ist, der möge bitte zu Fuß, mit dem Fahrrad oder mit Fahrgemeinschaften anreisen. Das Mitführen von Tieren, außer Behindertenführhunden, ist bei einer solchen Veranstaltung leider nicht gestattet. (Hans-Hubertus Braune / pm)

http://www.focus.de/regional/hessen/bergbau-k-s-betriebsrat-bergleute-haben-angst-um-arbeitsplaetze_id_5890166.html

Focus 02.09.2016

Bergbau: K+S-Betriebsrat: Bergleute haben Angst um Arbeitsplätze

Mit einer Menschenkette im hessisch-thüringischen Kalirevier wollen Bergleute des Konzerns K+S auf die Gefährdung ihrer Arbeitsplätze aufmerksam machen.

„Es geht um 4400 Arbeitsplätze im Werk Werra“, sagte Betriebsratschef Harald Döll am Freitag im hessischen Philippsthal. Grund seien die sich verschärfenden Entsorgungsprobleme für die salzhaltigen Produktionsabwässer. Sie hätten 2016 bereits für jeweils 50 Tage Kurzarbeit in den Werken Unterbreizbach in Thüringen und Hattorf in Hessen gesorgt. Zur Menschenkette am 8. September würden etwa 10 000 Bergleute auch anderer deutscher Standorte, Familienangehörige, Beschäftigte von Zulieferern und Menschen aus der Region erwartet.

http://www.focus.de/finanzen/news/wirtschaftsticker/bergleute-bilden-menschenkette-gegen-jobverlust-im-kalirevier_id_5890749.html

Focus 02.09.2016

Bergleute bilden Menschenkette gegen Jobverlust im Kalirevier

Bergleute des Düngemittelkonzerns K+S haben wegen der Entsorgungsengpässe für Abwasser aus der Kali-Produktion Angst um ihre Arbeitsplätze.

Mit einer Menschenkette am 8. September im hessisch-thüringischen Kalirevier wollen sie auf ihre Sorgen aufmerksam machen und Genehmigungen fordern, damit die Produktion nicht weiter gedrosselt werden müsse, sagte Betriebsratschef Harald Döll am Freitag im hessischen Philippsthal. „Es geht um 4400 Arbeitsplätze im Werk Werra...Wir wollen ein Zeichen setzen.“

Zur Menschenkette auf rund 13 Kilometern von Unterbreizbach über Philippsthal nach Heringen würden bis zu 10 000 Bergleute auch anderer deutscher Standorte, Familienangehörige, Beschäftigte von Zulieferern und Menschen der Region erwartet. Unterstützt werde die Aktion von der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie. Die Umweltgefährdung durch den Kali-Abbau beschäftigt seit Jahren die Landespolitik in Hessen und Thüringen.

Der Entsorgungsengpass für salzhaltige Produktionsabwässer hat nach Angaben von Döll in diesem Jahr bereits für jeweils 50 Tage Kurzarbeit in den Werken Unterbreizbach in Thüringen und Hattorf in Hessen gesorgt. Davon seien insgesamt mehr als 1000 Beschäftigte betroffen.

Hintergrund ist, dass K+S derzeit nur eine Übergangserlaubnis der hessischen Behörden hat, um Salzabwasser begrenzt und bis Jahresende in tiefe Gesteinsschichten zu versenken. Der zweite Entsorgungsweg über die Werra ist ebenfalls begrenzt und hängt vom Wasserstand des Flusses ab. Der Betriebsrat befürchte, dass das Kontingent zur Versenkung von Salzabwasser möglicherweise bereits Ende September aufgebraucht sein könnte. Die Verunsicherung der Belegschaft wachse. „Wir hoffen, dass die Behörden ihren Ermessensspielraum ausschöpfen, um uns zu helfen“, sagte Döll.

Thüringen hatte, um die Kurzarbeit in Unterbreizbach zu beenden, Mitte August die Genehmigung erteilt, vorübergehend bis zu 200 000 Kubikmeter Lauge in das stillgelegte Grubenfeld Springen einzuleiten. Zu einem späteren Zeitpunkt muss sie aber wieder abgepumpt werden. „Wir sind dankbar dafür. Thüringen hat sich um das Problem gekümmert“, so der Betriebsrat. Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linke) hat einen Kali-Gipfel angekündigt. Er werde derzeit vorbereitet und solle im Spätherbst stattfinden, sagte Regierungssprecher Günter Kolodziej auf Anfrage in Erfurt.

Nach Einschätzung von Döll braucht K+S trotz Investitionen in Anlagen zur Laugenverringering noch bis 2021 die Möglichkeit, Abwasser zu versenken. Als Alternative in der Zukunft ist unter anderem eine Pipeline zur Nordsee im Gespräch.

<http://www.thueringer-allgemeine.de/web/zgt/politik/detail/-/specific/Ramelow-solidarisiert-sich-mit-Beschaeftigten-von-K-S-398738387>

Thüringer Allgemeine 04.09.2016

Ramelow solidarisiert sich mit Beschäftigten von K+S

Trotz anhaltender Kritik aus der Thüringer Landesregierung an den Umweltbelastungen durch den Kalikonzern K + S solidarisiert sich Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linke) demonstrativ mit den dortigen Beschäftigten.

Eisenach. Er werde an der von den Kumpeln geplanten Menschenkette teilnehmen, bestätigte er dieser Zeitung. Damit wolle er am 8. September ein "Zeichen der Verbundenheit" mit den Menschen im Werragebiet setzen und zeigen, dass die Landesregierung ihre Sorgen "sehr ernst" nehme.

"Die Menschen in der Region haben einen Anspruch darauf, dass die beteiligten Akteure eine Lösung erarbeiten, die der Region eine Perspektive gibt", sagte Ramelow der Zeitung. "Ökonomische und ökologische Fragen dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden, sondern müssen in Einklang gebracht werden. Dabei geht es nicht zuletzt auch darum, den Menschen neues Vertrauen in die Zukunft geben."

Die Bergleute des Düngemittelkonzerns K+S fürchten wegen der Entsorgungsengpässe für das Abwasser aus der Kaliproduktion um ihre Arbeitsplätze. Mit einer Menschenkette von bis zu 10.000 Mitarbeitern aus Thüringen, Hessen und anderen Standorten wollen sie erreichen, dass die Behörden flexiblere Regelungen zulassen und die Produktion nicht zusätzlich gedrosselt werden muss. Laut Betriebsrat geht es um insgesamt 4400 Arbeitsplätze im Revier.

Derzeit begrenzt eine Übergangsgenehmigung des Regierungspräsidiums Kassel die Versenkung des Salzabwassers in tiefere Gesteinsschichten. Auch die Einleitung in die Werra ist beschränkt und vom jeweiligen Wasserstand abhängig. So gab es wegen niedriger Pegel schon Kurzarbeit.

TLZ 06.09.2016

"K+S-Aktion im Kali-Revier ist verlogen"

Siegismund attackiert Düngemittelkonzern

Von Martin Debes

Erfurt. Vor der für diesen Donnerstag geplanten Menschenkette der Bergleute im thüringisch-hessischen Kalirevier hat die sogenannte Anrainer-Konferenz von Werra und Weser harsche Kritik geübt. Mit "populistischer Polemik" solle die Politik veranlasst werden, dem Düngemittelkonzern K+S Genehmigungen zu erteilen, obwohl gegen sie "erhebliche rechtliche Bedenken" bestünden, teilte Vorsitzender Walter Hölzel mit. Die "inszenierte Menschenkette" sei deshalb "verlogen und zynisch" sowie "beschämend für die Gewerkschaftsbewegung".

In dem Verein haben sich Gemeinden, Verbände und Unternehmen zusammengeschlossen, die durch die Versalzung der Flüsse und des Grundwassers betroffen sind. Laut Hölzel hat K+S "nichts unternommen, um die schon seit 2000 bekannten und ab 2015 geltenden Vorgaben der EU-Wasserrahmenrichtlinie erreichen zu können".

Auch Thüringens Umweltministerin Anja Siegismund attackierte erneut den Konzern. Zwar nehme die Regierung die Sorgen der Arbeitnehmer "sehr ernst" und wolle alles für den Erhalt der Arbeitsplätze tun, sagte sie der Thüringer Allgemeinen. Aber es sei nicht fair, wenn ein Unternehmen Umweltbelange und Arbeitnehmerinteressen gegeneinander ausspiele. "Die Verantwortung liegt beim Konzern K+S", bekräftigte Siegismund.

Anlass der Protestaktion sind strengere Umweltauflagen zur Reinhaltung der Werra und zum Schutz des Grundwassers, die zuletzt mehrfach zu einer Drosselung der Produktion führten. Laut Betriebsrat sind 4400 Arbeitsplätze gefährdet, darunter etwa 1000 in Thüringen.

http://www.umweltruf.de/2016_Programm/news/111/news3.php3?nummer=6657

Europaticker 07.09.2016

Der Hungerstreik hat den betroffenen Kumpeln nicht genutzt, sie sind tatsächlich entlassen worden. Sie beklagen noch heute, dass sie damals von den Funktionären der IG BCE und von ihren westdeutschen Kollegen nicht unterstützt worden sind. Die gewerkschaftliche Solidarität scheint sich auch heute wieder nur auf die Standorte an Werra und Fulda zu erstrecken. Die Interessen der Anlieger von Werra und Weser bis Bremen scheinen die Gewerkschaft nicht zu interessieren, so Hölzel. Volker Weber, Funktionär der IG BCE Hessen-Thüringen, war in einer Anhörung des Düsseldorfer Landtags am 19. November. 2014 vorgehalten worden, dass die Arbeitsplätze an der Werra durch Investition in moderne Aufbereitungsverfahren gesichert werden können. Er antwortete: „Sie haben davon gesprochen, dass unsere Bergleute ein ganz gutes Einkommen haben. Das stimmt. Sie hätten aber auch gerne mehr. Daher stellen die Beschäftigten und unsere Mitglieder immer schon die Frage, ob die jetzt geplanten Szenarien wirklich finanziert werden müssen. Schließlich geht es um riesige Beträge. Bei jeder Tarifrunde wäre ich froh, wenn ich diese dreistelligen Millionensummen zur Verfügung hätte, um sie unter meinen Mitgliedern zu verteilen. Insofern sprechen wir mit dem Unternehmen intensiv darüber, ob solche Investitionen wirklich erforderlich sind und ob es aus ökologischen oder aus wirtschaftlichen Gründen Alternativen dazu gibt.“

Wir halten die hier deutlich werdende Politik der IG BCE für kurzsichtig und uns schädlich, wir sind sicher, dass damit schon mittelfristig Arbeitsplätze vernichtet werden. Für uns bleibt es unverständlich, warum die IG BCE die Forderung nach wirkungsvoller Entsorgungstechnologie nicht unterstützt. Mit veralteten Verfahren kann man keine Arbeitsplätze erhalten und auch die jetzt im Bau befindliche „KKF-Anlage“ kann den K+S-Entsorgungsnotstand nicht beheben. Auch eine Missachtung der Gesetze macht Arbeitsplätze nicht zukunftsfähig. Wenn die Kaliproduktion im Werratal wegen der Rechtswidrigkeit der Entsorgungswege eingeschränkt wird, dann haben die Funktionäre der IG BCE nach Meinung der Vorsitzenden Werra-Weser-Anrainerkonferenz daran einen schuldhaften Anteil.

K+S selbst habe nichts unternommen, um die schon seit 2000 bekannten und ab 2015 geltenden Vorgaben der EU-Wasserrahmenrichtlinie erreichen zu können. Das Unternehmen hat es bis heute noch nicht einmal vermocht, die Unbedenklichkeit der Laugenverpressung nachzuweisen, obwohl dies schon 2014 gefordert worden war. Die hessischen Behörden sind nach Meinung der Umweltaktivisten weit über die Grenzen des Rechtsstaats gegangen, wenn sie die kritisierte Abfallentsorgung der K+S Kali GmbH trotz rechtlicher Zweifel nicht schon vor Jahren untersagt haben.

Das Mittel der Menschenketten wird ansonsten eingesetzt, um gegen offenkundige und erhebliche Rechtsverletzungen zu protestieren sowie um auf eine Bedrohung der Demokratie durch Gewalt und Hetze hinzuweisen. Hier jedoch soll die Politik mit populistischer Polemik veranlasst werden, dem Kaliproduzenten K+S Erlaubnisse zu erteilen, gegen die erhebliche rechtliche Bedenken bestehen, schreibt Hölzel.

Mit den geforderten Erlaubnissen würden massive Umweltschäden weiter verschlimmert. Die Versalzung des Grundwassers ist nicht zu sanieren, beeinflusste Trinkwasservorkommen sind unwiederbringlich verloren. Vor diesem Hintergrund hält die Vorsitzende Werra-Weser-Anrainerkonferenz die von der IG BCE inszenierte Menschenkette als verlogen und zynisch sowie als beschämend für die Gewerkschaftsbewegung. Die von der IG BCE gestützten Entsorgungspraktiken vernichten eine der Lebensgrundlagen der Menschen im Werratal. Die inszenierte Menschenkette kann auch nicht vor der Mitverantwortung der Gewerkschaft ablenken.

Hölzel: "Unsere Solidarität gilt den Arbeitnehmern im Kalirevier. Sie müssen unter einer Situation leiden, die sie nicht zu verantworten haben. Schon seit Jahren werden sie mit drohender Arbeitslosigkeit in Angst und Schrecken versetzt. Dem Unternehmen K+S werden die jetzigen Betriebseinschränkungen kaum wehtun. Sie sind vielmehr weltweit notwendig, weil wegen einer Absatzkrise und Überproduktion nur noch wenig Kalidünger und zu schlechten Preisen verkauft werden kann."

Am 08. September will die IG Bergbau, Chemie und Erden im Werratal mit einer Menschenkette dagegen protestieren, dass die Kali-Industrie die seit Jahrzehnten praktizierte Entsorgung der Abwässer in das Grundwasser derzeit nur eingeschränkt betreiben kann. Das Management der K+S AG wird ebenfalls teilnehmen, außerdem werden K+S-Mitarbeiter aus der gesamten Bundesrepublik erwartet. Auch Familienmitglieder und Zulieferer sind aufgefordert worden, an der Aktion teilzunehmen.

Der Protest erinnere stark an den Hungerstreik der Kalikumpel in Mitteldeutschland, kommentiert der Vorsitzende Werra-Weser-Anrainerkonferenz, Dr. Walter Hölzel, die Aktion. Ihnen drohte seinerzeit die Arbeitslosigkeit ohne Hoffnung auf neue Arbeitsplätze. Der K+S AG war damals vertraglich die Möglichkeit gegeben worden, die Kali-Industrie in Mitteldeutschland abzuwickeln und sich so einer Konkurrenz zu entledigen. Das habe nicht nur den Kalikumpeln,

sondern auch der wirtschaftlichen Entwicklung Mitteldeutschlands geschadet.

Arbeitsplätze im Werra-Revier sichern – Schutz von Natur und Umwelt ernst nehmen

Zur von Kali-Kumpeln und der IG Bergbau, Chemie und Erden geplanten Demonstration mit Menschenkette am 08. September im Werratal erklärt die umweltpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Thüringer Landtag, Dagmar Becker: „Die Thüringer SPD steht stets an der Seite derer, die um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze kämpfen. Wir nehmen die Sorgen der Kumpel vor Ort seit Monaten wahr und sehr ernst. Und genau deshalb fordern wir auch nachdrücklich, dass alle technischen und finanziell vertretbaren Anstrengungen unternommen werden, um dem notwendigen, gesetzlich normierten Schutz von Natur und Umwelt gerecht zu werden. So sichert man den Produktionsstandort von K+S und die Arbeitsplätze im Werra-Revier.“

Zur Aktion der IG BCE am kommenden Donnerstag meint Becker: „Wer an der Seite und für die Interessen der Kali-Kumpel kämpfen möchte, der muss mit uns auch dafür streiten, dass alle umweltrechtlichen Rahmenbedingungen eingehalten werden.“

Eine Entsorgungsmöglichkeit durch Verpressung von Lauge in den Untergrund stehe möglicherweise vor dem Aus. Deshalb müsse mit Hochdruck an technischen Alternativen gearbeitet werden, so die Umweltexpertin der SPD. „Das bedeutet aber bei einer Abwägung von wirtschaftlichen und umweltschutzrechtlichen Interessen: Die Suppe kann nicht der Kali-Kumpel auslöffeln – hier sind auch schnelle Lösungen seitens des Unternehmens gefragt“, formuliert Becker klar.

Becker warnt deshalb davor, den Druck einseitig auf die Arbeitnehmer zu verlagern: „Es darf nicht ausschließlich und immer wieder die Arbeitsplatzkarte gezogen werden – die Kali-Kumpel brauchen eine Perspektive. Ich befürworte deshalb, eine Prüfung aller kurzfristig möglichen Entsorgungs- und Zwischenlageralternativen, um die Zukunft der Werra-Region nicht aufs Spiel zu setzen. Ich denke da etwa an das Zwischenlagern von Abwasserlauge in Springen, eine Zusammenarbeit mit der DEUSA etc.“

PM Die Linke Hessen 07.09.2016

Arbeitsplätze im Kalirevier: Konzernleitung und Hessische Landesregierung müssen Kurs korrigieren

Zur geplanten Menschenkette „Hand in Hand für die Kaliindustrie im Werratal“ am 8. September erklärt Marjana Schott, umwelt- und verbraucherpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, im Hessischen Landtag:

„DIE LINKE wird an der Aktion ‚Hand in Hand für die Kaliindustrie im Werratal‘ teilnehmen. Dabei stellen wir uns an der Seite der Beschäftigten, die um ihre Arbeitsplätze bangen, nicht an die der Konzernmanager des K+S-Konzerns. Denn diese sowie die hessische Landesregierung haben die Entsorgungsprobleme von K+S, die jetzt auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen werden, zu verantworten.“

Fakt ist: Das Management sowie die letzten Landesregierungen wussten seit spätestens 2000, dass sich die Abfallentsorgung in der Kaliindustrie ändern muss. Die Konzernleitung hat die für sie billigen Entsorgungswege eingefordert und die Landesregierungen haben diesen gesetzeswidrigen Forderungen nachgegeben. Das ist der eigentliche Skandal.“

Die Beschäftigten bei K+S müssten jetzt schmerzlich erfahren, dass weder die hessische Landesregierung noch der Weltkonzern K+S für eine nachhaltige und arbeitsplatzsichernde Kaliproduktion stünden, so Schott. Leider setze auch die IG BCE auf eine nicht zukunftsfähige Lösung.

„Trinkwasserversalzende Versenkung und gefährliche Abraumhalden sind das größte Problem. Es gibt umweltschonende Produktions- und Entsorgungsverfahren, mit denen sich beides verhindern ließe. Die Landesregierung muss diese einfordern und K+S muss sie umsetzen. Nur so lassen sich die Arbeitsplätze mittelfristig sichern.“

<http://osthessen-news.de/n11538950/entsorgungsnotstand-bei-ks-nicht-auf-ruecken-der-belegschaft-austragen.html>

Osthessen News 07.09.2016

<http://osthessen-news.de/beta/beitrag.php?id=11538950> 5 von 5 01

07.09.16 - REGION

Bürgerinitiative fordert "Entsorgungsnotstand bei K+S nicht auf Rücken der Belegschaft austragen"

"Seit Jahren warnen wir davor, dass sich K+S mit seiner Entsorgungspolitik eines Tages in eine ausweglose Situation bringen könnte, doch die notwendigen Schlussfolgerungen wurden nicht gezogen", schreibt die Bürgerinitiative "Für ein lebenswertes Werratal" in einer Pressemitteilung.

Die Verantwortung dafür trage das K+S Management, dass sich seit bekannt werden der EU-Wasserrahmenrichtlinie beharrlich weigere, ausreichend Geld in die Hand zu nehmen um umweltgerecht zu produzieren, das heiße den gesetzlichen Umweltstandards gerecht zu werden und zum Beispiel sich von dem besonders kritischen Entsorgungsweg der Laugenversenkung unabhängig zu machen.

Viel zu lange habe man mit Unterstützung der Behörden und der Politik auf die Anwendung von Ausnahmeregelungen gesetzt. "Wir haben immer wieder darauf hingewiesen, dass dafür die Voraussetzungen nicht vorliegen. Nach wie vor ist nicht eindeutig zu erkennen, dass nachhaltige Konsequenzen aus dem selbstverschuldeten Entsorgungsnotstand gezogen worden sind, unternommene Versuche den Laugenanfall zu reduzieren waren und sind halbherzig und zielen darauf Zeit zu gewinnen", sagt die Bürgerinitiative weiter.

Besonders auf Ablehnung stoße bei der Initiative der Versuch, mit dem Mittel der Betriebsschließungen auf Öffentlichkeit und Politik einzuwirken, um weiter machen zu können wie bisher und die dafür erforderlichen Genehmigungen doch noch zu erhalten. Äußerst unseriös findet die Initiative, wenn mit fadenscheinigen Argumenten versucht wird, mitten in der Absatzkrise den selbst verschuldeten Entsorgungseingpass zu nutzen, um mit den Zukunftssorgen der Belegschaft Druck aufzubauen. Nicht nachvollziehbar sei die Haltung des Betriebsrates als Interessenvertretung der Arbeitnehmer, der bisher nicht auf die Bremse getreten und rechtzeitig einen Plan B zur Sicherung der Arbeitsplätze vom K+S Vorstand eingefordert habe.

"Wir haben ständig darauf hingewiesen, dass sich die Kaliarbeitsplätze nur mit einer annähernd abwasserfreien Produktion längerfristig sichern lassen. Dazu muss der K+S Vorstand zunehmend von dem Vorsatz abrücken, Rendite geht vor Umweltschutz und Arbeitsplätze und sich gemeinsam mit den Genehmigungsbehörden und der Politik zu ihrer Verantwortung bekennen und entsprechend, wenn notwendig auch mit Kompromissen und Übergangslösungen, Entscheidungen im Sinne der Belegschaft und der Umwelt fällen", schreibt die Initiative.

Der Kalibergbau präge diese Region und das solle auch so bleiben, deshalb werde die Bürgerinitiative unterstützend auf diesen Prozess einwirken und begrüße alle Bemühungen der Kalikumpel, um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze zu kämpfen, denn sie seien nicht die Schuldigen für diese kritische Situation, sie ist das Ergebnis einer verfehlten Firmenstrategie

"Deshalb vermissen wir auch in Verbindung mit der geplanten Menschenkette die klare Forderung an die Unternehmensleitung, kurzfristig die Weichen zu stellen für nachhaltige umweltschonende Verfahren. Von den Genehmigungsbehörden ein weiter so zu fordern, ist der falsche Weg. Die Konzernleitung muss endlich liefern und nicht den Konflikt auf dem Rücken der Belegschaft austragen. Dazu ist schnellstens ein Neuanfang notwendig", heißt es in der Pressemitteilung abschließend. +++

<http://www.hna.de/lokales/rotenburg-bebra/heringen-ort56535/buergermeister-unterstuetzen-6726589.html>

HNA 07.09.2016

Offener Brief: 14 Rathauschefs rufen zur Teilnahme an Menschenkette auf

Bürgermeister aus der Region unterstützen K+S

Heringen. In einem offenen Brief machen sich 14 Bürgermeister aus der hessischen und thüringischen Kaliregion Sorgen um die Zukunft des Düngemittelherstellers K+S. Seit einigen Wochen hängen in den Kommunen Transparente mit dem Spruch: „Wenn das Kaliwerk Werra stirbt, dann stirbt auch die Region.“

Treffender könne die aktuelle Lage aus Sicht der Bürgermeister nicht beschrieben werden. Es sind Sorgen, Ängste und Ungewissheit von etwa 4400 Kumpeln sowie deren Familienangehörigen und unzähligen Zulieferern, die die Bürgermeister umtreiben – vor allem aber sei es die Sorge um die Existenzen aller Menschen in der Region, die die Stadt- und Gemeindeoberen dazu veranlasst hätten, diesen Brief zu verfassen

Die Unterzeichner sind: Daniel Iliev – Heringen, Ralf Orth – Philippsthal, Roland Ernst – Unterbreizbach, Andre Stenda – Hohenroda sowie die Bürgermeister der Nachbarkommunen Stefan Gensler – Schenklingfeld, Dirk Noll – Friedewald, Markus Becker – Ronshausen, Ralf Hilmes – Nentershausen, Alexander Wirth – Wildeck, Martin Müller – Vacha, Ingo Jendrusiak – Kraysberggemeinde, Harald Gebhardt – Dippach, René Weisheit – Berka, Sylvia Hartung – Gerstungen.

Freies Wort 08.09.2016

Leserbrief

Merkwürdig

zu: „Kali-Bergleute kämpfen um ihre Jobs“ vom 03. September:

Es ist schon merkwürdig, dass der Vorstand der K+S AG sich an dem Aufruf des K+S-Betriebsrats zu einer Menschenkette beteiligen und dies unterstützen will. Ist der Vorstand nicht selbst für die jetzigen Mißstände verantwortlich? Dass es zu diesem Entsorgungssengpass kommen musste, ist der Werksleitung seit Jahrzehnten bekannt. Der K+S-Vorstand schürt bei den Kumpeln Ängste, droht mit Werksschließung und benutzt sie als Prellbock, um die Behörden unter Druck zu setzen und Genehmigungen zu erlangen, die nicht genehmigungsfähig sind. Mit einer erneuten Versenkenehmigung würde riskiert, dass Brunnen weiterer Gemeinden und Städte für die Trinkwasserversorgung unbrauchbar werden. Angedacht ist auch die Forderung einer Erhöhung der Grenzwerte für die Werra. Beides wäre im Fuldarevier nicht möglich, dort wurde die Verpressung sehr schnell eingestellt und eine Einleitung in die Fulda ist schon gar nicht möglich.

Durch ständig wachsende Salzberge und zunehmende Haldenabwässer wird das Entsorgungsproblem verschärft. Anstatt auf Versenkung und Einleitgenehmigung zu drängen, sollten die Haldenrückstände zurück untertage, wo sie hingehören. Weniger Halde, weniger Haldenabwasser – kleineres Entsorgungssproblem. Das schmälert zwar den Gewinn, gefährdet aber nicht die Arbeitsplätze, im Gegenteil – es schafft zusätzliche. Geht es dem K+S-Vorstand wirklich um die Erhaltung der Arbeitsplätze oder um die Erzielung von Maximalprofit? Ich wünsche mit einer nachhaltigen Produktion, im Sinne der Kali-Kumpel, der Anwohner und der Natur in der Region.

Manuela Ernst, Dippach

<http://www.hna.de/lokales/rotenburg-bebra/offener-brief-gerstungen-unterstuetzt-kali-kumpel-6727288.html>

HNA 08.09.2016

Offener Brief: Gerstungen unterstützt nur die Kali-Kumpel

07.09.16 15:28

Gerstungen. Im offenen Brief, den 14 Bürgermeister aus der hessischen und thüringischen Kaliregion ihre Sorgen um die Zukunft des Düngemittelherstellers K+S äußern, wird auch die Gerstunger Bürgermeisterin Sylvia Hartung als Unterzeichnerin genannt. Die Gemeinde Gerstungen unterstütze den Kampf der Kalikumpel um ihre Arbeitsplätze, nicht jedoch das Unternehmen K+S und dessen Management, heißt es jetzt in einer Pressemitteilung.

Die Unternehmensleitung gefährde durch ihr Festhalten an den alten Produktionsverfahren die Arbeitsplätze und sollte als Adressat des Protestes auch genannt werden. Dies sei der Stadt Heringen, als Initiator des offenen Briefes, in einem Schreiben auch mitgeteilt worden. (red/lad)

<http://www.thueringer-allgemeine.de/web/zgt/leben/detail/-/specific/Menschenkette-im-hessisch-thueringischen-Kalirevier-716445553>

Thüringer Allgemeine 08.09.2016

Menschenkette für Erhalt von K+S-Arbeitsplätzen

Philippsthal (dpa/lhe) - Auf die Angst um ihre Arbeitsplätze haben Mitarbeiter des Bergbaukonzerns K+S mit einer Menschenkette im hessisch-thüringischen Kalirevier aufmerksam gemacht. Über 13 Kilometer führte die Kette aus insgesamt mehr als 12 000 K+S-Mitarbeitern, Familienangehörigen, Beschäftigten von Zulieferern und Menschen der Region unter dem Motto «Hand in Hand für die Kaliindustrie im Werratal» von Heringen nach Unterbreizbach. K+S-Betriebsratschef Harald Döll sagte am Donnerstag in Philippsthal, die Aktion sei der Beweis, dass es nicht nur um Arbeitsplätze, sondern um die Region insgesamt gehe. Er forderte die Politik auf, sich für die rund 4400 K+S-Arbeitsplätze einzusetzen.

Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linke) sagte, die Beschäftigten dürften nicht die ersten Verlierer sein, aber auch die Ökologie dürfe nicht aus dem Blick geraten. «Die Region hat beides dringend notwendig.»

K+S darf derzeit wegen einer Übergangserlaubnis nur begrenzt und bis Ende des Jahres Salzabwasser in tiefe Gesteinsschichten versenken. Deshalb hatten seit April an mehreren Standorten wiederholt Teile der Produktion und Kali-Förderung geruht.

<http://osthessen-news.de/n11539152/reaktionen-auf-menschenkette-im-kali-revier.html>

Osthessen News 08.09.2016

Protestaktion Kali+Salz

Reaktionen auf Menschenkette im KALI-Revier

RENTSCH zu K+S – Aktion Menschenkette

Florian RENTSCH, Vorsitzender der FDP-Fraktion im Hessischen Landtag, unterstützte heute vor Ort die Aktion „Menschenkette“ unter dem Motto „Hand in Hand für die Kaliindustrie im Werratal“, mit der der Betriebsrat von K+S sowie die Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) auf die akute Bedrohung der Standorte im osthessischen Kalirevier durch Produktionsdrosselung und Kurzarbeit aufgrund ausbleibender Genehmigungen durch die Hessische Landesregierung aufmerksam machte: „Die FDP steht fest zum Kalibergbau und zu den Beschäftigten. Das Unternehmen K+S ist mit über 5.000 Beschäftigten an den Standorten im Werratal und in Neuhoef der größte industrielle Arbeitgeber in Osthessen und gleichzeitig auch der größte Steuerzahler. Über 100 Millionen Euro investiert das Unternehmen jedes Jahr an den Standorten und sichert damit viele Arbeitsplätze im Umfeld bei anderen Firmen. Es muss deshalb alles dafür getan werden, dass endlich die vom Land fest versprochene Genehmigung zur Versenkung von Salzwassern erteilt wird, um die Produktion wieder hochzufahren und die Kurzarbeit zu beenden.“

Rentsch weiter: „Im September 2014 hatten sich Umweltministerin Priska Hinz und das Unternehmen auf den Vier-Phasen-Plan verständigt. Die zeitlich befristete Versenkerlaubnis ist genauso dessen Bestandteil, wie millionenschwere Investitionen des Unternehmens in den Umweltschutz. Fakt ist aber, dass die fortlaufende Hinhaltenaktik der grünen Umweltministerin mittlerweile den Fortbestand des Unternehmens gefährdet. Während K+S seine Zusagen eingehalten hat und die 165 Millionen Euro teure Kainit-Kristallisation-Flotationsanlage (KKF-Anlage), mit der 1,5 Millionen Kubikmeter Salzwasser eingespart werden, längst im Bau ist, hört man vom Land bezüglich der Genehmigung nichts. Stattdessen sind Produktionsdrosselung und Kurzarbeit an der Tagesordnung.“

Ministerpräsident Volker Bouffier muss die Verzögerungstaktik endlich beenden und für klare Verhältnisse sorgen. Statt warmer Worte des Landesvaters sind Taten eines Machers gefordert, damit am Ende nicht tausende Menschen auf der Straße stehen.“

„Sehr fragwürdig ist auch, dass das Land Hessen dem Masterplan „Salzreduzierung“ der Flussgebietsgemeinschaft (FGG) Weser im März diesen Jahres zugestimmt hat, obwohl er in entscheidenden Punkten vom Vier-Phasen-Plan

abweicht und nicht mit dem Unternehmen abgestimmt wurde. Hier toben sich offenbar grüne Umweltminister auf Kosten tausender Beschäftigter und der Zukunft einer ganzen Region aus.

Seit mehr als 125 Jahren findet der Kalibergbau in Osthessen statt und noch nie waren die Belastungen für die Umwelt so gering wie heute. Wir werden deshalb zusammen mit den Beschäftigten alles dafür tun, dass auch in Zukunft Arbeitsplätze und wirtschaftliche Entwicklung in der Region erhalten bleiben“, so Rentsch.

Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Gemeinsam mit den Beschäftigten Hand in Hand für den Erhalt des Kali-Bergbaus

Anlässlich der heutigen Aktion „Hand in Hand für die Kaliindustrie“ hat der hessische SPD-Fraktions- und Landesvorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel folgendes gesagt:

„Für die hessische SPD ist es selbstverständlich, dass wir tatsächlich Hand in Hand mit den Beschäftigten der Kaliindustrie und ihren Familien für den Erhalt der Arbeitsplätze kämpfen. Viele Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten und ich selbst reihen sich heute in die Menschenkette im Werratal ein, um unsere Solidarität zu bekunden. Die Kaliindustrie ist das ökonomische Rückgrat einer ganzen Region und die wirtschaftliche und soziale Lebensgrundlage für tausende Familien. Wir teilen die Sorge der Beschäftigten, dass die Kurzarbeit der vergangenen Monate ein Warnsignal ist. Dieses Warnsignal muss auch von der hessischen Landesregierung endlich verstanden werden: Die CDU-Umweltminister seit 1999 haben die absehbaren Probleme verdrängt. Das rächt sich heute. Das Unternehmen hat viel erreicht bei der Reduzierung der Salzabwässer, muss sich aber auch zurechnen lassen, auf die Zuspitzung der Situation nicht ausreichend reagiert zu haben. Aber die Beschäftigten dürfen nicht für die Versäumnisse der Landesregierung und der Unternehmensführung verantwortlich gemacht werden.“

Arbeitsplätze als Faustpfand des K+S-Managements - Hessens Umweltministerin Priska Hinz muss ihren Kurs korrigieren

Anlässlich der heutigen Protestaktion der Kalibergleute und der Teilnahme der hessischen Umweltministerin Priska Hinz an Demonstration für den Erhalt der Arbeitsplätze in der Kaliindustrie erklärt Marjana Schott, umwelt- und verbraucherschutzpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. im Hessischen Landtag:

„Ich stehe heute an der Seite der Beschäftigten, auf deren Rücken K+S den Streit um möglichst billige Entsorgungswege austrägt. Die Arbeitsplätze dienen dem Konzernmanagement als Faustpfand, um weiterhin umweltschädliche, gesetzeswidrige und hohe Folgekosten verursachende Entsorgungswege zu erpressen. Haldenerweiterung, Oberweserpipeline und Versenkung sind keine zukunftsfähigen Entsorgungswege mit denen die Kaliproduktion und die Arbeitsplätze gesichert werden können. Das sollte auch Hessens Umweltministerin Priska Hinz (Grüne) wissen.“ Haldensickerwässer der Halde Hattorf (Hessen) verseuchten das Grundwasser im benachbarten Unterbreizbach (Thüringen) mit Schwermetallen und Salz, so Schott. Zum Schutz der Bevölkerung habe das Thüringer Landesamt im Juli jede Nutzung des Grundwassers untersagt. Schott: „Wie die Arbeitsplätze kurzfristig gesichert werden können, hat Thüringen vorgemacht. Priska Hinz muss die Konzernspitze von K+S zum Umsteuern zwingen. Eine umweltverträglichere Entsorgung ist technisch und wirtschaftlich machbar.“

Michael Boddenberg: "Unser Ziel ist es, K+S unbedingt zu erhalten" - Landesregierung arbeitet intensiv an langfristig tragfähiger Lösung

Um ihr „großes Verständnis und unsere Solidarität mit den Bergmännern und –frauen“ zum Ausdruck zu bringen, beteiligen sich der Fraktionsvorsitzende der hessischen CDU-Landtagsfraktion, Michael Boddenberg, der umweltpolitische Sprecher, Peter Stephan, und die örtliche Abgeordnete, Lena Arnoldt, an der heutigen Menschenkette unter dem Titel „Hand in Hand für die Kaliindustrie im Werratal“.

Boddenberg erklärte dazu: „K+S ist der Herzmuskel der gesamten Region. Wie wichtig das Unternehmen für die Menschen vor Ort ist, zeigt die heutige Veranstaltung eindrucksvoll. Wertschöpfung und Arbeitsplätze im Kalirevier zu erhalten, ist das erklärte Ziel meiner Fraktion und der Landesregierung. Dafür stehen wir im intensiven Kontakt mit der Konzernleitung, um konstruktive Lösungen für aktuelle Probleme zu identifizieren. Mit dem modifizierten Vier-Phasen-Plan und dem darauf aufbauenden Bewirtschaftungsplan Salz haben wir gemeinsam mit dem Unternehmen einen Fahrplan entwickelt, wie die Produktion langfristig wirtschaftlich gesichert werden kann und wie die Umweltbelastungen, die mit einer solchen Produktion unvermeidlich einhergehen, Schritt für Schritt reduziert werden. Diesem Ziel fühlen wir uns auch weiterhin verpflichtet – auch und vor allem, um den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und dem Unternehmen eine langfristige und sichere Zukunftsperspektive aufzuzeigen. Dabei dürfen wir aber nicht aus dem Blick verlieren, dass der Schutz der Umwelt und des Grundwassers in der Region für uns ebenso wichtig ist. Ökonomie und Ökologie in einen Ausgleich zu bringen, bleibt dabei unser Anspruch.“

Die bestehenden Ängste in der Belegschaft seien angesichts der schwierigen Lage des Unternehmens nachvollziehbar. Gerade der herrschende Entsorgungseingpass, der bereits zu Kurzarbeit und vorübergehenden Werksstilllegungen geführt hat, führt derzeit zu großer Verunsicherung. „Die Behörden arbeiten im engen Schulterschluss mit K+S daran, über den Antrag zu der im Vier-Phasen-Plan in Aussicht gestellten befristeten Versenkungsgenehmigung möglichst noch in diesem Jahr zu entscheiden. Dafür muss das Unternehmen aber die nötigen Voraussetzungen schaffen und nachweisen, dass mit der Verpressung keine Gefährdung des Grundwassers einhergeht. Leider sind die gestellten Anträge derzeit noch nicht genehmigungsreif, da das dafür zwingend erforderliche 3-D-Modell des Untergrundes noch nicht finalisiert ist. Das ist sehr bedauerlich, liegt aber nicht im Einflussbereich der Landesregierung. Hier muss besonders sorgfältig geprüft werden, um die Umwelt und auch die Gesundheit der Menschen nicht zu gefährden“, erläuterte Boddenberg.

„Für den Zeitraum bis zur endgültigen Entscheidung wurde dem Unternehmen mit einer befristeten Übergangsgenehmigung geholfen. Damit wurden die rechtlichen Spielräume für eine Versenkung ausgeschöpft. Auch bei alternativen Entsorgungswegen – wie beispielsweise der Lagerung in Kavernen – sind wir bereit, das Unternehmen konstruktiv zu unterstützen. Wir sind an allen Lösungsansätzen des Unternehmens interessiert, die rechtssicher und umweltschonend eine möglichst vollständige Produktion von K+S ermöglichen“, erklärte Boddenberg.

BUND: Entsorgungsprobleme bei K+S sind hausgemacht Lösung kann nicht auf Kosten von Umwelt und Belegschaft gefunden werden

Der BUND lehnt die aktuellen Forderungen nach Aufweichung der Umweltstandards bei der Versenkung von Kalilaugung durch K+S ab. Die Qualität von Trink- und Grundwasser ist für den Verband nicht verhandelbar. Dies bekräftigt der BUND anlässlich der geplanten Solidarisierung des Thüringer Ministerpräsidenten mit der Belegschaft von K+S. Der Verband wirft dem Unternehmen vor, die Entsorgungsproblematik nach wie vor nicht lösen und auf Kosten von Umwelt und Belegschaft auszutragen zu wollen.

„K+S hat bisher nichts unternommen, um die schon seit 2000 bekannten und ab 2015 geltenden Vorgaben der EU-Wasserrahmenrichtlinie umzusetzen. Wasser ist unser aller höchstes Gut. Eine Verseuchung kann nicht mehr rückgängig gemacht werden“, so Ron Hoffmann, BUND Landesvorsitzender Thüringen. Mit den geforderten Erlaubnissen würden die massiven Umweltschäden weiter verschlimmert, so Hoffmann weiter. Die Versalzung des Grundwassers sei nicht mehr rückgängig zu machen, verseuchte Trinkwasservorkommen unwiederbringlich verloren.

Ein komplexes Trinkwassermodell, das die Unbedenklichkeit der aktuellen Entsorgungswege nachweisen sollte, bestätigt die Vorbehalte des BUND, weiß Jörg Nitsch, Vorstandssprecher BUND Hessen: „Selbst bei einem sofortigen Stopp der Versenkung wird es zu einem weiteren Anstieg der Chlorid-Konzentration kommen. Viele Brunnen in der Werra-Region werden die Grenzwerte im Trinkwasser deutlich überschreiten. Weder eine Aufweichung der aktuellen Bestimmungen, noch eine erneute Genehmigung sind unter diesen Voraussetzungen tragbar.“

Der BUND fordert K+S auf, endlich eine umweltverträgliche Entsorgungslösung umzusetzen. Die bereits 2010 an einem Runden Tisch erarbeiteten alternativen Ansätze zur Lösung der Salzabwasser-Entsorgung würden vom Unternehmen bisher ignoriert. Ron Hoffmann, BUND Landesvorsitzender Thüringen: „Es ist ein verheerendes Signal, wenn sich Spitzenvertreter von Politik und Wirtschaft über Lösungswege hinweg setzen, welche von Experten mit breiter Beteiligung der Zivilgesellschaft am Runden Tisch erarbeitet wurden.“

Noch verheerender sei jedoch der Versuch seitens K+S, Politik und Belegschaft von der Unvereinbarkeit von Ökologie und Ökonomie zu überzeugen, so Jörg Nitsch, Vorstandssprecher BUND Hessen: „Die Politik hätte K+S schon vor Jahren auf alternative Entsorgungswege festlegen sollen. So hätten auch Konsequenzen für die Belegschaft abgewendet werden können.“

Menschenkette der Kalibergleute: K+S muss endlich seine Hausaufgaben erledigen – im Interesse der Arbeitsplätze und des Trinkwasserschutzes

Die GRÜNEN im Hessischen Landtag hätten großes Verständnis für die Sorgen der Bergleute des Düngemittelkonzerns K+S, die sich heute zu einer Menschenkette zusammengefunden haben, um auf die Entsorgungseingpässe für Salzabwässer und eine damit verbundene mögliche Kurzarbeit aufmerksam zu machen. „Wir nehmen die Ängste der Menschen im Kalirevier ernst – die wichtigste Adresse für den Protest der Kumpel ist allerdings die Konzernspitze von K+S. Es liegt in der Verantwortung des Unternehmens, die nach Recht und Gesetz geforderten Anträge zu stellen und den Genehmigungsbehörden die notwendigen Unterlagen zuzuleiten. Wir bedauern sehr, dass es hierbei immer wieder zu Verzögerungen durch K+S kommt“, erklärt Mathias Wagner, Fraktionsvorsitzender von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der an der Kundgebung teilnahm. „Wir GRÜNE stehen für eine Produktion im Einklang von Ökologie und Ökonomie – im Interesse der Arbeitsplätze im Kalibergbau und im Interesse des Trinkwasserschutzes.“

Die Fraktion begrüße ausdrücklich, dass die Landesregierung erneut bereit sei, K+S bei der Suche nach Übergangslösungen zur Beseitigung von Produktionsengpässen zu unterstützen. Schon Ende 2015 sei dem Unternehmen eine Übergangserlaubnis zur Entsorgung der Produktionsabwässer erteilt worden. Jetzt unterstütze die Landesregierung das Unternehmen bei der Suche nach zusätzlichen Lagerungsmöglichkeiten in nicht mehr genutzten Bergwerken und Gaskavernen. „All diese Maßnahmen sind richtig und wichtig, um aktuell die Produktion zu sichern. Sie entlassen K+S aber nicht aus der Verantwortung, die gemeinsam mit der Landesregierung erarbeitete dauerhaft wirksamen Maßnahmen auf Grundlage des 4-Phasen-Plans umzusetzen. Diese Aufgabe kann dem Unternehmen niemand abnehmen“, so Wagner.

Die Landesregierung stehe seit Beginn der Legislaturperiode in engem Austausch mit der Konzernleitung und den Fachbehörden. Gemeinsam sei mit dem 4-Phasen-Plan und dem länder-übergreifenden Beschluss der Flussgebietsgemeinschaft Weser (FGG Weser) ein Konzept zur dauerhaften Sicherung der Produktion und zum weiteren Schutz des Trinkwassers erarbeitet worden. Es ist unabdingbar, dass sich K+S an seine Zusagen und an die rechtlichen Anforderungen hält. Dazu gehört auch, dass K+S seine Hausaufgaben gegenüber den Genehmigungsbehörden erledigen muss. Vor allem muss K+S nachweisen, dass eine Gefährdung des Grund- und Trinkwassers durch die Versenkung von Laugenabwässern ausgeschlossen werden kann.“

Hierzu sei das Unternehmen verpflichtet, das so genannte 3D-Modell in kalibrierfähiger Form vorzulegen, damit nachgewiesen werden könne, dass die versenkten Abwässer keine Gefahr für Grund- und Trinkwasser darstellen. So lange das 3D-Modell noch nicht komplett kalibriert sei, könne nicht über die weitere Genehmigung entschieden werden. Wagner weist darauf hin, dass dieser Zusammenhang auch der Unternehmensleitung seit langem bekannt sei: „Wir appellieren an die Geschäftsführung von K+S, die für die weiteren Genehmigungen ausstehenden Unterlagen endlich einzureichen, damit die Genehmigungsbehörden ihre Arbeit abschließen können. Das große gemeinsame Ziel ist es, die Arbeitsplätze zu erhalten, die Salzabwässer deutlich zu reduzieren und den Umwelanforderungen an die Wasserqualität gerecht zu werden.“

Stellungnahme von Umweltministerin Priska Hinz zur Kundgebung am Kali-Salz-Standort Hattorf

„Die hessische Landesregierung nimmt die Sorgen der Beschäftigten von K+S sehr ernst. Darum werde ich heute Nachmittag stellvertretend an der Abschlusskundgebung am Standort Hattorf teilnehmen. Die Zukunft der Standorte im hessisch-thüringischen Kaligebiet hängt in großem Maße davon ab, wie Gewässerschutz und Kaliproduktion in Einklang gebracht werden können. Kurz: Wir brauchen eine deutliche Verbesserung der Gewässergüte von Werra und Weser unter Erhalt der Arbeitsplätze. Dafür ist eine Vollproduktion eine wichtige Voraussetzung. Mit der Ende 2015 erteilten Übergangserlaubnis für das Unternehmen K+S haben wir bereits einen Stillstand in der Kali-Produktion abgewendet – obwohl das Unternehmen vorher versäumt hatte, die über Jahre geforderten Unterlagen für das 3D-Modell und damit für die Versenkungsgenehmigung rechtzeitig bereitzustellen. Zusätzlich haben wir die Grenzwerte für die Einleitung der Salzabwässer in die Werra nicht wie ursprünglich geplant herabgesetzt.

Auch mit dem Beschluss des Bewirtschaftungsplans Salz der FGG Weser im März dieses Jahres wurden verlässliche Rahmenbedingungen für das Unternehmen geschaffen, die es ermöglichen, die Anforderungen der EU-Wasserrahmenrichtlinie in Bezug auf die Gewässergüte zu erfüllen, zugleich die Produktion sicherzustellen und die damit verbundene wirtschaftliche Bedeutung für die Kaliregion zu berücksichtigen. Dazu wurden verschiedene Maßnahmen festgelegt (Werra-Bypass, KKF-Anlage, Haldenerweiterung und -begrünung, Einstapelung), die nicht nur dem Unternehmen Planungs- und Investitionssicherheit geben, sondern auch die Arbeitsplätze sichern. Umso wichtiger ist es mir, dass die vorgegebenen Zeitpläne nicht riskiert werden.

Daher hat die Hessische Landesregierung regelmäßige Abstimmungsgespräche über die Fortschritte der Maßnahmen initiiert. Erst diese Woche habe ich dem Vorstandsvorsitzenden des Unternehmens erneut die fachliche und organisatorische Unterstützung der Landesregierung angeboten. Ich betone allerdings noch einmal: Es liegt in der unternehmerischen Verantwortung, alles in die Wege zu leiten, was für die Umsetzung dieser Maßnahmen notwendig ist, um einen Produktionsstillstand zu vermeiden. Darum ist es wichtig, dass keine weitere Zeit verloren wird und es bei der Haldenerweiterung oder den Vorbereitungen zum temporären Werra-Bypass nicht zu ähnlichen Verzögerungen kommt wie bei der Kalibrierung des 3D-Modells. Ich hoffe daher sehr, dass das Unternehmen K+S sich in Bezug auf die Entsorgung von Salzabwässern in unterirdischen Gaskavernen in Reckrod in der Rhön mit der Gas-Union einigen wird, um zukünftig mögliche Engpässe besser abfedern zu können.“ +++

<http://www.hna.de/lokales/rotenburg-bebra/heute-heisst-hand-hand-menschenkette-erwartet-6730230.html>

HNA 08.09.2016

13 Kilometer: Solidaritätsaktion im Kali-Revier

Für K+S: Mehr als 12.000 Teilnehmer bei Menschenkette

Heringen. Mehr als 12.000 Mitarbeiter von K+S, Familienangehörige, Freunde und Bewohner des Werratal haben am Donnerstagnachmittag eine 13 Kilometer lange Menschenkette gebildet.

Sie setzten damit ein Zeichen für die Kaliindustrie im Werratal. Die Kette verband die drei K+S-Standorte in Unterbreizbach, Philippsthal und Heringen in den Bundesländern Hessen und Thüringen. Zu der Demonstration hatten der Betriebsrat des Werks Werra und die IG BCE gemeinsam aufgerufen. Die Teilnehmerzahl gab die Gewerkschaft um 15.50 Uhr bekannt.

„Heute ist ein Tag der Ermutigung. Ein Tag mit einem starken Signal. Und dieses Signal ist ein ganz eindeutiges Ja zum Kalibergbau“, sagte Michael Vassiliadis, Vorsitzender der IG BCE laut einer Pressemitteilung. In Deutschland werde unter den weltweiten besten Arbeitsbedingungen und Umweltstandards Kali gefördert. Es seien bereits viele Millionen in den Gewässer- und Umweltschutz investiert worden, so Vassiliadis. Das sei auch weiterhin nötig und möglich, „aber es kann nicht sein, dass wir auf dem Weg dahin einfach dichtmachen und wir keine Lösung finden, ohne die Beschäftigten in Kurzarbeit zu schicken.“

K+S brauche klare Entscheidungen der Behörden, was zu tun sei, damit es im Kalibergbau rasch und sicher weitergeht. Und: „Die Politik muss sich zum Kalibergbau als einer in Deutschland gewollten Branche bekennen“, forderte der IG-BCE-Vorsitzende. Harald Döll, Vorsitzender des Betriebsrats im Werk Werra und des K+S Gesamtbetriebsrats, zeigte sich überwältigt von der großen Teilnehmerzahl: „Das ist der lebendige Beweis, dass es hier nicht nur um unsere Arbeitsplätze geht, sondern um die Zukunft der gesamten Region.“ Inzwischen hänge „Wohl und Wehe der Standorte am Wasserstand der Werra und Kurzarbeit droht zum Dauerzustand zu werden“, sagte Döll.

Wegen ausstehender Genehmigungen und sehr stark begrenzter Entsorgungsmöglichkeiten hat sich die Situation des Werks Werra in den trockenen Sommermonaten weiter zugespitzt. Seit April 2016 sind bis zu 1000 der insgesamt 4400 Beschäftigten immer wieder in Kurzarbeit. Deshalb muss dringend eine Genehmigung für die Entsorgung der anfallenden Produktionsabwässer ausgestellt werden. „Wir kämpfen gemeinsam um den heimischen Bergbau – und wir stehen zum Werk Werra“, sagte Norbert Steiner, Vorstandsvorsitzender der K+S Aktiengesellschaft. Das Unternehmen habe von 2011 bis 2015 rund 400 Millionen Euro investiert, um die Umweltsituation an Werra und Weser weiter zu verbessern. „Und in den kommenden Jahren wollen wir noch einmal so viel investieren, um die Entsorgungsfragen an der Werra langfristig zu lösen.“

<http://www.hna.de/lokales/northeim/bodenfelde-ort81608/initiative-bodenfelde-sagt-ks-schuld-dilemma-6734718.html>

HNA 09.09.2016

Sprecherin kritisiert Versäumnisse

Initiative für Bodenfelde sagt: „K+S schuld an Dilemma“

09.09.16 18:20

Bodenfelde. Sich für die Arbeitsplätze der Kalikumpel bei K+S einzusetzen, ist absolut verständlich und zu unterstützen. Der Adressat der Aktion sei aber der Falsche.

Dieser Ansicht ist Annette Müller-Zitzke von der Initiative für Bodenfelde. In einem offenen Brief schreibt sie als Reaktion auf die Menschenketten-Demonstration im Revier, dass die aktuelle Problematik ausschließlich Versäumnissen der K+S-Unternehmensführung zuzurechnen ist.

Weder das Regierungspräsidium Kassel noch das Umweltministerium haben ein Interesse daran, leichtfertig eine ganze Region zu beschädigen. K+S habe kein aussagefähiges Grundwassermodell vorgelegt, das die Unbedenklichkeit weiterer Verpressungsmengen für Trinkwasserbestände ausweisen und damit eine Versenkerlaubnis wahrscheinlich mache.

Zu dem Engpass in der Entsorgung sei es nicht plötzlich und unerwartet gekommen. Er sei absehbar gewesen. K+S hätte durch das Erarbeiten umweltverträglicher alternativer Entsorgungsmaßnahmen – auch in Verantwortung für die Arbeitsplätze – diesen Zustand verhindern können und müssen.

Schon die Versenkerlaubnis von 2007 bis 2011 war wegen nicht auszuschließenden Gefährdungen der Trinkwasserbestände umstritten. Mit der Erlaubnis bis 2015 musste K+S davon ausgehen, dass es keine erneute Verlängerung gebe.

„Hat man sich in der K+S-Führungsetage in all den Jahren, statt verantwortlich zu handeln, in aus unserer Sicht unverantwortlich leichtfertiger Weise darauf verlassen, dass alles schon so weiter gehen werde?“ fragt die Sprecherin der Initiative. Auch Gewerkschaft und Betriebsrat hätten diesem Vorgehen stets tatenlos zugesehen

An die Organisatoren und Unterstützer der Menschenkette gerichtet, schreibt Müller-Zitzke, es könne nur als „grob fahrlässig und entsetzlich populistisch“ bezeichnet werden, wenn man sich diesem Sachstand verschließe und die Unternehmens-Forderung nach weiteren Versenkungen unterstütze.

Führung hinterfragen

Die K+S-Führung müsse hinterfragt und aufgefordert werden, endlich nachhaltig tätig zu werden. Jene K+S-Führungskräfte, die Seite an Seite mit Politikern, Mitarbeitern und Angehörigen standen, als hätten sie auf die prekäre Entwicklung genauso wenig Einfluss, wie jeder einfache Kali-Kumpel, verschieben aus Sicht der Initiative geschickt die Verantwortung. Das sei eine absurde Verdrehung der tatsächlichen Zusammenhänge.

Die Demonstranten sollten sich über die große Schlagzeile „Arbeitsplätze bedroht“ hinaus informieren und den Mut haben, über parteipolitische Grenzen, Beziehungen, Abhängigkeiten und Plattitüden hinweg, sachlich die tatsächlichen Zusammenhänge ergründen. Nur so setze man sich nachhaltig ein für die Menschen und die gesamte Kali-Region.

K+S müsse die geforderten Auflagen erfüllen und innovative und zukunftsorientierte Entsorgungsverfahren umsetzen, dann hätten das Revier und die Arbeitsplätze vielleicht noch eine Perspektive, so die Sprecherin. (jde)

HNA 10.09.2016

Die Sorge um Jobs ist nachvollziehbar

Leserstimmen zur Debatte um die Abwasserentsorgung des Kalikonzerns K+S

„Die *Berichterstattung* der HNA über den Kasseler Konzern K+S empfinde ich als sehr einseitig. Die Menschenkette von K+S auf der Titelseite, die quasi als Antwort auf die Menschenkette an der Oberweser vom Juni diesen Jahres zu verstehen ist, wird so dargestellt, als ob sich die „kleine“ Arbeiterschaft gegen die „große“ Politik zur Wehr setzt. In Wirklichkeit werden die Ängste der Angestellten von der Konzernleitung instrumentalisiert, um Druck auf die Politik auszuüben. (...)

Eigentlich müssten die Teilnehmer der Kette ihren Protest an den K+S-Vorstand richten, dass dieser sich seit Inkrafttreten der *Wasserrah-menrichtlinie im Jahr 2000* einseitig auf die wiederholten Ausnahmegenehmigungen des hessischen Umweltministeriums verlässt, anstatt ein eigenes Konzept zur rückstandsfreien Produktion zu entwickeln.

(...) **Rainer Lenzing,**

Bad Karlshafen

Die Sorge der SPD-Politiker über die Beschäftigung der „Kali-Kumpel“ kann ich vollends nachvollziehen. Diese Sorge möchte ich aber erweitern auf die vielen Menschen, die später einmal mit belastetem Grundwasser zu kämpfen haben. Bereits die Asse in Salzgitter zeigt, dass wir die unterirdischen Wege und Verschiebungen der Erdschichten niemals voraus sagen können. Mit der Versenkung des Abfalls schaffen wir ein nicht beherrschbares Risiko ebenso wie mit der Einleitung der Abwässer in die Flüsse. (...)

Joachim Polleschner,

Kassel

<http://www.fr-online.de/wirtschaft/kali-kumpel-in-nordhessen-k-s-muss-liefern,1472780,34743900.html>

Frankfurter Rundschau 15.09.2016

Kali-Kumpel in Nordhessen: K+S muss liefern

Von [Pitt von Bebenburg](#)

Die Beschäftigten im hessisch-thüringischen Kalirevier fürchten um ihre Jobs. K+S schiebt dem Land die Verantwortung zu. Dabei steht das Unternehmen selbst in der Pflicht.

Alle Parteien haben ihre Solidarität mit den Kali-Kumpeln in Nordhessen verkündet, als das Thema am Mittwoch im hessischen Landtag debattiert wurde. Sogar Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU) ergriff das Wort, was nicht allzu häufig vorkommt.

Kein Wunder: Schließlich ist der Dax-Konzern K+S der größte Arbeitgeber in einer strukturschwachen Region. Die Angst vor dem Verlust von Arbeitsplätzen hatte in der vergangenen Woche mehr als 12 000 Demonstranten dazu gebracht, sich an einer Menschenkette zu beteiligen.

Erstaunlich war allerdings, wer sich an dem Aufschrei beteiligte. K+S-Vorstandschef Norbert Steiner hatte sich bei den Beschäftigten und ihren Familien eingereiht. Dabei tragen er und die anderen Firmenmanagern die größte Verantwortung dafür, dass die Produktion ernsthaft bedroht ist. Er demonstrierte also quasi gegen sich selbst.

Das Problem besteht in den salzhaltigen Abfällen, die bei der Produktion entstehen. Werra und Weser sind dadurch so hoffnungslos versalzen, dass eine Besserung erst in Jahrzehnten möglich ist. Vor allem aber bedroht die Versenkung der Salzabfälle das Trinkwasser.

Deswegen lief Ende vergangenen Jahres die Genehmigung für das Unternehmen aus, Salzlauge zu versenken. Für eine neue Genehmigung hätte K+S umfassende Verbesserungen garantieren müssen. So sollte es ein Rechenmodell ausarbeiten, das die Wege der Salzlauge dreidimensional darstellt und nachvollziehbar macht, dass kein Trinkwasser beeinträchtigt wird. Bis heute liegt dieses 3-D-Modell nicht in einer Form vor, die funktioniert. Trotzdem hatte das Regierungspräsidium Kassel der Firma noch ein Jahr Gnadenfrist gegeben mit einer Übergangs-Genehmigung. Jetzt läuft auch diese in einigen Monaten aus.

Ernst der Lage zu spät erkannt

K+S hat den Ernst der Lage viel zu spät erkannt und nicht geliefert. Stattdessen versucht es, mit der Ankündigung von Kurzarbeit, mit dem Hinweis auf billigere Standorte und der Beteiligung an der Menschenkette den Druck auf die Politik zu erhöhen. In Wiesbaden empfinden das manche als Erpressung.

Im Landtag stößt nur die FDP ins gleiche Horn. Ihr Fraktionsvorsitzender Florian Rentsch ließ sich zu der Forderung hinreißen, Bouffier und seine Regierung sollten dafür sorgen, dass die Versenk-Genehmigung innerhalb von vier Wochen erteilt werde. Der Jurist Rentsch musste sich von Ministerpräsident Bouffier und seiner grünen Umweltministerin Priska Hinz erklären lassen, dass so etwas keine politische Entscheidung sein darf, sondern im Rechtsstaat Sache der zuständigen Behörden bleiben muss.

Zu Recht wandte Hinz zudem ein, dass eine voreilig erteilte Genehmigung weder dem Unternehmen noch seinen Arbeitnehmern etwas helfen würde. Es liegt nämlich auf der Hand, dass Umweltschützer und Gemeinden, die um ihr Trinkwasser bangen, mit Erfolg gegen einen solchen Bescheid klagen würden. „Die Genehmigung würde sofort kassiert werden und K+S wäre platt“, rief die Ministerin in Richtung der Freidemokraten.

Hessens SPD-Chef Thorsten Schäfer-Gümbel warnte, die Beschäftigten dürften nicht zum Spielball des Streits zwischen Politik und Unternehmen werden. Da hat er recht.

Vielleicht war die Kundgebung ja ein Hoffnungszeichen. Für Vorstandschef Steiner muss seine Beteiligung eine Selbstverpflichtung sein. Denn den wichtigsten Beitrag, um die Arbeitsplätze im Kalirevier zu erhalten, kann nur einer leisten: K+S.

<http://www.finanztrends-newsletter.de/2016/09/ks-ein-wenig-verlogen-ist-das-schon/>

Finanztrends 16.09.2016

K+S: Ein wenig verlogen ist das schon

Liebe Leser,

in der vergangenen Woche bot sich im Werratal ein seltenes Spektakel: Dort demonstrierten 12.000 Beschäftigte Hand in Hand mit ihren Bossen. Ihr vermeintlich gemeinsamer Feind: die Politik. Ein wenig verlogen ist das schon. Denn die Probleme von K+S sind durchaus hausgemacht und der Vorstand ist alles andere als unschuldig an der momentanen Krise.

Bevölkerung hält nicht mehr still

K+S hat jahrzehntelang Salzlauge in Werra und Weser eingeleitet und zudem im Gestein versenkt. Die Salzlauge entsteht als Abfallprodukt der Kaliproduktion. Während die Bevölkerung früher brav stillhielt, wehrt sie sich nun. Schließlich ist neben der Wasserqualität der Flüsse auch das Trinkwasser gefährdet. Auf diese Empfindlichkeiten muss die Politik verständlicherweise Rücksicht nehmen.

Wink der Politik ignoriert

So hat man der Konzernleitung frühzeitig zu verstehen gegeben, dass es bei der nächsten Genehmigung mit einem „Weiter so“ nicht getan sei. Die Behörden verlangten von K+S ein klares Konzept, wie man die Abfallbeseitigung möglichst sicher und umweltverträglich gestalten könne. Wer nicht lieferte, war K+S.

K+S stellt sich immer noch stur

Dadurch wurde die im Dezember 2015 auslaufende Versenkgenehmigung vom Regierungspräsidium Kassel nicht verlängert. Immerhin kam die Behörde dem Konzern insoweit entgegen, dass sie ihm eine einjährige Übergangsgenehmigung erteilte. Was machte K+S? Stellte sich immer noch stur und verlangte, dass alles beim Alten bliebe.

Belegschaft als Druckmittel

Um der Forderung Nachdruck zu verleihen, spannte das Unternehmen seine Belegschaft ein. Zunächst setzte man mehrere Werke auf Kurzarbeit. Nun folgte die Menschenkette samt Familienmitglieder. Ob den K+S-Mitarbeitern klar ist, dass sie möglicherweise nur Bauernopfer in einem größeren Spiel sind?

Die Zeit für eine gütliche Einigung läuft unerbittlich ab

Denn im Hintergrund bastelt K+S längst an der „Kanada-Lösung“. Das Legacy-Projekt soll ab dem nächsten Jahr 2 Mio. Tonnen Kali produzieren. Ein weiteres Druckmittel des Konzern im Machtspiel mit der heimischen Politik. Wenn ihr nicht willig seid, geben wir halt den Produktionsstandort Deutschland auf, soll das wohl heißen. Ich bin gespannt, ob sich an dieser Haltung etwas ändert, wenn Norbert Steiner im nächsten Jahr abdankt. Die Zeit für eine gütliche Einigung läuft aber unerbittlich ab.

3. Rätselhafte Schutzengel

PM LG Meiningen 13.09.2016

Eröffnung des Hauptverfahrens in Sachen K+S wegen Versenkung von Lauge abgelehnt

Die erste Strafkammer des Landgerichts Meiningen hat die Eröffnung des Hauptverfahrens gegen insgesamt 17 Angeschuldigte, 14 Mitarbeiter des K+S Konzerns und drei Mitarbeiter des Thüringer Landesbergamtes, denen die Staatsanwaltschaft Meiningen Gewässerverunreinigung und unerlaubten Umgang mit Abfällen vorwirft, abgelehnt.

Die Anklage bezieht sich auf die in den Jahren 1999 bis 2007 vorgenommene Versenkung von Kaliendlauge in einem unter dem Gebiet der Gemeinde Gerstungen gelegenen sogenannten Plattendolomit, einer tief unter der Erdoberfläche gelegenen porösen Gesteinsschicht. Aufgrund dieser Versenkung wird nach Auffassung der Staatsanwaltschaft das über dieser Gesteinsschicht vorkommende natürliche Salzwasser, aber auch das Trinkwasser nachhaltig verunreinigt bzw. zumindest gefährdet.

Die Laugenversenkung wurde mit der ersten Genehmigung aus dem Jahr 1998 zunächst befristet auf 5 Jahre und begrenzt auf ein Volumen von 7 Millionen m³ vom Thüringer Bergamt mit einem Bescheid aus dem November 1998 genehmigt. Es folgten Genehmigungen in den Jahren 2004, 2006 und 2007, die die zeitliche Befristung und das Volumen erweiterten. Insgesamt wurden ca. 9, 5 Millionen m³ Kaliendlauge versenkt.

Nach Ansicht der Staatsanwaltschaft haben sich die Angeschuldigten strafbar gemacht, da sie die Rechtswidrigkeit dieses Vorgehens erkannt hätten und kollusiv zusammengearbeitet hätten, d.h. die Mitarbeiter des K+S-Konzerns hätten bewusst mit den pflichtwidrig handelnden Vertretern des Thüringer Landesbergamtes unter beidseitiger vorsätzlicher Missachtung des geltenden Rechts zusammengewirkt.

Die Kammer hat die Eröffnung des Hauptverfahrens teilweise aus rechtlichen und teilweise aus tatsächlichen Gründen abgelehnt.

Wegen eines Teils der Vorwürfe erfolgte die Ablehnung der Eröffnung des Hauptverfahrens deswegen, weil die betreffenden Vorwürfe nach Auffassung der Kammer verjährt sind. Maßgeblicher Zeitpunkt für den Beginn der Verjährungsfrist ist der Zeitpunkt der Beendigung einer Tat. Nach Auffassung der Staatsanwaltschaft handelt es sich um eine einzige Tat, die im Jahr 1998 begann und erst im Jahr 2007 beendet wurde. Danach wären die Vorwürfe noch nicht verjährt. Demgegenüber geht die Kammer davon aus, dass es sich um insgesamt vier mutmaßliche Handlungen handelt, die jeweils mit Antragstellung bzw. Genehmigung begonnen und jeweils mit der Erteilung einer neuen Genehmigung beendet worden wären. Danach sind die Vorwürfe, die sich auf die Versenkung aufgrund der Genehmigungen aus den Jahren 1998 und 2004 bezieht, verjährt.

Hinsichtlich der restlichen Vorwürfe, also der Versenkung aufgrund der Genehmigungen in den Jahren 2006 und 2007, erfolgte die Ablehnung der Eröffnung des Hauptverfahrens, weil kein hinreichender Tatverdacht vorliegt.

Es lässt sich nach Auffassung der Kammer schon nicht belegen, dass die erteilten Genehmigungen rechtswidrig waren. Darüber hinaus kommt die Kammer nach Auswertung der Akten zu dem Schluss, dass keine Beweismittel vorliegen, die auf ein kollusives Zusammenwirken zwischen Mitarbeitern des K+S-Konzerns und den Behördenvertretern hindeuten. Aus keiner der im Ermittlungsverfahren durchgeführten zahlreichen Zeugenvernehmungen gehe dies hervor. Auch ansonsten lägen keine ausreichenden Indizien vor, aus denen man auf ein solches Zusammenwirken schließen könnte.

Die Staatsanwaltschaft kann diesen Beschluss mit der sofortigen Beschwerde anfechten, die binnen einer Woche nach Zustellung des Beschlusses beim Landgericht Meiningen eingehen müsste.

Ansprechpartnerin für Rückfragen ist Frau Vorsitzende Richterin am Landgericht Pallasch, telefonisch zu erreichen unter der 03693/509-275.

Meiningen, den 13.09.2016

Pallasch

Vorsitzende Richterin am Landgericht als Pressesprecherin

PM Gemeinde Gerstungen 13.09.2016

Pressemitteilung der Gemeinde Gerstungen

Langgericht stellt Verfahren ein – Zweifel bleiben.

Landgericht Meiningen lehnt Eröffnung der Hauptverhandlung wegen Gewässerverunreinigung entsprechend einer Pressemitteilung vom heutigen Tage ab.

Soweit dies mit der Verjährung der angeklagten Taten begründet wurde, kann hierzu seitens der Gemeinde Gerstungen keine Stellungnahme abgegeben werden.

Mit Verwunderung wird jedoch die Ansicht zur Kenntnis genommen, dass keine Belege für eine rechtswidrige Erlaubnis vorliegen.

Wesentliche Grundannahme der behördlichen Erlaubnisse zur Versenkung von Salzabwasser war, dass der Plattendolomit als Speicher „dicht“ sei und der Aufstieg von Salzabwasser – und damit die Gefährdung des Trinkwassers - ausgeschlossen ist. Maßgebliche Mitarbeiter von K+S sollen jedoch entsprechend den, dem Landgericht vorliegenden Dokumenten, gewusst haben, dass diese Annahme nicht zutrifft und eine Wahrscheinlichkeit von mindestens 50 % vorliegt, wonach es zu einem Aufstieg von Salzabwasser kommt. Auch der Vorstandsvorsitzende soll noch während der Laufzeit der letzten Erlaubnis von der Rechtsabteilung per E-Mail, die dem Landgericht vorlag, über die Kenntnis von der Undichtigkeit des Plattendolomits und der Relevanz für die Erlaubnis informiert worden sein. Tatsächlich wurde ja auch später festgestellt, dass es zu massiven Übertritten von Salzabwasser gekommen war.

Allerdings ist der Sachverhalt sehr komplex und auch für ein Gericht sicher sehr schwierig, dies im vernünftigen Rahmen zu beurteilen. Die Gemeinde Gerstungen darf an dieser Stelle aber auch feststellen, dass Sie mit ihrer Strafanzeige nicht alleine steht und die Staatsanwaltschaft Meiningen den Sachverhalt ebenso wie die Gemeinde beurteilte.

Wir werden aber weiter auf den Rechtsstaat vertrauen. Wir selbst können gegen die Ablehnung der Anklage – anders als die Staatsanwaltschaft - kein Rechtsmittel einlegen.

<http://www.finanzen.net/nachricht/aktien/ROUNDUP-3-Klage-gegen-K-S-Manager-wegen-Wasserverunreinigung-geplatzt-5081340>

Finanzen.net 13.09.2016

Klage gegen K+S-Manager wegen Wasserverunreinigung geplatzt

MEININGEN/KASSEL (dpa-AFX) - Der scheidende K+S (K+S) Konzernchef Norbert Steiner und andere Mitarbeiter des Düngemittelkonzerns kommen nicht wegen Gewässerverunreinigung in Thüringen vor Gericht. Die Eröffnung des Hauptverfahrens gegen 17 Angeschuldigte, darunter 14 Mitarbeiter des Kasseler Unternehmens und drei Angestellte des Thüringer Landesbergamtes, sei abgelehnt worden, teilte das Landgericht Meiningen am Dienstag mit.

Ein Teil der Vorwürfe, bei dem es um den umstrittenen Umgang des Konzerns mit salzhaltigem Produktionsabwasser geht, ist nach Einschätzung des Gerichts verjährt. Bei den restlichen Vorwürfen bestehe "kein hinreichender Tatverdacht".

Die Thüringer Gemeinde Gerstungen (Wartburgkreis), die die Ermittlungen mit einer Anzeige in Gang gesetzt hatte, bedauerte die Entscheidung. "Zweifel bleiben", teilte die Gemeindeverwaltung mit. Letztlich habe sich gezeigt, dass der Plattendolomit, in den salzhaltiges Produktionsabwasser von Kali-Werken versenkt wurde, ungeeignet zur Verwahrung der Lauge sei. In Thüringen darf seit einigen Jahren keine Kalilauge mehr im Boden versenkt werden.

Grund für die Anklage waren 9,5 Millionen Kubikmeter Salzabwasser aus der Produktion, die K+S von 1999 bis 2007 in tiefe Gesteinsschichten in der Region Gerstungen versenkt hatte. Die Genehmigung dafür erteilte das Thüringer Landesbergamt, obwohl aus Sicht der Ermittler die wasserrechtlichen Voraussetzungen nicht gegeben waren.

Die Staatsanwaltschaft Meiningen hatte im Februar 2016 Anklage erhoben. Sie kann die Entscheidung des Gerichts noch mit einer Beschwerde anfechten. Im Juni hatte die Staatsanwaltschaft Kassel bereits ein Ermittlungsverfahren gegen Verantwortliche der Kali-Tochter K+S Kali GmbH wegen versuchter Gewässerverunreinigung mangels

Tatverdachts eingestellt. K+S hat massive Entsorgungsprobleme für seine Abwässer.

"Die Entscheidung des Landgerichts bestätigt unsere Sichtweise, dass die Vorwürfe unbegründet und die erteilten Genehmigungen zur Versenkung von Salzabwässern rechtmäßig sind", teilte K+S in einer Stellungnahme mit. Konzernchef Steiner und der ebenfalls beschuldigte Aufsichtsratsvorsitzende Ralf Bethke begrüßten den Beschluss des Landgerichts. Sie seien zu jeder Zeit überzeugt gewesen, dass die Genehmigungen rechtmäßig waren. Die Staatsanwaltschaft war der Meinung, dass das Trinkwasser gefährdet wurde

Das Landgericht begründete die Verjährung bis zum Jahr 2004 damit, dass es - anders als die Staatsanwaltschaft - von vier Teilaktionen zur Laugenversenkung ausgehe. Zudem lasse sich aus Sicht der Kammer nicht belegen, "dass die erteilten Genehmigungen rechtswidrig waren". Auch gebe es keine Belege für ein strafbares Einvernehmen zwischen K+S-Mitarbeitern und Vertretern des Landesbergamtes. Die Staatsanwaltschaft war hingegen davon ausgegangen, dass zwischen ihnen Einverständnis darüber bestanden hatte, "dass die Genehmigungen rechtlich nicht zu vertreten gewesen sind".

Der Finanzmarkt reagierte positiv. K+S-Aktien legten zwischenzeitlich um mehr als ein Prozent zu. Zuletzt gaben die Papiere aber einen Teil ihrer Gewinne wieder ab und notierten noch gut ein halbes Prozent im Plus. K+S ist der größte Salzhersteller der Welt, den Großteil des Gewinns machen die Kasseler aber mit der Produktion von Kali-Dünger für die Landwirtschaft. Das Unternehmen beschäftigt rund 14 400 Mitarbeiter, davon etwa 4400 Menschen in seinen Werken im Werra-Revier an der thüringisch-hessischen Landesgrenze. Die Salzwasserentsorgung durch Versenken stößt in beiden Bundesländern auf Kritik./ro/DP/fbr

http://www.focus.de/finanzen/news/wirtschaftsticker/unternehmen-gericht-weist-klage-gegen-k-s-manager-wegen-laugen-versenkung-ab_id_5931872.html

Focus 13.09.2016

Unternehmen: Gericht weist Klage gegen K+S-Manager wegen Laugen-Versenkung ab

Das Landgericht Meiningen lehnte die Eröffnung des Hauptverfahrens gegen insgesamt 14 Mitarbeiter des K+S Konzerns und drei Mitarbeiter des Thüringer Landesbergamtes ab, wie die Behörde am Dienstag in Meiningen mitteilte. Die Staatsanwaltschaft Meiningen hatte den Beschuldigten - darunter auch führende Manager - Gewässerverunreinigung und unerlaubten Umgang mit Abfällen in den Jahren 1999 bis 2007 vorgeworfen. Die Kammer sah aber einen Teil der Vorwürfe als verjährt an. Bei den restlichen Vorwürfe bestehe „kein hinreichender Tatverdacht“, begründete das Gericht seine Entscheidung. Die Staatsanwaltschaft könne den Beschluss mit der sofortigen Beschwerde anfechten, hieß es weiter.

<http://www.hna.de/wirtschaft/landgericht-meiningen-lehnt-klage-gegen-ks-manager-6743995.html>

HNA 13.09.2016

Landgericht Meiningen lehnt Klage gegen K+S-Manager ab

Kassel/Meiningen. Das Landgericht Meiningen hat eine Klage gegen Manager des Kasseler Kali- und Düngemittelkonzerns K+S wegen der Entsorgung von Salzlauge abgelehnt.

Das Hauptverfahren, das sich gegen 14 K+S-Mitarbeiter und drei Beschäftigte des Thüringer Landesbergamts richtete, werde nicht eröffnet, entschied das Gericht.

Die Vorwürfe seien verjährt oder es fehle ein hinreichender Tatverdacht. Die Staatsanwaltschaft hatte den Beschuldigten vorgeworfen, zwischen 1999 und 2007 insgesamt 9,5 Millionen Kubikmeter Kalisalzlauge in Gesteinsschichten unterhalb der Gemeinde Gerstungen versenkt zu haben, obwohl sie damit das Trinkwasser verunreinigten oder zumindest gefährdeten. Das Landgericht Meiningen erklärte jedoch, es lasse sich nicht belegen, dass die dafür erteilten Genehmigungen rechtswidrig gewesen seien. Zudem gebe es keine Beweise dafür, dass Mitarbeiter von K+S bewusst

mit Behördenvertretern rechtswidrig zusammengearbeitet hätten.

Die Staatsanwaltschaft Meiningen hatte im Februar dieses Jahres Klage erhoben.

HNA 13.09.2016

Gericht lehnt Prozess gegen K+S-Manager ab

Keine Beweise für illegale Salzwasserentsorgung in Thüringen

Entlastung für führende K+S-Mitarbeiter und eine schallende Ohrfeige für die Thüringer Staatsanwaltschaft: Das Landgericht Meiningen hat die Eröffnung eines von der Staatsanwaltschaft beantragten Hauptverfahrens gegen 14 Manager des Kasseler Kali- und Salzproduzenten sowie drei Mitarbeiter des Thüringer Bergamts wegen des Vorwurfs der illegalen Versenkung von Salzwasser abgelehnt. Das teilte das Gericht gestern mit.

Unter den Beschuldigten befanden sich auch Vorstandschef Norbert Steiner und Aufsichtsratsvorsitzender Dr. Ralf Bethke. Nach Angaben von K+S hat das Gericht die Durchsuchungen der Konzernzentrale und von Privaträumen vor einem Jahr für rechtswidrig erklärt und die Beschlagnahme-Beschlüsse aufgehoben.

Hintergrund der Anklage war die vom Bergamt genehmigte Versenkung von 9,5 Mio. Kubikmeter salzhaltigen Abwassers zwischen 1999 und 2007 in den Untergrund der Gerstunger Mulde in Thüringen. Die Staatsanwaltschaft warf den Angeklagten vor, bei der Erteilung der vier Genehmigungen zum Schaden Dritter zusammengearbeitet und sich strafbar gemacht zu haben.

Das Landgericht Meiningen begründet die Ablehnung zum einen mit der Verjährung der Vorwürfe, zum anderen aber auch mit dem Fehlen von Beweisen. Laut Gericht lässt sich nicht belegen, dass die Genehmigungen rechtswidrig seien.

Wie berichtet, waren Thüringer Staatsanwaltschaft und Polizei am 9. September 2015 Jahres mit einem Großaufgebot angerückt, hatten die K+S-Zentrale abgeriegelt, sie zwei Tage lang durchsucht und meterweise Akten sichergestellt

Ein K+S-sprecher erklärte auf Anfrage: „Dr. Ralf Bethke und Norbert Steiner begrüßen die Entscheidung des Landgerichts Meiningen, die Eröffnung des Hauptverfahrens gegen sie abzulehnen“. Sie begrüßten ferner, dass das Gericht die Durchsuchungen für rechtswidrig erklärt hat.

<http://www.wiwo.de/unternehmen/industrie/ks-gericht-weist-klage-gegen-ks-chef-steiner-ab/14539754.html>

Wirtschaftswoche 13.09.2016

K+S

Gericht weist Klage gegen K+S-Chef Steiner ab

Das Landgericht Meiningen hält die Vorwürfe gegen K+S-Chef Norbert Steiner für teils verjährt und sieht keinen hinreichenden Tatverdacht. Die Staatsanwaltschaft kann den Beschluss noch anfechten.

Aufatmen beim Salz- und Düngemittel-Hersteller [K+S](#) : Das Landgericht Meiningen hat die Eröffnung des Hauptverfahrens gegen Vorstandschef Norbert Steiner und weitere Manager wegen des Verdachts der Gewässerverunreinigung abgelehnt. Zum einen seien die betreffenden Vorwürfe nach Auffassung der ersten Strafkammer teilweise verjährt, teilte das Landgericht am Dienstag mit. Zum anderen liege kein hinreichender Tatverdacht vor. Zudem lasse sich nicht belegen, dass die erteilten Genehmigungen für die Versenkung von salzhaltigen Abwässern rechtswidrig gewesen seien. Die Staatsanwaltschaft könne den Beschluss mit sofortiger Beschwerde noch anfechten.

Die Staatsanwaltschaft im thüringischen Meiningen hatte im Februar Anklage gegen Steiner und seinen Vorgänger und jetzigen Aufsichtsratschef Ralf Bethke wegen des Verdachts der Gewässerverunreinigung erhoben. Insgesamt richtete sich die Anklage gegen 14 Mitarbeiter von K+S, darunter weitere Vorstandsmitglieder, außerdem gegen zwei jetzige und

einen ehemaligen Mitarbeiter des Thüringer Landesbergamtes.

Ausgangspunkt des Verfahrens in Meiningen war eine Strafanzeige der thüringischen Gemeinde Gerstungen aus dem Jahr 2008. Sie wirft K+S vor, von 1999 bis 2007 insgesamt 9,5 Millionen Kubikmeter Salzlauge und andere Abfallstoffe in unterirdische Gesteinsschichten der Gerstunger Mulde versenkt zu haben. Die wasserrechtliche Erlaubnis für K+S erteilte damals das Thüringer Landesbergamt, weshalb das Unternehmen die Vorwürfe für unbegründet hielt.

Die Staatsanwaltschaft sah das anders: Sie war zu dem Ergebnis gekommen, "dass zwischen den Vertretern von K+S und Behördenvertretern ein zumindest stillschweigendes Einverständnis darüber bestanden haben muss, dass die Genehmigungen rechtlich nicht zu vertreten gewesen sind". K+S steht bereits seit Jahren bei Umweltschützern wegen des Umgangs mit salzigen Abwässern, die bei der Kali-Gewinnung anfallen, in der Kritik. Das Unternehmen erhielt zuletzt vom Regierungspräsidium Kassel nur eine Übergangserlaubnis für eine begrenzte Versenkung von Salzabwässern, die Ende 2016 ausläuft. Das führte bereits zu zeitweiligen Produktionseinschränkungen im größten Werk Werra an der hessisch-thüringischen Landesgrenze.

Eine abschließende Entscheidung über seinen Antrag zur Fortsetzung der Versenkung bis 2021 hatte K+S im Sommer erwartet, die Prüfung dauert aber weiter an. Sollte das Unternehmen die Genehmigung nicht bald bekommen, werde der Konzern wohl nur das untere Ende der Ergebnisprognose von 200 bis 300 Millionen Euro in diesem Jahr erreichen, hatte K+S Mitte August gewarnt.

<http://eisenach.otz.de/web/gera/startseite/detail/-/specific/Verfahren-gegen-K-S-und-Bergamt-abgelehnt-27305588>

Ostthüringer Zeitung 13.09.2016

Verfahren gegen K+S und Bergamt abgelehnt

Meiningen. Spruch der Strafkammer: Vorwürfe wegen Laugenversenkung sind teils verjährt, teils hat sich kein hinreichender Tatverdacht ergeben

Meiningen. Gegen 14 Mitarbeiter des K+S-Konzerns und drei Mitarbeiter des Landesbergamtes wird kein Gerichtsverfahren wegen Gewässerverunreinigung und unerlaubten Umgang mit Abfällen eröffnet. Wie das Landgericht Meiningen gestern mitteilte, lehne die Erste Strafkammer dies ab.

Gestartet hatte das Verfahren die Staatsanwaltschaft. Sie warf den Beschuldigten vor, rechtswidrig Genehmigungen zur Versenkung von Kalilauge unter dem Gebiet von Gerstungen erteilt zu haben. Dabei hätten die Mitarbeiter von Amt und Konzern gewusst, dass sie gegen Gesetze verstoßen. Doch die Strafkammer gab zwei Gründe an, das Verfahren nicht zu eröffnen: Zum Teil seien die Vorwürfe verjährt, zum Teil hätte sich nach Auswertung der Akten – die auch bei Razzien beschlagnahmt wurden – gezeigt, dass keine Beweise vorliegen, "die auf ein kollusives Zusammenwirken zwischen Mitarbeitern des K+S-Konzerns und den Behördenvertretern hindeuten."

Die vielen Zeugenvernehmungen hätten ebenso keine Hinweise ergeben. "Auch ansonsten liegen keine ausreichenden Indizien vor, aus denen man auf ein solches Zusammenwirken schließen könnte", teilte die Gerichtssprecherin Manuela Pallasch mit.

Aus Sicht der Staatsanwaltschaft ging es um eine Tat, die von 1998 bis 2007 dauerte. Die Kammer hingegen habe jede neue der vier Genehmigungen separat betrachtet. "Demnach sind die Vorwürfe, die sich auf die Versenkung aufgrund der Genehmigungen aus den Jahren 1998 und 2004 beziehen, verjährt." Und für die Genehmigungen von 2006 und 2007 habe sich kein Tatverdacht ergeben.

Auch Verfahren in Kassel wurde eingestellt

Die Laugenversenkung wurde laut Gericht erstmals 1998 genehmigt. Befristet auf fünf Jahre und begrenzt auf sieben Millionen Kubikmeter durfte K+S die Lauge im porösen Plattendolomit unter Gerstungen lagern. 2004, 2006 und 2007 folgten Genehmigungen, die die zeitliche Befristung und das Volumen erweiterten. Insgesamt wurden laut Gericht rund 9, 5 Millionen Kubikmeter Kalilauge unter Gerstungen versenkt.

Die Staatsanwaltschaft kann gegen den Beschluss des Gerichts Beschwerde einlegen.

Bereits im Juni hatte die Staatsanwaltschaft Kassel ihr Verfahren gegen Verantwortliche von K+S wegen versuchter Gewässerverunreinigung mangels Tatverdacht eingestellt. Hintergrund war eine Strafanzeige der Gemeinde Gerstungen.

K+S sollte demnach Unterlagen bei dem im April 2015 gestellten Antrag auf Fortsetzung der Versenkung manipuliert haben.

<http://www.wiwo.de/unternehmen/industrie/ks-das-raetsel-der-versalzenen-brunnen-bleibt-ungeloest/14544620.html>

Wirtschaftswoche 14.09.2016

Analyse

K+S

Das Rätsel der versalzenen Brunnen bleibt ungelöst

von [Andreas Macho](#)

K+S-Chef Norbert Steiner bleibt wohl ein Prozess erspart. Die Probleme mit der Salzentsorgung werden ihm jedoch erhalten bleiben.

[K+S-Chef Norbert Steiner](#) und seinem Aufsichtsratschef Ralf Bethke bleibt aller Voraussicht nach ein [Prozess wegen gemeinschaftlicher Gewässerverunreinigung erspart](#). Das Landgericht Meiningen hat am Dienstag mitgeteilt, die Anklage der Staatsanwaltschaft Meiningen gegen Steiner, Bethke und zwölf weitere teils ehemalige K+S-Leute nicht zur Hauptverhandlung zuzulassen.

Auch wenn es noch kein Verdienst ist, für seine Unternehmensführung nicht vor dem Richter zu landen, ist die Erleichterung der Führungsspitze des Kasseler Rohstoffkonzerns natürlich verständlich. Lange währen dürfte sie allerdings nicht. Denn die von K+S praktizierte und vom Staatsanwalt unter die Lupe genommene Versenkung von Salzlauge in tiefe Gesteinsschichten bleibt für den Rohstoffkonzern auch weiter ein akutes Problem.

K+S-Werk Werra droht die Schließung

Der Meininger Staatsanwalt hat die Kasseler Manager keineswegs aus staatlicher Willkür angeklagt, sondern aufgrund einer Entsorgungspraxis von Salzabfällen, deren Auswirkung auf das Trinkwasser nach wie vor unklar ist. Schon vor Jahren kündigte K+S ein Simulationsmodell an, das zeigen soll, wohin die Salzlauge im Untergrund eigentlich treibt. Weil das aber immer noch nicht ausreichend aussagekräftig ist, lassen die Behörden in Hessen die Salzversenkungen von K+S nur noch in stark eingeschränktem Ausmaß zu.

Das wichtigste Kalibergwerk von K+S, das hessisch-thüringische Werk Werra, kämpft deshalb seit Monaten mit Entsorgungsengpässen und musste die Kumpel wiederholt in Kurzarbeit schicken. Wenn K+S kein hinreichend kalibriertes Modell vorlegen kann, droht dem Werk im schlimmsten Fall sogar die Schließung.

In der thüringischen Gemeinde Gerstungen, deren früherer Bürgermeister die Anklage in Meiningen durch eine Anzeige erst ins Rollen gebracht hat, darf K+S seine Salzlauge seit 2007 nicht mehr in den Untergrund entsorgen. Weil das Landgericht die Hauptverhandlung nun teils wegen Verjährung, teils wegen eines nicht hinreichenden Tatverdachts nicht eröffnet, dürfte es wohl für immer ein Rätsel bleiben, warum einige der Gerstunger Brunnen versalzen sind.

Die Staatsanwaltschaft Meiningen scheint das Interesse an des Rätsels Lösung allerdings noch nicht verloren zu haben: Der Staatsanwalt hat bereits ein fristwahrendes Rechtsmittel eingelegt und will in den kommenden Tagen den Ablehnungsentscheid des Gerichts prüfen.

<http://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/geplatzer-ks-prozess-staatsanwaltschaft-legt-beschwerde-gegen-gerichtsentscheid-ein/14546660.html>

Handelsblatt 14.09.2016

Geplatzter K+S-Prozess

Staatsanwaltschaft legt Beschwerde gegen Gerichtsentscheid ein

Das Landgericht hat entschieden, das Verfahren gegen K+S-Mitarbeiter nicht zu eröffnen. Dagegen hat die Staatsanwaltschaft nun Beschwerde eingelegt. Schon bald könnte sich das Oberlandesgericht mit dem Fall beschäftigen.

Meiningen

Die Staatsanwaltschaft Meiningen hat Beschwerde wegen des geplatzten Prozesses gegen Manager und Mitarbeiter des Kali-Konzern [K+S](#) wegen Gewässerverunreinigung eingelegt. Die Staatsanwaltschaft sei diesen Weg gegangen, um Fristen zu wahren, sagte Sprecher Jochen Grundler der Deutschen Presse-Agentur.

Das Landgericht Meiningen hatte am Dienstag entschieden, das Hauptverfahren gegen den scheidenden [K+S](#)-Konzernchef Norbert Steiner, weitere Mitarbeiter des Salz- und Düngemittelkonzerns K+S AG (Kassel) sowie des Thüringer Landesbergamtes nicht zu eröffnen.

Hält die Staatsanwaltschaft an ihrer Beschwerde fest, muss sich das Thüringer Oberlandesgericht in Jena mit dem Fall beschäftigen. „Zunächst werden wir uns jedoch mit den Ablehnungsgründen des Gerichts auseinandersetzen“, so Grundler.

Die Staatsanwaltschaft hat 14 K+S-Mitarbeiter sowie drei Bergamtsangestellte angeklagt. Ein Teil der Vorwürfe, bei denen es um den Umgang des Konzerns mit salzhaltigem Produktionsabwasser geht, ist nach Einschätzung des Gerichts verjährt. Bei den restlichen Vorwürfen sieht es keinen hinreichenden Tatverdacht.

Die Ermittlungen gingen auf eine Anzeige der Thüringer Gemeinde Gerstungen zurück, in deren Umfeld von 1999 bis 2007 mit Genehmigung des Bergamtes einige Millionen Kubikmeter Salzabwasser in den Boden versenkt wurden.

<http://www.aktiencheck.de/exklusiv/Artikel-Kepler-Cheuvreux-belaesst-K-S-auf-Buy-Ziel-22-Euro-7416570>

Aktiencheck 14.09.2016

Kepler Cheuvreux belässt K+S auf 'Buy' - Ziel 22 Euro

FRANKFURT (dpa-AFX Analyser) - Das Analysehaus Kepler Cheuvreux hat die Einstufung für K+S nach einem Gerichtsentscheid auf "Buy" mit einem Kursziel von 22 Euro belassen.

Dass die Klage wegen Wasserverunreinigung geplatzt sei, sei eindeutig positiv, schrieb Analyst Christian Faltz in einer Studie vom Mittwoch. Es beweise, dass mindestens eine Rechtsinstanz kein Fehlverhalten auf der Managementseite sehe. Dieser Verdacht dürfte einer der Gründe für die noch nicht erteilte Versenkungserlaubnis an der Werra gewesen sein, glaubt der Experte. Er gehe nun weiterhin davon aus, dass die Genehmigung noch in diesem Jahr kommen dürfte.

HNA 14.09.2016

Razzia währte zwei Tage

Thüringer Ermittler und Polizei rückten vor einem Jahr mit Großaufgebot bei K+S an

VON JOSÉ PINTO

KASSEL. 9. September 2015, acht Uhr in der Früh: Mehr als 100 Thüringer Ermittler und Polizisten umzingeln in einem

generalstabsmäßig geplanten Einsatz die K+S-Zentrale in der Bertha-von-Suttner-Straße in Kassel unweit des Bahnhofs Wilhelmshöhe. 40 Polizeifahrzeuge aus dem gesamten Freistaat stehen vor dem Gebäude. Die Beamten stürmen durch mehrere Eingänge hinein, nehmen den Beschäftigten die Handys ab und lassen über Stunden kaum jemanden hinein oder hinaus.

Die Razzia, die sich auch auf Geschäftsräume an den Grubenstandorten im Werra-Revier sowie auf Privathäuser von damals Beschuldigten erstreckt – darunter auch das von Vorstandschef Norbert Steiner und Aufsichtsratsvorsitzenden Dr. Ralf Bethke – währt zwei volle Tage. Am Ende transportieren die Ermittler zentnerweise Aktenordner und unzählige Datenträger ab. Wie es aussieht, vergeblich. Denn das Meininger Landgericht, das die Eröffnung eines Hauptverfahrens wegen der von der Staatsanwaltschaft unterstellten illegalen Versenkung von 9,5 Millionen Kubikmeter Abwasser in den porösen Untergrund der Gerstunger Mulde abgelehnt hat, sieht keinerlei Anhaltspunkte dafür, dass sich K+S-Manager die entsprechenden Genehmigungen unter Vor-spiegelung falscher Tatsachen erschlichen oder gar ertrickst haben.

Das böse Wort Vorteilnahme ist in diesem Zusammenhang zwar nie gefallen. Aber zwischen den Zeilen glaubten Beobachter seinerzeit lesen zu können, dass sie eine Rolle bei den in Frage stehenden Genehmigungen gespielt haben könnte. Das Landgericht Meiningen jedenfalls kommt zu dem Schluss: „Es liegen keine Beweismittel vor, die auf ein kollektives Zusammenwirken zwischen Mitarbeitern des K+S-Konzerns und Behördenvertretern hindeuten“. Hinter diesem sperrigen Begriff verbirgt sich die unerlaubte Zusammenarbeit zulasten Dritter. Dafür lägen keine ausreichenden Indizien vor, heißt es anderer Stelle. Aber auf genau derartige Belege oder besser noch Beweise hatte die Meininger Staatsanwaltschaft, die aufgrund einer Anzeige der Gemeinde Gerstungen aktiv wurde, gehofft.

Rechtliche Schritte

Die Staatsanwaltschaft kann den Beschluss nun binnen einer Woche nach dessen Zustellung anfechten. Beobachter gehen aber angesichts der klaren Aussage des Landgerichts nicht davon aus. Dagegen behält sich K+S rechtlichen Schritte gegen die Staatsanwaltschaft vor. „Wir prüfen alle Optionen“, sagte ein Sprecher auf Anfrage unserer Zeitung.

HNA 15.09.2014

Staatsanwalt lässt bei K+S nicht locker

KASSEL/MEININGEN. Die Staatsanwaltschaft im thüringischen Meiningen hält sich die Tür offen, um eventuell doch noch Verantwortliche für die Salzabwasser-Versenkung des Kasseler K+S-Konzerns in Thüringen vor Gericht zu holen: Am Dienstag hatte das Landgericht Meiningen entschieden, das Hauptverfahren gegen K+S-Konzernchef Norbert Steiner, weitere Mitarbeiter des Konzerns sowie des Thüringer Landesbergamtes wegen des Vorwurfs illegaler Gewässerverunreinigung nicht zu eröffnen.

Gegen die Nichtzulassung ihrer Anklage hat die Staatsanwaltschaft Beschwerde eingelegt, um zunächst die Ablehnungsgründe des Landgericht zu prüfen. Bleibt es dabei, muss sich das Thüringer Oberlandesgericht in Jena mit dem Fall beschäftigen. (wrk)

<http://www.hna.de/lokales/rotenburg-bebra/heringen-ort56535/buergermeister-begruessen-abgelehntes-verfahren-gegen-ks-manager-6761710.html>

HNA 19.09.2016

"Sind damit voll rehabilitiert"

Bürgermeister begrüßen abgelehntes Verfahren gegen K+S-Manager

Heringen/Philippsthal. Erfreut haben die Bürgermeister von Heringen und Philippsthal, Daniel Iliev und Ralf Orth, auf den Beschluss des Landgerichts Meiningen reagiert.

Das Gericht hatte Anfang der Woche die Eröffnung des Hauptverfahrens gegen führende K+S-Manager abgelehnt. Ihnen waren angebliche Straftaten bei der Versenkung in der Gerstunger Mulde vorgeworfen worden. Das Gericht hatte zudem festgestellt, dass die umfangreichen Durchsuchungen von Geschäfts- und Wohnräumen rechtswidrig gewesen

sind.

„Das bestätigt unsere Meinung, dass bei K+S sorgfältig gearbeitet wird. Vorstand und Mitarbeiter sind damit voll rehabilitiert“, sagt Bürgermeister Orth. Der Beschluss stärke aber auch „den Rücken der Mitarbeiter der Genehmigungsbehörden, dass diese Genehmigungen nach Recht und Gesetz erteilen“, so Bürgermeister Iliev. Es bleibe zu hoffen, dass nun bald die weiteren lebenswichtigen Entscheidungen zur Sicherung der Produktion und zum Erhalt der Arbeitsplätze in Hessen und Thüringen getroffen werden, so die beiden Rathauschefs.

4. Wer willnoch was von K+S?

HNA 02.09.2016

Potash jetzt an Agrium interessiert

Kanadische Konkurrenz von K+S verhandelt

WINNIPEG. Die kanadischen Düngemittelkonzerne Agrium und Potash verhandeln nach eigenen Angaben über eine Fusion. Die Rivalen des Kasseler K+S-Konzerns bestätigten Gespräche über einen Zusammenschluss unter Gleichen, meldete das Handelsblatt. Diese befänden sich aber noch in einem frühen Stadium.

Potash und Agrium gehören als Anbieter von landwirtschaftlichen Produkten wie Saatgut und Dünger vor allem in Nordamerika bereits zu den ganz Großen der Branche. Sie haben einen gemeinsamen Marktwert von über 25 Milliarden Euro.

2015 wollte Potash für knapp acht Milliarden Euro K+S kaufen, der Kasseler Konzern wehrte aber ab. Die Kanadier hatten in einem inoffiziellen Vorschlag 41 Euro je K+S-Aktie geboten. (wrk)

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/milliardendeal-in-duengemittelmarkt-potash-und-agrium-fusionieren-a-1111952.html>

Der Spiegel 12.09.2016

Milliardendeal in der Agrarbranche Potash und Agrium fusionieren

In der Agrarbranche vereinigen sich erneut zwei Großkonzerne. Potash und Agrium fusionieren zu einem Unternehmen im Wert von 36 Milliarden Dollar - ein mächtiger Konkurrent für K+S.

Auf dem weltweiten Düngemittelmarkt kommt es zu einer Milliardenfusion: Die kanadischen Unternehmen Potash und Agrium, beide Konkurrenten des deutschen K+S-Konzerns, schließen sich zu einem neuen Branchengiganten mit einem Börsenwert von rund 36 Milliarden Dollar zusammen. Der neue Konzern käme auf einem Jahresumsatz von knapp 21 Milliarden Dollar sowie annähernd 20.000 Beschäftigte.

Nach Abschluss des Deals wird Potash rund 52 Prozent und Agrium 48 Prozent an dem neuen Unternehmen halten, wie die beiden Düngemittelhersteller mitteilten. Potash und Agrium hatten Ende August ihre Fusionsgespräche publik gemacht.

Im Agrarmarkt kommt es damit zu einer weiteren großen Übernahme. Dort ist bislang vor allem die Pflanzenschutz- und Saatgutbranche massiv in Bewegung. Fallende Getreidepreise und instabile Märkte in den Schwellenländern haben den Herstellern zuletzt zugesetzt. Die Unternehmen versuchen, durch Größe zu punkten.

Der Leverkusener Bayer-Konzern [will den US-Saatgutriesen Monsanto für mehr als 65 Milliarden Dollar übernehmen](#) und der chinesische Staatskonzern ChemChina die Schweizer Syngenta für 43 Milliarden Dollar. Potash war im vergangenen Sommer mit seinem Versuch gescheitert, den deutschen Salz- und Düngemittelhersteller K+S für knapp acht Milliarden Euro zu übernehmen.

5. Alle K+S-Rückstandshalden sind problematisch

http://www.umweltruf.de/2016_Programm/news/111/news3.php3?nummer=6932

Europaticker 18.09.2016

Antragsverfahren für eine Haldenerweiterung für das Kaliwerk Zielitz könnte Ende 2016 gestellt werden

Gelassenheit von K+S für Sachsen-Anhalts Umweltministerin nicht nachvollziehen

In Sachsen-Anhalt soll nach Informationen ein Bürgerinitiative K+S Zielitz - bezogen auf die jährliche Fördermenge eines der größten Kaliwerke der Welt - derzeit eine weitere Rückstandshalde (Fläche ca. 210ha) inmitten eines alten Buchen-Eichen-Mischwaldes, welcher Teil eines Landschaftsschutz- und FFH-bzw. Natura2000-Gebietes ist, planen. Dieser Wald sei Habitat vieler streng geschützter Tierarten und würde bei Genehmigung der neuen Halde vollkommen zerstört werden, auf diese Problematik in Sachsen-Anhalt weist die Bürgerinitiative "For a Green Future" hin. Dem allerdings widerspricht K+S : Diese Aussage sei nicht korrekt. Der Mischwald im Suchraum der Planungen zum Projekt HKE II ist Teil eines Landschaftsschutzgebietes, jedoch nicht Teil eines FFH bzw. Natura2000-Gebietes. Allein der Bunker Dornberg ist Letzterem hinzuzuzählen.

Darüber hinaus würde mit der neu geplanten Halde ein bedeutendes Trinkwassergewinnungsgebiet, welches 700.000 Menschen (die Landeshauptstadt Magdeburg miteingeschlossen) versorgt, künftig von Versalzung und Schwermetalleintrag bedroht sein, fürchten die Aktivisten. Und auch dieser Annahme widerspricht das Unternehmen: Vorliegende Gutachten würden belegen, dass diese Befürchtung jeglicher Grundlage entbehrt, heißt es in einer Stellungnahme.

Unterdessen teilt das für die Genehmigungen zuständige Landesamt für Geologie und Bergwesen (LAGB) mit, dass derzeit noch kein Antrag von K+S für die beabsichtigte Haldenerweiterung für das Werk Zielitz vorliege aber ein Antrag vom Unternehmen für Ende 2016 avisiert wurde. Bereits heute weist die Behörde daraufhin, dass Im Rahmen des Genehmigungsverfahrens zum avisierten Antrag ein Planfeststellungsverfahren nebst Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen sei. Zudem erfolge eine Prüfung von Alternativen, bei der auch die Möglichkeit von Versatzmaßnahmen zur Minimierung der Umweltbelastungen Eingang finden würde. Derzeit sei allerdings noch kein vorheriges separates Tätigwerden der Bergbehörde erforderlich.

Keine Gefahr der Grundwasserversalzung

Zur Überwachung der Grundwassersituation würde am Standort ein anlagenbezogenes Sondermessnetz betrieben, dass die Auswirkungen dokumentiert und untersucht, teilt K+S auf nachfrage mit. Auch der Einfluss der Bergsenkungen auf die Grundwassersituation würde in diesem Zusammenhang berücksichtigt. Eine Gefährdung der Trinkwasserversorgung der Stadt Magdeburg infolge der Abbautätigkeit des Kaliwerkes Zielitz sei heute und zukünftig ausgeschlossen. Im Interesse der öffentlichen Wasserversorgung wurde durch das Landesverwaltungsamt des Landes Sachsen-Anhalt die „Verordnung zur Festsetzung des Wasserschutzgebietes Colbitz-Letzlinger-Heide für die Wassergewinnungsanlagen des Wasserwerkes Colbitz der Trinkwasserversorgung Magdeburg GmbH“ am 15.06.2005 in Kraft gesetzt. Für die darin ausgewiesenen Trinkwasserschutzzonen sind Verbote und Beschränkungen erlassen worden. Die Abbautätigkeiten des Kaliwerkes innerhalb des Wasserschutzgebietes erfolgen daher unter Einhaltung der vorgenannten Verbote und Beschränkungen der Wasserschutzgebietsverordnung.

Die bereits bestehenden Umweltschäden aufgrund der von den Kalihalden ausgehenden Gewässerversalzung seien enorm und bereits sichtbar, meint allerdings die Bürgerinitiative. Zudem soll mittels einer großräumigen Beprobung durch ein anerkanntes Labor auch in Sachsen-Anhalt ein höchst bedenklicher Eintrag von krebserregenden Schwermetallen in Grund-, Oberflächengewässer (u.a. Elbe) und Böden nachgewiesen worden sein. Schwermetalle und Chlorid würden zum einen durch versickernde Haldenabwässer in die Umgebung und zum anderen direkt in die Elbe durch Einleitung von Produktionsabwässer gelangen. Zudem würde sich die Einleitstelle inmitten eines FFH-Gebietes befinden, heißt es bei den Anwohnern in der Umgebung des Kaliwerkes..

Weder beim Aufsuchen, Gewinnen und Aufbereiten des Bodenschatzes „Kalisalz“, noch beim Verladen, Befördern, Abladen, Lagern und Ablagern führt das Kaliwerk Zielitz Stoffe zu, die Schwermetalle enthalten, widerspricht ein Konzernsprecher. Zudem weisen Stoffströme (Rohsalz, Wasser, Aufbereitungshilfsstoffe) sowie ausgehende Stoffströme (Rückstand und Fertigprodukte) keinen erhöhten Blei- oder Quecksilbergehalt auf. Ein Zusammenhang zwischen der

Kaliproduktion am Standort und der durch Beprobungen entstanden Werte der Stoffe Blei und Quecksilber ist deshalb nicht erkennbar. Derzeit werden wissenschaftliche Untersuchungen durchgeführt, um die Ursache für angesprochenen Werte in den Beprobungen zu ermitteln.

Die Grenzwerte u.a. für Blei und Quecksilber laut der EU Oberflächengewässerverordnung und der EU-WRRL werden an mehreren Punkten um ein Vielfaches überschritten, sowohl im Wasser als auch im Sediment. Hinzu käme, dass K+S Zielitz für Schwermetalle nie eine Einleiterlaubnis (Elbe) erhalten hat; diese bezog sich stets nur auf die einzuleitende Menge Chlorid. Demzufolge ist der letzte Planfeststellungsbeschluss von 2005 im Grunde rechtswidrig und impliziert ein sofortiges Einleitungsverbot der K+S - Produktionsabwässer in die Elbe, so die Bürgerinitiative. Auch die wasserrechtlichen Anforderungen würden vollständig vom Werk eingehalten, so der Konzern. Ein Zusammenschluss mit dem von der Bürgerinitiative aufgezeigten „rechtswidrigen“ Verhalten vom Kaliwerk Zielitz in Bezug auf die Einleitung sei demzufolge falsch und sachfremd.

Gelassenheit der Firma K+S für Sachsen-Anhalts Umweltministerin nicht nachvollziehen

Anfang des Jahres hatte sich die heutige Umweltministerin und damalige umweltpolitischen Sprecherin der Landtagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Prof. Dr. Claudia Dalbert, zu möglichen Bergsenkungen infolge des Abbaus von Kalisalzen durch K+S zu Wort gemeldet: „Die Senkungen in der Börde infolge des Kaliabbaus der Firma K+S in Zielitz um bis zu einen halben Meter "seien kein Pappenstiel". Die Gelassenheit der Firma K+S könne sie nicht nachvollziehen. Natürlich kann man Deiche höher ziehen und das Hinterland so vor Hochwasser schützen. Aber das eigentlich gefährliche ist doch das Grundwasser. Wenn sich der Boden absenkt, kommt das Hochwasser von unten. Noch dazu besteht das Risiko der Grundwasserversalzung. In direkter Nähe befindet sich das Grundwassergewinnungsgebiet in der Colbitz-Letzlinger Heide. Von dort wird die Stadt Magdeburg mit Trinkwasser versorgt. Hier besteht die Gefahr der Grundwasserversalzung.“

Bergsenkungen infolge des Abbaus von Kalisalzen durch K+S

K+S: Basierend auf den aktuell vorliegenden Freibordhöhen der vergangenen Hochwasserereignisse und den von K+S für die nächsten ca. 50 Jahre (bis 2064) prognostizierten Bergsenkungen im Bereich der Elbdeiche plant das Landesamt für Hochwasserschutz (LHW) im Ergebnis nunmehr eine DIN-konforme Deichsanierung der westlichen und östlichen Elbdeiche im Einwirkungsbereich der Grube Zielitz auf einer Länge von insgesamt ca. 20 km. Hieran wird K+S auf der Grundlage der Rahmenbetriebspläne „Abbau unter der Elbe I und II und des BbergG“ verursachungsgerecht finanziell beteiligt.

Im Jahr 2015 hat K+S eine Rahmenvereinbarung mit dem LHW abgeschlossen, die den grundsätzlichen K+S-Anteil an den Deichsanierungsmaßnahmen dokumentiert. Die Grundwasserhöhe im Elbeurstromtal wird durch den Wasserstand der Elbe stark beeinflusst. Insbesondere Hochwasserereignisse der Elbe führen zu einem elbenahen Grundwasseranstieg. Binnenseitig des Hochwasserschutzdeiches wird der Grundwasseranstieg durch Drängewasser verursacht. Dieser Effekt des Drängewassers ist die natürliche Folge eines Hochwasserereignisses und im gesamten eingedeichten Bereich des Elburstromtales wirksam. Die Höhe des -sich deichbinnenseitig einstellenden- Grundwasserstandes ist hauptsächlich von der hydrogeologischen Situation sowie der Charakteristik des Hochwasserereignisses abhängig. Der untertägige Abbau der Lagerstätte durch das Kaliwerkes Zielitz führt zu einer gleichmäßigen, genehmigten und kontrollierten großräumigen Absenkung der gesamten Geländeoberfläche. Entsprechend des zulässigen Senkungsbetrages verringert sich auch der Grundwasserflurabstand im Einwirkungsbereich der Grube.

Dalbert: Letzte Landesregierung von Ministerpräsident Reiner Haseloff habe es versäumt, eine Versatzpflicht einzuführen

„Hauptursache für die Absenkung der Geländeoberkante ist die Art des Abbaus: Beim Kammer-Pfeiler-Abbau werden breite Pfeiler im Untergrund zurückgelassen. Doch dies reicht nicht, um die gesamte Region auf dem ursprünglichen Niveau zu halten. Die Folge sind Absenkungen des Geländes. Die Versatzpflicht für den Kaliabbau in Zielitz muss durch das Land eingeführt werden. Dann müssten die Hohlräume mit dem Restmaterial des Kaliabbaus verfüllt werden. Dies ist in Kanada schon längst Stand der Technik. Vorteil dieser Methode wäre auch, dass die Kalihalden bedeutend kleiner wären. Dann müssten keine zusätzlichen Halden aufgeschüttet werden und sensible Gebiete wie das Landschaftsschutzgebiet Lindhorst-Ramstedter Forst müssten einer neuen Mega-Halde nicht weichen. Denn dies plant die Firma K+S außerdem, um ihre Abbautätigkeiten abzusichern.“

Die letzte Landesregierung von Ministerpräsident Reiner Haseloff habe es leider versäumt, eine Versatzpflicht einzuführen, um die Umweltbelastungen auf ein Minimum zu reduzieren. Sie trägt daher eine Mitverantwortung für die

bisherigen Schädigungen an unserer Umwelt und mögliche Bergsenkungen, mit denen noch Generationen zu kämpfen haben werden."

Dies ist in Kanada schon längst Stand der Technik

Die Möglichkeiten zum Versatz unterliegen für alle Kaliproduzenten in erster Linie sehr spezifischen lagerstättengeologischen Randbedingungen sowie standortspezifischen Voraussetzungen. So werden an den weltweit ca. 70 Standorten zur Kalidüngemittelproduktion heute rund 80 % der anfallenden festen Aufbereitungsrückstände an der Erdoberfläche entweder in kompakten Schüttguthalden oder in Spülhalden „beseitigt“. Ein Versatz am Standort Zielitz ist unter Sicherheitsgesichtspunkten ausgeschlossen. Zudem stehen technische und wirtschaftliche Restriktionen einem Versatz entgegen.

Auch in kanadischen Bergwerken fallen bei der bergmännischen Gewinnung fester Kalirohsalze unter Tage sowie deren Aufbereitung feste Rückstände an. Neben dem Sofortversatz eines Teils der festen Gewinnungsrückstände, der heute in nahezu allen Kalibergwerken weltweit betrieben wird, werden an zehn von elf kanadischen Bergwerken (PCS und MOSAIC zusammen) feste Aufbereitungsrückstände über Tage aufgehaldet. Allein im Kalibergwerk Penobsquis (New Brunswick) werden alle Aufbereitungsrückstände als Trocken- und Spülversatz entsorgt. Zusammen mit den lagerstättengeologischen Randbedingungen einer steilen Lagerung erlauben dort standortspezifische klimatische und infrastrukturelle Randbedingungen die vollständige Entsorgung der festen Aufbereitungsrückstände an diesem von PCS betriebenen Bergwerk. Ähnlich günstige Voraussetzungen haben wir in Deutschland am Standort Unterbreizbach des Werkes Werra, wo ebenfalls auf einen Haldenbetrieb verzichtet werden kann.

Im Februar sah Dalbert das Tafelsilber Elbe durch die Landesregierung gefährdet

„Kein Grenzwert für Chlorid in der Elbe – das fordert die Landesregierung von Ministerpräsident Reiner Haseloff. Mit diesem durchsichtigen Manöver möchte sie es der Firma K+S ermöglichen, mehr salzhaltige Abwässer in der Elbe zu entsorgen – genau das gefährdet unser ökologisches Tafelsilber, die Elbe.“ „Mit einem noch höheren Salzgehalt in der Elbe hält Sachsen-Anhalt die Ziele der Wasserrahmenrichtlinie nicht ein. Das Ziel eines guten ökologischen Zustandes der Elbe rückt damit in weite Ferne. Denn eines ist klar: in salzhaltigem Wasser können Fische und viele andere Organismen nicht leben.

6. Blinder Fleck: Trinkwasservernichtung

<http://www.mdr.de/thueringen/mitte-west-thueringen/prognosemodell-salzwerte-ks-100.html>

MDR 02.09.2016

Die unterirdische Versenkung von Kaliabwässern des Konzerns K+S ist nach vorläufigen Modellrechnungen nicht unbedenklich. Nach einem Prognosemodell vom März, das die Auswirkungen der Versenkung simuliert, würden die Grenzwerte in einigen Trinkwasser-Brunnen überschritten, sagte ein Sprecher des Regierungspräsidiums Kassel am Freitag. Die Werte seien aber noch nicht belastbar. Das Prognosemodell müsse weiter verbessert werden und sich an den tatsächlichen Messergebnissen messen lassen. Bis zum Auslaufen der vorläufigen Versenkungsgenehmigung zum Ende des Jahres solle es möglichst eine Entscheidung geben. Darüber berichtete auch der "Spiegel" in seiner neuen Ausgabe.

K+S hatte vom Regierungspräsidium Kassel zuletzt nur eine eingeschränkte Erlaubnis zur weiteren Versenkung der Abwässer erhalten. Deshalb musste der Konzern die Produktion im Werk Werra an der hessisch-thüringischen Landesgrenze wiederholt drosseln. Beschränkt wird die Entsorgung auch durch den Wasserstand der Werra, da bei geringerer Wasserführung des Flusses sonst die Salzkonzentrationen über den zulässigen Wert ansteigen würden.

Spiegel 03.09.2016

Region Werra

Trinkwasser gefährdet

Der Kasseler Kali-Konzern K+S gefährdet mit der Verpressung von Salzlauge in den Untergrund offenbar das Trinkwasser der hessisch-thüringischen Werra-Region. Nach Prognosen, die zur weiteren Genehmigung der Abwasserentsorgung angefordert wurden, werde es in einigen Trinkwasserbrunnen selbst bei einem „sofortigen Stopp der Versenkung“ zu einem „weiteren Anstieg der Chloridkonzentration kommen“, heißt es in einer E-Mail des hessischen Umweltministeriums an das Regierungspräsidium Kassel. Zudem könne sich für viele Brunnen eine „deutliche Überschreitung“ des Grenzwertes von Chlorid im Trinkwasser ergeben – ein Umstand, den das Unternehmen bisher bestritten hatte. Die neuen Zahlen beziehen sich auf ein komplexes 3D-Modell, bei dem die Auswirkung der Versenkung simuliert werden. Das Regierungspräsidium bestätigt die Werte, verweist jedoch darauf, dass das Modell noch nicht endkalibriert sei. Bleiben die Werte allerdings so, „wäre eine Versenkungsgenehmigung zu versagen“. Auch ein Umweltbüro hat in einem Behördengutachten berechnet, dass bei 28 von 49 Trinkwassergewinnungsanlagen der Grenzwert für Chlorid bis 2050 überschritten werde. K+S will sich unter Hinweis auf das laufende Verfahren nicht zu den neuen Prognosen äußern, man sei jedoch „unverändert von der vollen Genehmigungsfähigkeit“ der Laugenverpressung überzeugt. Derzeit darf der Konzern nur vorübergehend bis zum Jahresende geringe Mengen versenken. Bis dahin muss K+S die Behörden von der Unbedenklichkeit der Methode überzeugt haben, sonst droht ein Produktionsstopp.

http://www.umweltruf.de/2016_Programm/news/111/news3.php3?nummer=6664

Europaticker 07.09.2016

Amtliches Verbot zum Schutz der Bevölkerung vor Kontakt oder indirekten Aufnahme von Grundwasser in einem großen Gebiet der Gemeinde Unterbreizbach

Haldensickerwasser verursachen Schwermetallbelastung

In einer Allgemeinverfügung hat das Thüringer Landesverwaltungsamt am 22.07.2016 jede Nutzung von Grundwasser in einem großen Gebiet der Gemeinde Unterbreizbach zum Schutz der Bevölkerung vor Kontakt oder indirekten Aufnahme

untersagt. Begründet wird dieses Verbot neben den hohen Salzkonzentrationen vor allem mit der hohen Konzentration von Schwermetallen. Hauptsächlich werden hier Nickel, Kupfer, Cadmium, Blei und Zink genannt. Die Quelle hierfür seien nachweislich die Einträge von Haldensickerwasser der Halde Hattorf, so der [Staatsanzeiger](#)

Gleichzeitig wurde mit derselben Begründung in einer Verordnung zum Schutze der Bevölkerung der Gemeingebrauch von Wasser aus dem Gewässer 2. Ordnung „Wolfgraben“ untersagt. Von diesem Bach gelangt das Wasser über die Ulster in die Werra. Auf hessischer Seite scheint jedoch „alles in Ordnung“ zu sein oder warum gibt es nicht gleichlautende Festlegung des Regierungspräsidiums Kassel für das hessische Gebiet um die Halde Hattorf (Philippsthal) sowie für die Halden in Heringen und Neuhoof-Ellers? Ist die Bevölkerung in Hessen nicht schutzwürdig, fragt der BI "[Wasser in Not](#)"

LDEW-Abwassertag: Tagung diskutiert Zukunftsfragen rund um das Abwasser

„Die hessische Landesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, die Umsetzung der europäischen Wasserrahmenrichtlinie engagiert voran zu bringen. Denn mit dem Schutz der Gewässer schützen wir sowohl das Grundwasser als auch die Lebensgrundlage der Gewässerlebewesen. Damit leisten wir einen wichtigen Beitrag zum Erhalt der Artenvielfalt“, sagte Staatssekretärin Dr. Beatrix Tappeser beim vierten LDEW-Abwassertag in Wiesbaden. Zu der Tagung hatten der Landesverband der Energie- und Wasserwirtschaft Hessen/Rheinland-Pfalz e.V. (LDEW) und der Verband der Energie- und Wasserwirtschaft des Saarlandes e.V. (VEWSaar) eingeladen, um aktuelle abwasserpolitische Entwicklungen und wichtige Zukunftsfragen der Branche zu diskutieren. „Um dieses Ziel zu erreichen, benötigen wir zum einen die Unterstützung und Kooperationsbereitschaft der kommunalen Wasserversorger. Zum anderen wollen wir mit Augenmaß vorgehen und die Betroffenen bei der Realisierung der Ziele so gut es geht mitnehmen.“

In diesem Jahr ging es bei der Fachtagung in Wiesbaden vor allem um abwasserpolitische Entwicklungen bei der Klärschlammverwertung und um die vierte Reinigungsstufe bei Kläranlagen zur Verminderung der Nährstoffbelastung in den hessischen Gewässern. „In den nächsten Jahren sollen sich vor allem die Phosphoreinträge aus den Kläranlagen deutlich verringern. Die künftigen Werte lassen sich bei kleineren Anlagen im Regelfall mit verhältnismäßig geringem Investitionsaufwand, nämlich mit dem Bau oder der Optimierung von Anlagen zur Phosphatfällung erreichen“, sagte Staatssekretärin Dr. Tappeser in ihrem Grußwort. Für bestimmte größere Anlagen werden aber strengere Anforderungen zu realisieren sein.

Als Beispiel nannte sie hier das hessische Ried: „Da das hessische Ried eine hohe Bedeutung beim Schutz des Grundwasservorkommens hat und zudem für die Wasserversorgung von Südhessen und dem Rhein-Main-Gebiet sorgt, ist in diesen Fällen voraussichtlich der Bau einer Filtration erforderlich. Diese könnte dann gleichzeitig Bestandteil einer vierten Reinigungsstufe in einigen Kläranlagen sein“, sagte Tappeser. „Auf diese Weise können sich Synergien zwischen dem hessischen Programm zur Phosphorreduzierung und einer vierten Reinigungsstufe zur Vermeidung von Spurenstoffen ergeben“, so die Staatssekretärin. Eine allgemeine Verpflichtung der Anlagenbetreiber zur Einrichtung einer vierten Reinigungsstufe sei allerdings im hessischen Maßnahmenprogramm 2015-2021 nicht vorgesehen. Zunächst soll diese in Hessen entweder auf freiwilliger Basis oder in noch zu bestimmenden Ausnahmefällen realisiert werden. „Wir werden hier den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit auf jeden Fall beachten und die notwendigen Anpassungen möglichst im Einvernehmen mit den Betreibern erreichen“, betonte Tappeser.

Die Staatssekretärin sprach auch über die hessischen Aktivitäten zur Phosphorrückgewinnung aus Abwasser, Klärschlamm und Klärschlammasche sowie das Thema Energieverbrauch und -gewinnung auf Kläranlagen. Dabei verwies sie vor allem auf das erfolgreiche Förderprogramm zur Erstellung von Energieanalysen für kommunale Kläranlagen. Evaluierungen der inzwischen vorliegenden Analysen zeigen ein mittleres Energieeinsparpotenzial von 20-25 Prozent auf, wenn die vorgeschlagenen Maßnahmen vorgenommen werden.

Der LDEW vertritt die Interessen von rund 280 Unternehmen der Energie- und Wasserwirtschaft in Hessen und Rheinland-Pfalz gegenüber Politik, Behörden und der Öffentlichkeit. Er vereinigt die Sparten Strom und Fernwärme, Erdgas, Wasser und Abwasser. Der LDEW versteht sich als Bindeglied zwischen Energie- und Wasserwirtschaft sowie Politik und Gesellschaft.

Manipulieren das Umweltministerium und das RP Kassel das Grundwassermodell?

Zu den am Samstag auf der Internet-Seite Wasser-In-Not veröffentlichten Behördenunterlagen zum Verfahren für eine weitere Genehmigung der Versenkung von Salzabwässern in den Untergrund durch K+S und dem entsprechenden SPIEGEL-Artikel erklärt Marjana Schott, Verbraucherschutz- und umweltpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Hessischen Landtag:

„Die von der Gemeinde Gerstungen veröffentlichten Behördenunterlagen legen den Schluss nahe, dass das

Grundwassermodell so manipuliert werden soll, dass einer weiteren Genehmigung zur Versenkung von Salzabwässern durch K+S nichts mehr im Wege steht. Es steht der Vorwurf im Raum, dass das Hessische Umweltministerium in unlauterer Weise auf das Genehmigungsverfahren genommen hat.“

Konkret sollen Trinkwasserbrunnen, bei denen die Simulation des Salzgehaltes durch das Grundwassermodell Konzentrationen über dem zulässigen Grenzwert ergeben hätten, aus dem Modell genommen worden sein, so Schott. Desweiteren soll das Umweltministerium Druck auf das Hessische Landesamt für Naturschutz, Umwelt und Geologie (HLNUG) ausgeübt haben, fachbehördliche Stellungnahmen abzuändern.

Schott: „Noch am letzten Donnerstag habe ich die Ministerin im Umweltausschuss in einem Dringlichen Berichtsantrag gefragt, ob nach bisherigen Simulationsergebnissen eine Gefahr für die Trinkwasserversorgung besteht. Priska Hinz antwortete hierauf ausweichend, es gebe noch keine Ergebnisse, denn das Grundwassermodell sei noch nicht kalibriert.

Wie jetzt nur wenige Tage später aus den von der Gemeinde Gerstungen veröffentlichten Unterlagen zu ersehen ist, ist den Behörden seit April bekannt, dass die Modellrechnung eine Versalzung der Trinkwasserbrunnen durch die aktuelle und zukünftige Versenkung ergeben hat. Zum wiederholten Male hat die Hessische Umweltministerin dem Ausschuss also falsche oder unvollständige Informationen gegeben.

Die Vorwürfe wiegen so schwer, dass, sollten sich auch nur Teile davon bewahrheiten, personelle Konsequenzen im Umweltministerium sowie im Regierungspräsidium Kassel unvermeidlich werden. Wir werden die Unterlagen in den kommenden Tagen prüfen. Sicher ist, dass auf dieser Basis keine weitere Genehmigung für die Versenkung von Salzabwässern ins Grundwasser erteilt werden darf.

<https://www.jungewelt.de/2016/09-07/020.php?sstr=>

Junge Welt 07.09.2016

Lieber Arbeit statt Trinkwasser

Der Konzern K+S versalzt die Werra. Beschäftigte und Gewerkschaft wollen, dass das so bleibt. Nur dadurch ließen sich Stellen erhalten. Umweltschützer protestieren

Von Susan Bonath

Was ist wichtiger: Auflagen für trinkbares Wasser oder Arbeitsplätze für lohnabhängige Bergleute? Im thüringisch-hessischen Kalirevier führt diese Frage zu Differenzen zwischen der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) und dem Verein Werra-Weser-Anrainerkonferenz (WWA).

Die IG BCE ruft Beschäftigte und Angehörige dazu auf, am Donnerstag nachmittag mit einer 13 Kilometer langen Menschenkette von Unterbreizbach (Thüringen) bis Philippsthal (Hessen) zu demonstrieren. Ihr Ziel ist es, gefährdete Arbeitsplätze zu erhalten. Der Preis dafür wären weitreichende Genehmigungen für den Konzern K+S (Kali und Salz) für die Ableitung und Versenkung von Abwässern und Rückständen in die Werra und in den Boden. In Entsorgungspraktiken investieren, die geforderten Umweltstandards entsprechen, will das Unternehmen nicht. Das wäre aber nötig, um einer weiteren Versalzung der Flüsse Werra und Weser, in den erstere in Niedersachsen mündet, zu stoppen. Seit Monaten lässt der Konzern Hunderte Mitarbeiter immer wieder in Kurzarbeit arbeiten.

Von seiten der Gewerkschaft bleibt unerwähnt, dass durch Investitionen in Naturschutzmaßnahmen ebenfalls Arbeitsplätze erhalten, möglicherweise gar neue geschaffen werden könnten. Lediglich »wegen ausstehender Genehmigungen und sehr stark begrenzter Entsorgungsmöglichkeiten« habe sich die Situation weiter zugespitzt, betont der K+S-Betriebsratsvorsitzende Harald Döll in seinem Aufruf. Um die Stellen zu sichern, »müssen Behörden und Politik ihren Ermessensspielraum endlich wieder nutzen«, so Döll. Darüber hinaus sorgt er sich nicht nur um die 4.400 Arbeitsplätze im Revier. Insgesamt seien 16.000 Stellen in Gefahr, die vom Kalibergbau abhingen. »Wenn die Werra wackelt, wackelt das gesamte Unternehmen mit rund 10.000 Mitarbeitern.«

Dieser Einsatz freut das Management von K+S. Der Konzernvorstand unterstütze die Aktion und habe seine Teilnahme angekündigt, meldet der Betriebsratschef. Auf der von Döll veröffentlichten Rednerliste steht unter anderem der K+S-Vorstandsvorsitzende Norbert Steiner. Zudem hätten sich andere Unternehmen solidarisch gezeigt, darunter die Firma B. Braun, die Kalisalze zu Pharmaprodukten weiterverarbeitet. Erwartet würden auch Berg-, Hütten- und

Knappenvereine, das DRK, freiwillige und Betriebsfeuerwehren sowie Vertreter von ver.di und der IG Metall. Teilnehmen wollten ferner Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow (Die Linke), Stefan Mörzel vom Vorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) sowie Thorsten Schäfer-Gümpel, stellvertretender Bundesvorsitzender der SPD, lobt Betriebsratschef Harald Döll. Die *Thüringer Allgemeine* meldete am Montag einen Unterstützungsauftrag des CDU-Bundestagsabgeordneten Christian Hirte. »Wir dürfen in unserem Land nicht mit überzogenen Umweltstandards die Grundlagen für unseren Wohlstand ruinieren«, zitierte ihn die Onlineausgabe der Tageszeitung.

Der Verein WWA bezeichnete den Aufruf der IG BCE in einer Mitteilung vom Dienstag als »kurzsichtig und schädlich«. »Mit veralteten Verfahren kann man keine Arbeitsplätze erhalten«, so dessen Vorsitzender Walter Hölzel. Dafür Erlaubnisse zu verlangen, verschlimmere die Naturschäden. Eine im Bau befindliche Entsorgungsanlage beseitige das Umweltproblem nicht, meinte Hölzel und warnte vor einer weiteren Versalzung des Grund- und Trinkwassers. Die IG BCE dulde das Vernichten von Lebensgrundlagen, rügte er weiter. Das sei »verlogen, zynisch und beschämend«. Die Missachtung von Gesetzen mache Kaliproduzenten nicht zukunftsfähig. Im Gegenteil, so Hölzel, »dann haben die Funktionäre der IG BCE am Arbeitsplatzabbau nach unserer Meinung einen schuldhaften Anteil«.

Im Werratal wird seit mehr als 100 Jahren Kalisalz abgebaut. Durch Abwässer sind die Flüsse stark belastet. Der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) beklagt seit langem den hohen Salzgehalt von Werra und Weser. Sein Gutachten habe ergeben, dass Tierarten und Fischbestände zurückgingen; inzwischen seien auch Böden und Grundwasser betroffen. Die WWA mahnt an, K+S ignoriere seit 16 Jahren bekannte EU-Vorgaben.

7. Oberweserpipeline

<http://www.hna.de/lokales/hann-muenden/hann-muenden-ort60343/oberweser-anrainer-verabschieden-resolution-gegen-windkraft-salzabwasseranlagen-6733471.html>

HNA 09.09.2016

Oberweser-Anrainer verabschieden Resolution gegen Windkraft- und Salzabwasseranlagen

Hann. Münden. Die Stadt Hann. Münden, die Gemeinden Reinhardshagen, Wahlsburg und Oberweser sowie der Flecken Bodenfelde haben eine gemeinsame Resolution verabschiedet, mit der sie sich gegen Windkraftanlagen im Reinhardswald und gegen die Versalzung der Weser durch Abwässer von K+S aussprechen.

Die Oberweserregion mit Reinhardswald und Bramwald sei schützenswert, heißt es dazu in einer Pressemitteilung von Mündens Bürgermeister Harald Wegener. Die jüngsten Bestrebungen der windindustriellen Nutzung des Reinhardswaldes und der Nutzung von Reinhardswald und Weser zur Beseitigung salzhaltiger Abwässer stellten alle Bemühungen der Anrainerkommunen in Frage. Die Resolution richtet sich an die politischen Parteienvertreter in den Ausschüssen und Gremien in Hessen und an das Hessische Wirtschaftsministerium, das Hessische Umweltministerium, das Regierungspräsidium in Kassel und an die Regionalversammlung Nordhessen.

Sie alle werden aufgefordert, „von der industriellen Nutzung des Reinhardswaldes und der Weser Abstand zu nehmen und jeglicher Planungen Dritter entschieden entgegen zu treten. Von besonderer Bedeutung sind dabei die aktuellen Bestrebungen von Hessen-Forst zur Vermarktung von Windvorrangflächen und die Planungen von Kali + Salz zum Bau einer Oberwesersalzpipeline mit einem großflächigen Salzsee. Die Bürgermeister zeigen • Unverständnis darüber, dass die bisherigen Ziele und Grundsätze der Raumordnung wirtschaftlichen Interessen geopfert werden sollen; • Unverständnis darüber, dass die Bedeutung des Tourismus für die Regionalentwicklung und insbesondere die Oberweserregion verkannt und die touristischen Belange nicht als „Schutzgut“ in die Abwägung eingestellt werden; • Unverständnis darüber, dass Vorsorgegesichtspunkte bei der Bewertung der Schutzgüter weitgehend außer Acht gelassen werden. Stattdessen sollen Flächenfestlegungen in Konfrontation mit Kommunen und diversen Bürgerinitiativen durchgesetzt werden.“

Bürgermeister Wegener: „Es ist unser Ziel, gemeinsam Position zu beziehen, um die schützenswerte Landschaft der Oberweserregion zu erhalten. Mit der Resolution und mit unserem gemeinsamen Auftreten als Bürgermeister an der Oberweser erwarten wir eine stärkere Berücksichtigung unserer Forderungen.“

Die fünf Kommunen bemühten sich, sich als naturnahe Erlebnisregion mit hoher Wohnqualität zu profilieren, heißt es in der resolution. Die Bemühungen zeigten Erfolge: Die jährlichen Umsätze durch Besucher der Region bewegten sich im dreistelligen Millionenbereich.

8. Daumen gesenkt: K+S in der Wirtschaftspresse

<http://www.finanztreff.de/news/kpluss-und-co-warten-noch-immer-auf-hoehere-kalipreise/11541132>

Finanztreff 17.09.2016

K+S und Co. warten noch immer auf höhere Kalipreise

Liebe Leser,

die Situation von K+S ist und bleibt ein Trauerspiel. Lange Zeit sah es für die nähere Zukunft des Förderers von Salz und Düngemittel gut aus. Die Geschäftszahlen konnten überzeugen und die neue Legacy-Mine in Kanada schien zu einem großen Erfolg zu werden. Dann aber kam der große Absturz. Unfälle in Kanada führten zu einer Verschiebung der Förderung von rund 1,5 Jahren. Viel schwerer wiegt aber der Kali-Preis, der auf einem rekordverdächtig niedrigen Niveau markiert und damit die Ergebnisse von K+S nachhaltig belastet. Fast ohne eigenes Verschulden ist K+S in eine Abwärtsspirale geraten, aus der es scheinbar kein Entkommen gibt.

Wann es mit dem Kalipreis endlich wieder bergauf geht, ist immer noch nicht abzusehen. Zwar sprechen einige Experten schon von einer baldigen Trendwende, bis diese an den Märkten ankommt, dürfte aber noch einige Zeit ins Land ziehen. Neue Impulse könnte die Fusion der Konkurrenten Potash und Agrium liefern. Der daraus entstehende Megakonzern hätte deutlich mehr Möglichkeiten, um den Anstieg von Kali voranzutreiben. Für Anleger werden die nächsten Wochen bei K+S in jedem Fall interessant sein, auch wenn sich für jetzt eine Positionierung an der Seitenlinie anbietet.

<http://www.aktiencheck.de/exklusiv/Artikel->

[K S Aktie Herausforderungen nehmen Citigroup raet zum Verkauf Aktienanalyse-7425666](http://www.aktiencheck.de/exklusiv/Artikel-K_S_Aktie_Herausforderungen_nehmen_Citigroup_raet_zum_Verkauf_Aktienanalyse-7425666)

Aktiencheck 18.09.2016

K+S-Aktie: Herausforderungen nehmen zu!

New York (www.aktiencheck.de) - K+S-Aktienanalyse von der Citigroup:

Die Analysten der Citigroup raten in einer aktuellen Branchenstudie weiterhin zum Verkauf der Aktie des Kali- und Salzherstellers K+S AG (ISIN: DE000KSAG888, WKN: KSAG88, Ticker-Symbol: SDF, Nasdaq OTC-Symbol: KPLUF).

Im Gegensatz zum Markt würden mit einer zyklischen Erholung des europäischen Industriechemie-Sektors rechnen, so die Analysten der US-Bank in einer am Freitag veröffentlichten Studie. Zudem würden die Investoren nach wie vor zu sehr an Konsumchemie-Aktien hängen. Die K+S-Aktie gehöre derweil zu den wichtigsten Verkaufsempfehlungen der Citigroup-Analysten. Die Herausforderungen für den Kasseler Konzern würden zunehmen. Sie hätten dabei u.a. auf Verzögerungen und weitere Kostensteigerungen bei der neuen Legacy-Mine in Kanada verwiesen.

Die Analysten der Citigroup haben in einer aktuellen Branchenstudie das "sell"-Votum für die K+S-Aktie mit einem Kursziel von 5 Euro bestätigt. (Analyse vom 16.09.2016)

<http://www.finanztreff.de/news/kpluss-schon-bald-nur-noch-5-euro-wert/11545572>

Finanztreff 20.09.2016

K+S: Schon bald nur noch 5 Euro wert?

Lieber Leser,

die Citigroup veröffentlichte ein ziemlich beunruhigendes Update ihrer K+S-Studie. Die Experten beließen ihre Empfehlung bei „Sell“ und nannten ein Kursziel von 5,00 Euro. Laut ihrer Einschätzung stehe der Düngemittelkonzern vor wachsenden Herausforderungen. Insbesondere seien zunehmende Kosten von der kanadischen Legacy-Mine zu erwarten.

Bei einem aktuellen Niveau von knapp 18,00 Euro würde ein Kursziel von 5,00 Euro mehr als eine Drittelung (-72%) der Notierung bedeuten. Die Einschätzung der Citigroup ist also durchaus als „heftig“ zu bezeichnen. Wie realistisch ist das Kursziel der US-Analysten (gestrichelte rote Linie)?

Wenn wir einmal unterstellen, dass die K+S-Aktie das Tief vom August 2013 bei 15,02 Euro unterbietet, dann wäre der eingezeichnete Abwärtstrend gültig und bestätigt. Wie schnell es in einem solchen Fall abwärts gehen kann, hat K+S im Jahr 2013 bewiesen, als die Notierung innerhalb weniger Wochen von 36,00 Euro auf 15,00 Euro einbrach.

Der vertikale blaue Balken und die blaue Horizontale kennzeichnen ein vergleichbares Szenario. Das würde einem Kursziel von etwa 10,00 Euro entsprechen. Das von der Citigroup genannte Ziel erscheint somit schon eher wie ein Insolvenz-Szenario:

In diesem Fall würde wohl auch der Trend-Kanal als Unterstützung ausfallen und eine noch dynamischere Abwärtsbewegung eingeleitet.

<http://www.be24.at/blog/entry/708692/k-s-vernichtendes-kursziel/fullstory>

K+S: Vernichtendes Kursziel

21. September 2016 20:31

Lieber Leser,

dieses Kursziel nenne ich mal absolut vernichtend: Die Citigroup sieht den Düngemittelkonzern K+S doch tatsächlich bei einem Kurswert von 5 Euro! Erst einmal tief durchatmen, liebe K+S-Aktionäre: die Commerzbank, HSBC und Kepler Cheuvreux haben zum Glück (noch) eine völlig andere Sicht auf die Lage. **Der Trend ist nichtsdestotrotz unverkennbar.** Die Experten kürzen immer mehr ihre Kursziele ein und sehen den Konzern teilweise unter dem jetzigen Kursniveau.

Diese Analyse ist mir ein Rätsel

Zunächst einmal zur Einschätzung der Citigroup: Als Begründung für ihr Kursziel erwähnen die Analysten beispielhaft die Probleme bei der Inbetriebnahme der kanadischen Kali-Mine. Aber diese halbjährige Verzögerung ist bereits seit geraumer Zeit bekannt. Auch der niedrige Kalipreis und die offene Frage der Versenkgenehmigung sind schon in den aktuellen Kurswert eingeflossen. Wie soll er nun noch auf 5 Euro fallen? Weiß die Citigroup mehr als die Öffentlichkeit? Oder geht sie von einer drastischen Kapitalerhöhung aus, die den Kurswert verwässern würde? Mir ist das Urteil auf jeden Fall ein Rätsel.

Ein Abwärtsstrudel möglich

Etwas realistischer nimmt sich in meinen Augen die Studie der HSBC aus. Sie spricht von einem Kursziel in Höhe von 15,50 Euro und gibt die Empfehlung „Reduce“. Dieser Wert liegt zwar ebenfalls deutlich unter dem jetzigen Preis. **Doch wenn sich die Ergebnisse von K+S in der zweiten Jahreshälfte nicht merklich gegenüber dem zweiten Quartal verbessern und die Genehmigungsfrage weiterhin ungeklärt bleiben sollte, könnte die Aktie tatsächlich noch in solch einen Abwärtsstrudel geraten.**

Anlass für verhaltenen Optimismus

Die Commerzbank hingegen sieht Anlass für verhaltenen Optimismus. Die Ablehnung der Klage durch die Staatsanwaltschaft Meiningen erspart dem Konzern zum einen ein hohes Bußgeld. Zum anderen könnte die Entscheidung ein Fingerzeig sein, dass sich die Politik in Sachen Genehmigung auf K+S zubewegt. Doch gleichzeitig warnt die Commerzbank, dass der jetzige Zustand weitere Produktionsausfälle zur Folge haben könnte. Denn solange noch keine endgültige Einigung erzielt ist, wird der Wasserstand der Werra quasi Schicksal spielen. Deshalb bleibt die Bank bei einem Kursziel von 18,50 Euro.

Kepler Cheuvreux geht die Sache noch etwas forscher an und spricht sogar eine Kaufempfehlung für K+S mit einem Kursziel von 22 Euro aus. Auch hier heben die Analysten die Bedeutung der abgewiesenen Klage hervor. Dies könnte

aus Sicht der Analysten bedeuten, dass eine Versenkgenehmigung noch in diesem Jahr erteilt wird. Dann wäre K+S seine ärgsten Sorgen los.

<http://www.onvista.de/news/k+s-panik-geht-um-43507877>

Onvista 26.09.2016

K+S - Panik geht um

26.09.16, 17:47 GodmodeTrader

K+S Aktiengesellschaft - WKN: KSAG88 - ISIN: DE000KSAG888 - Kurs: 16,640 € (XETRA)

Mit „Tränen in den Augen“ dürften Investoren in [K+S](#) heute auf die Wertentwicklung ihres Engagements schauen. Da kommt einiges zusammen. Die Verluste sind mit weit mehr als 5 % überdurchschnittlich groß. Dies katapultiert die Aktie an die Spitze der Verlierer im [MDAX](#) und als wäre dies noch nicht genug, muss mit den heutigen Verlusten auch der Stabilisierungsprozess der letzten Monate in Frage gestellt werden. Das Debakel spielt sich nämlich direkt an der Unterstützung bei 17,57 - 17,26 EUR ab, die nun gebrochen zu sein scheint.

Dabei halten krisengeplagte Unternehmen doch eigentlich zusammen oder? Anscheinend nicht, denn gerade die selbst massiv in den bärischen Schlagzeilen stehende [Deutsche Bank](#) schickte [K+S](#) heute auf bärische Reisen. Das Analystenhaus sprach für K+S eine Verkaufsempfehlung aus. Man sehe in der Branche weiterhin keinen Aufschwung, so dass man das Kursziel K+S´ von 17 auf 14 reduzierte. Angesichts der aktuellen technischen Verfassung eines, welches durchaus erreicht werden kann. Der Rückfall unter 17,26 EUR ist ein Verkaufssignal und nun wird man auf das Tief von 2013 bei 15,02 EUR schauen. Darunter läge bei ca. 13,50 EUR eine weitere Unterstützung, die ohne neuerliche Bodenbildung in den nächsten Wochen angelaufen werden könnte.

<http://www.hna.de/kassel/k-s-org235177/ks-aktienkurs-faellt-zehnjahrestief-6789945.html>

HNA 27.09.2016

Papier leidet unter sinkenden Kalipreisen

K+S-Aktienkurs fällt auf Zehnjahrestief

Kassel. Für den Kasseler Kali- und Salzproduzenten K+S kommt es knüppeldick. Nach den zahlreichen Rückschlägen der vergangenen Monate bricht nun auch der Aktienkurs massiv ein.

Gestern verlor das Papier in der Spitze 7,6 Prozent und markierte mit 16,57 Euro ein neues Zehnjahrestief. Am Abend gingen die Titel mit einem Minus von 6,9 Prozent auf 16,70 Euro aus dem Handel.

Grund für den neuerlichen Kursrutsch ist eine Herabstufung des Werts durch die Analysten der Deutschen Bank. Sie empfehlen zum Verkauf und sehen die Aktie bei nur noch 14 Euro. Vor zehn Tagen erst hatte die britische Großbank HSBC das Kursziel auf 15,50 Euro gesenkt. Der US-Finanzkonzern Citigroup sieht den Kurs mittelfristig sogar bei nur noch fünf Euro.

Als Gründe für die schlechte Benotung nennen die Experten die weltweit hohen Getreidevorräte. Vor allem in Europa – dem Hauptabsatzgebiet der Kasseler sind die Lager voll und die Preise niedrig, was mit Blick auf Düngemittel zu einer Kaufzurückhaltung bei den Landwirten führt.

K+S kämpft derzeit nicht nur mit dem fallenden Aktienkurs, sondern auch mit sinkenden Kalipreisen und der schmerzlichen Produktionsdrosselungen im Werra-Kalirevier wegen der stark eingeschränkten Genehmigung zur Versenkung von salzhaltigem Abwasser.

Im ersten Halbjahr sank der Umsatz um 20 Prozent auf 1,8 Milliarden Euro. Das Ergebnis vor Zinsen und Steuern (Ebit) brach sogar um 53 Prozent auf 233 Millionen Euro ein. Für das Gesamtjahr prognostiziert das Unternehmen ein Ebit von 200 bis 300 Mio. Euro. Zum Vergleich: 2015 lag es noch bei 782 Mio. Euro.

<http://www.boerse-online.de/nachrichten/aktien/K+S-Aktie-im-Rueckwaertsgang-Warum-das-wohl-noch-nicht-das-Ende-ist-1001420430>

Börse online 28.09.2016

K+S-Aktie im Rückwärtsgang: Warum das wohl noch nicht das Ende ist

Der Abwärtstrend des Düngemittelherstellers K+S setzt sich nach einer Abstufung der Deutschen Bank fort. Geringe Kaufkraft der Landwirte und die Sorge die Konsolidierung in der Branche verpasst zu haben, verdunkeln die Zukunftsaussichten für den Rohstoffkonzern. Von Peer Leugermann

Nachdem die Aktie des Kali-Produzenten K+S von einem Analysten nach dem anderen abgestuft wurde, senkte gestern auch die Deutsche Bank ihr Votum. Als Folge sackte das Papier mit einem Minus von fast sieben Prozent auf ein Drei-Jahres-Tief ab. Die weltweiten Getreidespeicher sind laut Analysten Virginie Boucher-Ferte so voll wie seit 2001 nicht mehr. Daher dürfte es mehr als nur eine schlechte Ernte brauchen, damit die Getreidepreise wieder deutlich anzögen - und damit auch die Kaufkraft der Bauern. Mit Europa sei der größte Markt von K+S stark betroffen. Die Expertin kürzte ihre Gewinnschätzungen deutlich.

Doch K+S macht nicht nur die Befürchtung zu schaffen, dass der Abschwung in der Düngemittelindustrie länger anhält als gedacht. Nachdem der Konzern 2015 einen milliardenschweren Übernahmever such vom kanadischen Konkurrenten Potash abwehrte, konsolidiert sich die Branche derzeit ohne das Kasseler Unternehmen. Potash schließt sich nun mit seinem Landsmann Agrium zusammen. Der Deal schafft einen neuen Branchengiganten mit einem Börsenwert von rund 36 Milliarden Dollar. Der neue Konzern käme auf einen Jahresumsatz von knapp 21 Milliarden Dollar sowie annähernd 20.000 Beschäftigte. Zum Vergleich: 2015 erzielte K+S einen Umsatz von 4,1 Milliarden Euro.

Neben Preiskampf und steigendem Konkurrenzdruck macht der Rohstofffirma zusätzlich ihre Legacy-Mine in Kanada zu schaffen. Das Projekt ist die größte Baustelle des Konzerns. Bisher wurden 2,9 Milliarden Euro in die erste Mine des SDax-Konzern außerhalb Deutschlands investiert. Ausgerechnet hier kam es zuletzt aber zu Problemen. Teile der Produktionsanlage fielen aus, der eigentlich für den Sommer geplanten Produktionsstart konnte nicht gehalten werden. Noch aber ist unverändert geplant, die Förderung ab 2017 auf ein jährliches Produktionsvolumen von zwei Millionen Tonnen Kali hochzufahren. Das wäre eine große Kapazitätsausweitung, immerhin liegt die Fördermenge der bisherigen Minen bei rund sieben Millionen Tonnen jährlich.

Zuletzt meldete K+S für die Kali-Mine in Kanada 500 erhalten zu haben. Das klingt zunächst gut, einen Termin für den neuen Produktionsstart blieb der Konzern aber schuldig. Mit der Legacy Mine könnte K+S in neue Förderdimension vorstoßen und seine Abbaukosten senken. Das wäre besonders bei den aktuell niedrigen Preisen ein wichtiger Vorteil. Neben den gesunkenen Preisen steht möglichen positiven Skaleneffekten aber auch die Konsolidierung der Branche entgegen. Potash und Agrium verfügen zusammen über weit höhere Förderkapazitäten. Angesichts des bisherigen Kursverlaufs eignet sich die Aktie daher nur für extrem spekulative Anleger. Aus Börsensicht bietet das Papier aufgrund des stark gefallenen Kurses einzig eine Übernahmefantasie.

<http://www.deraktionaer.de/aktie/boerse-easy--k-s-bleibt-ein-risiko-fuer-anleger-276480.htm>

Der Aktionär 28.09.2016

Börse Easy: K+S bleibt ein Risiko für Anleger

Börse Easy erinnert an den Kursrutsch von K+S von mehr als 50 Prozent seit dem Rekordhoch Mitte vergangenen Jahres. Ein Grund dafür ist die gescheiterte Übernahme durch den kanadischen Wettbewerber PotashCorp. Zudem sind die Zahlen des auf Kali und Salz spezialisierten Unternehmens schwach. In den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres setzte K+S 1,8 Milliarden Euro um. Das sind 20 Prozent weniger als ein Jahr zuvor. Das operative Ergebnis sank um mehr als 50 Prozent. Im zweiten Quartal alleine betrachtet sackte dieses operative Ergebnis sogar um 92 Prozent ab. Das liegt zum einen am schwachen Gesamtmarkt für Kali und Salz. Zum anderen investiert K+S Milliarden in die große kanadische Kali-Mine Legacy, ohne daraus fördern zu können. Wann dort tatsächlich die erste Tonne Kali abgebaut werden kann, weiß niemand; Schätzungen besagen, es könnte im zweiten Quartal nächsten Jahres soweit sein. Bis Ende nächsten Jahres soll die volle Produktionskapazität erreicht sein. Bis dahin fallen jedoch weiterhin Kosten an. Anleger sollten die Aktie deshalb meiden.

<http://www.finanznachrichten.de/nachrichten-2016-09/38723375-k-s-wenn-der-letzte-bulle-aufgibt-584.htm>

Finanznachrichten 29.09.2016

K+S: Wenn der letzte Bulle aufgibt ...

Schwache Preisentwicklung im Kalisektor, rückläufige Umsätze beim Salzgeschäft, Probleme wegen der Schadstoffbehandlung: K+S, sprich Kali & Salz, hat es derzeit nicht leicht. Dementsprechend gedämpft fiel in der Bilanz des zweiten Quartals der Ausblick auf den Rest des Jahres aus. Und momentan finden sich keine Hinweise, dass man die gesenkten Gewinnprognosen für 2016 kurzfristig wieder anheben könnte.

Was billig ist, kann noch viel billiger werden, dieser Leitspruch wird meist in den Wind geschossen, wenn Anleger subjektiv den Eindruck haben, eine Aktie sein nun ein Schnäppchen. Gegen den Trend in ein fallendes Messer zu greifen ist immer ein unkalkulierbares Risiko - und das gilt auch weiterhin für K+S. Aber das heißt nicht, dass die Aktie keine Chancen bieten würde.

Alle Daumen gesenkt

Dieser langfristiger gehaltene Chart zeigt die Aktie auf Wochenbasis. Da ist gut zu erkennen: K+S hat zwar die bisherigen Jahrestiefs, d.h. die drei Zwischentiefs zwischen 17,27 und 17,56 Euro durchbrochen. ...

9. Neues von K+S

<http://www.manager-magazin.de/unternehmen/artikel/egon-zehnder-wie-sich-die-personalberatung-bei-k-s-blamiert-a-1110497.html>

Manager Magazin 01.09.2016

Düngemittelkonzern sucht Vorstand für wichtigstes Ressort Wie sich die weltgrößte Personalberatung Egon Zehnder bei K+S blamiert

Der Düngemittel- und Salz-Konzern K+S (vormals Kali und Salz) durchlebt derzeit wirklich mitteltrübe Zeiten. Nachdem die Kasseler ein hochpreisiges Angebot des kanadischen Konkurrenten Potash abgelehnt hatten und kein schlüssiges Gegenkonzept entwerfen konnten, setzte der Aktienkurs zum Trudelflug an. Von etwa 37 Euro vor einem Jahr wurde das Papier auf rund 18 Euro Anfang März durchgereicht: Ende März folgte der Abstieg aus dem Dax.

Potash hat sich inzwischen gefangen und betreibt seit kurzem eine Fusion mit seinem kanadischen Wettbewerber Agrium. Bei K+S dagegen, mit 4,2 Milliarden Euro Umsatz, 780 Millionen Euro Gewinn und 14 400 Beschäftigten ein echtes Schwergewicht seiner Branche, sind sie weiterhin auf der Suche nach der verlorenen Dynamik.

Am Mittwoch trug ein grober handwerklicher Schnitzer zur mäßigen Gesamtlage bei - wobei die K+S-Vorderleute dieses Mal kaum eine Schuld trifft. Bereits zum zweiten Mal innerhalb einer Woche musste Aufsichtsratschef Ralf Bethke seine Mitkontrolleure zusammentrommeln, um sich über Vorstandsangelegenheiten zu beugen, jeweils beraten von Egon Zehnder, dem weltgrößten Personal-Sucher für Spitzenpositionen. Bei ihrem Treffen am 24. August in Kanada, man eröffnete nebenbei eine neue Produktionsanlage, hatten die Kontrolleure den alten Finanzvorstand zum neuen Vorstandschef berufen: Am 12. Mai 2017 ersetzt Burkhard Lohr Amtsinhaber Norbert Steiner.

Im Hochgefühl der Ausflugsatmosphäre hätte man auch gleich die insgesamt zwei übrigen vakanten Vorstandsjobs vergeben können, aber das wollten die Arbeitnehmervertreter nicht - mit einer schlüssigen Begründung: Weder der Kandidat für den Job des Finanzvorstands noch der für das operative Ressort Kali und Magnesiumprodukte hatten sich bis dato dem Gesamtgremium vorgestellt. Also: Vertagung auf eine Woche später, den letzten Tag im August - auch damit der Kandidat für das Kali-Ressort stressfrei von seinem aktuellen Einsatzort in Südamerika anreisen konnte.

Der Job des Finanzvorstands war am vergangenen Mittwoch dann schnell besetzt: Es wurde Thorsten Boeckers, 41, bislang Chef der Investorenbeziehungen (Investor Relations) unter dem scheidenden Finanzvorstand, der nun ja Vorstandschef wird. Und wer wollte dem neuen CEO seinen ersten Personalwunsch gleich abschlagen.

Eine böse Überraschung gab es dagegen beim eigentlich ebenfalls designierten neuen Kali-Chef. Der Kandidat aus Südamerika eröffnete den verdutzten Aufsichtsräten, dass er im Falle eines Job-Wechsels einem Wettbewerbsverbot durch seinen aktuellen Arbeitgeber unterliege - wenn auch zeitlich überschaubar.

Die Aufsichtsräte waren nachhaltig irritiert und fühlten sich ob der überraschenden Nachrichtenlage nicht mehr entscheidungsreif. Dem armen Kandidaten vom anderen Ende der Welt mögen sie das freilich nicht ankreiden, sondern ihren Beratern, von denen sie vorher dieses wichtige Detail nicht bekommen hatten: Egon Zehnder hatte den Suchprozess übernommen und eigentlich gar nicht so wenig Zeit gehabt, die üblichen Informationen bereitzustellen. Die Leitung des Kali-Ressorts, das renditestärkste des Konzerns, ist bereits seit Ende Februar vakant.

Für die Aufsichtsräte bedeutet die Nachlässigkeit Egon Zehnders und ihres Vorstehers Bethke nun voraussichtlich eine dritte Sitzung in kurzer Zeit: Geplant ist derzeit, innerhalb weniger Wochen erneut zusammenzukommen, um sich noch einmal über die Besetzung des Kali-Vorstands zu beugen.

K+S wollte die Informationen nicht kommentieren. Ein Sprecher Egon Zehnders teilte per Mail mit, "dass Egon Zehnder stets höchste Qualitätsstandards einhält, zu denen auch die Eruerung von Wettbewerbsklauseln zählen." Zu dem konkreten Fall wolle man sich nicht genauer äußern, "weil hier Vertraulichkeitsregeln greifen, die wir unbedingt einhalten werden".

<http://www.pressebox.de/inaktiv/ks-kali-gmbh/Gruendung-des-International-Magnesium-Institute/boxid/813914>

Gründung des International Magnesium Institute

Forschungskooperation in China

(PresseBox) (Kassel /Fu Zhou (China), 09.09.2016) Die K+S KALI GmbH hat am 5. September 2016 mit der Fujian Agriculture and Forestry University (FAFU) einen Vertrag zur gemeinsamen Gründung des International Magnesium Institute (IMI) mit Sitz in Fu Zhou/China abgeschlossen. Die Kooperation sieht den Aufbau von wissenschaftlichem Know-how für die Anwendung des Pflanzennährstoffs Magnesium in der Landwirtschaft in Asien vor. Anhand gemeinsamer Forschungsprojekte sollen zukünftig neue Produkte entwickelt und verbesserte Anwendungsempfehlungen für magnesiumhaltige Düngemittel erarbeitet werden. Die K+S KALI GmbH bringt ihre breite Wissensbasis beim Thema Magnesium ein, während die FAFU die universitäre Struktur sowie Forschungseinrichtungen vor Ort zur Verfügung stellt.

"In China sowie in anderen Ländern in Asien und Afrika ist das Bewusstsein für die Magnesium-Düngung in der landwirtschaftlichen Praxis noch nicht ausreichend verankert", erläutert Prof. Dr. Andreas Gransee, Leiter der Anwendungsberatung bei der K+S KALI GmbH, der das Institut von der Unternehmensseite aus steuern wird. "Oft findet dort eine stickstofflastige Düngung statt, da die Potenziale anderer Nährstoffe wie zum Beispiel Kalium oder Magnesium für den Pflanzenertrag und die Qualität der Ernteprodukte unterschätzt werden. Während die Wirkung von Kalium weitgehend erforscht ist, hat insoweit Magnesium bisher eine untergeordnete Rolle gespielt. Mit einer ausgewogenen, bedarfsgerechten Düngung unter Berücksichtigung von Magnesium kann die chinesische Landwirtschaft höhere Erträge und Qualitäten erzielen und die Bodenfruchtbarkeit verbessern. Dies gilt insbesondere für den südlichen Teil Chinas, in dem der geringe Gehalt an Magnesium im Ausgangsgestein der Böden und der Entzug von Magnesium über die Ernteprodukte zu erheblichen Nährstoffdefiziten führt", so Gransee weiter. Neben Asien soll künftig Afrika ein weiterer Schwerpunkt der geplanten Forschungsaktivitäten mit dem Nährstoff Magnesium werden.

Für ihr Produktportfolio an Magnesiumdüngemitteln sieht die K+S KALI GmbH ein hohes Absatzpotential in China. Dies gilt auch für die lokale Produktion von synthetischem Magnesiumsulfat (SMS), die sich K+S mit der im Juli 2016 erfolgten Übernahme der Düngemittelaktivitäten der Huludao Magpower Fertilizers Co., Ltd. erschließt.

Das IMI ist das zweite Private-Public-Partnership der K+S KALI GmbH mit einer Universität. Im Jahr 2010 gründeten die Georg-August-Universität Göttingen und die K+S KALI GmbH das Institute of Applied Plant Nutrition (IAPN). Dieses greift als Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Wirtschaft aktuelle Fragen aus der Praxis auf, bündelt vorhandenes Wissen und gibt neue Erkenntnisse an die landwirtschaftliche Praxis weiter. Aktuell forscht das IAPN in erster Linie zum Einfluss von Nährstoffen auf die Wassernutzungseffizienz – ein Thema, das aufgrund des Klimawandels eine große praktische Relevanz für die Landwirtschaft weltweit hat. Weitere Informationen zum IAPN unter www.iapn-goettingen.de.

10. Aus der Politik

<http://osthessen-news.de/n11538519/cdu-mdb-heiderich-fgg-weser-darf-kali-arbeitsplaetze-nicht-platt-machen.html>

Osthessen News 01.09.2016

Besuch bei K+S Werk Werra

CDU-MdB HEIDERICH: "FGG Weser darf Kali-Arbeitsplätze nicht platt machen"

„Die kurzfristigen und überzogenen Vorschriften der Flussgebietsgemeinschaft Weser (FGG Weser) drohen Tausende von Arbeitsplätzen in den osthessischen Kalirevieren dauerhaft platt zu machen“, betonte der heimische CDU-Bundestagsabgeordnete Helmut Heiderich (Hersfeld-Rotenburg). Heiderich war auf Einladung von K+S-Werksleiter Christoph Wehner und dem Gesamtbetriebsratsvorsitzenden Harald Döll gemeinsam mit seinem Fuldaer Kollegen Michael Brand ins Werk Werra nach Hattorf gekommen, um sich über die angespannte Situation des Unternehmens zu informieren.

Wehner und Döll unterstrichen dabei, wie eng die Werke Neuhof und Werra kooperieren und wie sie aufeinander angewiesen seien. Beide berichteten über den Stand der laufenden Genehmigungsverfahren und die angestrebten Sofortmaßnahmen, um die drohenden Entsorgungsengpässe zu überbrücken und eine Weiterproduktion sicherzustellen.

„Die Lage ist äußerst schwierig, jetzt auf Zeit zu spielen kann bittere Konsequenzen für die Beschäftigten haben“, warnte der Fuldaer Wahlkreisabgeordnete Michael Brand. „Es braucht zeitnah eine tragfähige Lösung, die Umwelt und Arbeitsplätze im Blick hat.“ Weder K+S noch die Politik dürften jetzt „die Schraube überdrehen“, mahnte Brand. Das Unternehmen sei in der Pflicht bei der sog. 3D-Kalibrierung. Eine Entsorgung von Abwässern über LKWs zur Zwischenlagerung überzeugt den CDU-Abgeordneten nicht. „Das muss unbedingt vermieden werden.“ Angesichts der Schwierigkeiten durch die gesunkenen Kalipreise, der höheren Anlaufkosten im Werk Kanada und der derzeit nur eingeschränkten Versenkmöglichkeiten salzhaltiger Abwässer durch K+S dürfe die „Existenzgefahr der Standorte nicht übersehen werden“.

Heiderich kritisierte, dass die im „Masterplan Salzreduzierung“ politisch festgelegten Grenzwerte der FGG Weser dem zwischen dem Unternehmen K+S und dem Land Hessen ausgehandelten 4-Phasen-Plan zuwider laufen würden. „Es wird insbesondere die Realisierung von Verfahren einfach angeordnet, obwohl diese so noch nie erprobt wurden“, bemängelte Heiderich. Zudem sei die zur Haldenabwasserentsorgung dringend erforderliche Oberweser-Pipeline dann nur noch als „Notlösung“ vorgesehen.

„Es gibt entgegen vielfacher Behauptung keine Vorgaben der EU-Kommission, die Wasserrahmenrichtlinie so einschneidend für die laufende Produktion der Werke umzusetzen, wie die Umweltminister der Weser-Bundesländer dies getan haben“, so Heiderich. Dies sei insbesondere auf Druck der beiden grünen Umweltministerien in Thüringen und Niedersachsen erfolgt. Nun sei das Regierungspräsidium Kassel als Genehmigungsbehörde daran gebunden. „Deshalb muss die FGG Weser dringend nachbessern, um die Sicherung der Kali-Arbeitsplätze durch praktikable Lösungen für den Gewässerschutz zu garantieren“. Heiderich sicherte zu, diese Argumente in Gesprächen auf Bundes- und Landesebene deutlich zu machen, um für kurzfristige Lösungen zu sorgen.

Brand und Heiderich sicherten zu, diese Argumente in Gesprächen auf Bundes- und Landesebenen deutlich zu machen, um für kurzfristige Lösungen zu sorgen.+++

<http://lokal24.de/news/mdb-brand-und-heiderich-fordern-zeitnahe-loesung-fuer-ks/702563/>

Lokalo24 04.09.2016

MdB Brand und Heiderich fordern zeitnahe Lösung für K+S

Hattorf. „Die kurzfristigen und überzogenen Vorschriften der Flussgebietsgemeinschaft Weser (FGG Weser) drohen tausende von Arbeitsplätzen in den osthessischen Kalirevieren dauerhaft platt zu machen“, betonte der heimische Bundestagsabgeordnete Helmut Heiderich (Hersfeld-Rotenburg). Heiderich war mit seinem Fuldaer Kollegen Michael

Brand (Wahlkreis Fulda) auf Einladung von K+S-Werksleiter Christoph Wehner und dem Gesamtbetriebsratsvorsitzenden Harald Döll ins Werk Werra nach Hattorf gekommen, um sich über die angespannte Situation des Unternehmens zu informieren.

Wehner und Döll unterstrichen dabei, wie eng die Werke Neuhof (Landkreis Fulda) und Werra (Hersfeld-Rotenburg) kooperieren und wie sie aufeinander angewiesen seien. Beide berichteten über den Stand der laufenden Genehmigungsverfahren und die angestrebten Sofortmaßnahmen, um die drohenden Entsorgungsengpässe zu überbrücken und eine Weiterproduktion sicherzustellen.

„Die Lage ist äußerst schwierig, jetzt auf Zeit zu spielen kann bittere Konsequenzen für die Beschäftigten haben“, warnte der Fuldaer Wahlkreisabgeordnete Michael Brand. „Es braucht zeitnah eine tragfähige Lösung, die Umwelt und Arbeitsplätze im Blick hat.“ Weder K+S noch die Politik dürften jetzt „die Schraube überdrehen“, mahnte Brand.

MdB Helmut Heiderich kritisierte, dass die im „Masterplan Salzreduzierung“ politisch festgelegten Grenzwerte der FGG Weser in wesentlichen Bereichen dem zwischen dem Unternehmen K+S und dem Land Hessen ausgehandelten 4-Phasen-Plan zuwider laufen würden. „Es wird die Realisierung von Verfahren einfach angeordnet, obwohl diese so noch nie erprobt wurden“, bemängelt Heiderich. Zudem sei darin die zur Haldenabwasserentsorgung dringend erforderliche Oberweser-Pipeline nur noch als „Notlösung“ vorgesehen.

<http://eisenach.thueringer-allgemeine.de/web/lokal/politik/detail/-/specific/Politiker-unterstuetzen-Aufruf-von-Kali-Bergleuten-zur-Menschenkette-1624917807>

Thüringer Allgemeine 05.09.2016

Politiker unterstützen Aufruf von Kali-Bergleuten zur Menschenkette

Arbeitsplätze kontra Trinkwasser-Schutz? Ist diese Frage zulässig? Am Donnerstag wollen K+S-Mitarbeiter eine Menschenkette von Unterbreizbach bis nach Hessen bilden. Sie fürchten um ihre Arbeitsplätze.

Wartburgkreis. Der Betriebsrat des Kalikonzerns K+S hat für Donnerstag, 8. September, zu einer Menschenkette von Unterbreizbach (Thüringen) bis Philippsthal (Hessen) aufgerufen. Beginn ist 13.30 Uhr. Bis 15 Uhr soll die 13 Kilometer lange Menschenkette gebildet werden.

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Christian Hirte (CDU) unterstützt den Aufruf. **„Wir dürfen in unserem Land nicht mit überzogenen Umweltstandards unsere Grundlagen für den Wohlstand ruinieren. Es darf nicht passieren, dass wir sehenden Auges tausende Arbeitsplätze riskieren“**, so Hirte.

Über die Lage im Kalirevier habe er auch am Rand einer Klausurtagung in Berlin mit dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion, Volker Kauder, gesprochen. Das Fazit: „Wir in der Politik sind in der Verantwortung, alles zu unternehmen, um Arbeitsplätze zu sichern.“

Aus dem Büro der Landtagsabgeordneten Anja Müller (Linke) heißt es: „Wir unterstützen die Menschenkette und rufen alle auf, ein deutliches Zeichen zum Erhalt der Kaliindustrie im Werratal zu setzen!“

Die Firma Kali + Salz darf derzeit keine Salzabwässer als Rückstände aus der Produktion im Untergrund in Hessen versenken. Da wegen der niedrigen Niederschläge auch nicht in die Werra entsorgt werden kann, musste Kurzarbeit angeordnet werden. Das Regierungspräsidium Kassel entscheidet über eine weitere Versenkung.

„Insgesamt 28 Trinkwasserbrunnen werden aufgrund der bisher vorgelegten Berechnungen unbrauchbar“, weist Ulf Frank, Leiter der Gemeindewerke Gerstungen, hin. Die Gemeinde Gerstungen verfolge in einem Rechtsstreit weiterhin die sofortige Beendigung der Versenkung von Salzabwasser.

Freies Wort 08.09.2016

Land bleibt bei Nein zu Laugen-Versenkung

Mit einer riesigen Menschenkette wollen Bergleute heute im Werra-Revier für den Erhalt ihrer Jobs demonstrieren. Die Thüringer Behörden wollen aber eine Versenkung von Salzlauge nicht wieder erlauben.

Von Sebastian Haak

Erfurt – Unmittelbar vor der heutigen Großdemonstration von Bergleuten im Werra-Revier hat das Thüringer Umweltministerium klargemacht, dass es bestehende Umweltschutzbestimmungen nicht wieder zugunsten des Konzerns lockern wird. Der Konzern K+S stehe aus Sicht des Landes in der Verantwortung, neue Konzepte für die Entsorgung von Kali-Lauge vorzulegen, sagt ein Ministeriumssprecher am Mittwoch in Erfurt unserer Zeitung.

Alle bisherigen fachlichen Stellungnahmen des Landesverwaltungsamtes und der Landesanstalt für Umwelt und Geologie sähen große Gefahren für das Grundwasser in der Region, sollte dem Konzern erlaubt werden, Produktionsabwässer in Thüringen in den Untergrund zu verpressen. „Aus diesem Grunde ist eine erneute Versenkung in Thüringen definitiv nicht möglich.“

Bergleute, die beim Düngemittelhersteller K+S angestellt sind, und deren Unterstützer wollen an diesem Donnerstag mit einer etwa 13 km langen Menschenkette auf ihre Angst vor dem Jobverlust aufmerksam machen. Bis zu 10.000 Teilnehmer werden nach Angaben des K+S-Betriebsrats erwartet. In der Region stünden etwa 4400 Arbeitsplätze auf der Kippe, heißt es.

Hintergrund ist, dass bei der Produktion salzhaltiges Abwasser anfällt, das jahrelang in den Untergrund versenkt oder in die Werra eingeleitet wurde. Nachdem es zunehmend Probleme mit Grundwasser-Versalzung gab, hatten die Behörden in Hessen und Thüringen keine weitere Versenkgenehmigung erteilt. Wegen des niedrigen Wasserstandes der Werra musste K+S mehrfach Kurzarbeit einlegen. In Thüringen darf ein Teil der Abwässer in der Grube Springen zwischengelagert werden.

<http://www.thueringen24.de/thueringen/article208201585/Kritik-an-K-S-Ramelow-bei-Menschenkette-im-Kali-Revier.html>

Thüringen 24 08.09.2016

Kritik an K+S: Ramelow bei Menschenkette im Kali-Revier

Die Bergleute im hessisch-thüringischen Kali-Revier treibt es aus Sorge um ihre Arbeitsplätze auf die Straße. Thüringens Regierungsvertreter unterstützen sie - und kritisieren ihren Arbeitgeber.

Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linke) will sich in die Menschenkette im Werra-Kalirevier einreihen. Mit ihr wollen Kali-Bergleute am Donnerstag auf ihre Zukunftssorgen angesichts anhaltender Kurzarbeit aufmerksam machen. Er werde am Donnerstag am hessischen Standort Hattorf sein und sich beim thüringischen Kali-Werk Unterbreizbach an der Aktion beteiligen, teilte die Staatskanzlei am Mittwoch mit. Kritik am Kali-Konzern K+S (Kassel) wegen der Umweltbelastung durch salzhaltige Produktionsabwässer kam von Thüringens Umweltministerin Anja Siegesmund (Grüne).

Ramelow erklärte, die Menschen in der hessisch-thüringischen Kali-Region hätten einen Anspruch darauf, dass Ökonomie und Ökologie beim Kali-Abbau in Einklang gebracht würden. Dafür müsse ein zukunftsfähiges Konzept entwickelt werden.

Entsorgungsproblemen für Lauge unzureichend behandelt

Siegesmund warf dem Salz- und Düngemittelkonzern vor, sich den Entsorgungsproblemen für Lauge unzureichend gestellt zu haben. „K+S ist aufgefordert, schnellstens die Salzlaugenlast weiter zu reduzieren“, sagte sie in Erfurt. Mit Blick auf die geplante Aktion im hessisch-thüringischen Kalirevier bezeichnete es Siegesmund als unzulässig, „Umweltbelange und Arbeitnehmerinteressen gegeneinander auszuspielen“.

Thüringen nehme die Sorgen der Bergleute um ihre Arbeitsplätze ernst, aber auch die Gefährdung des Grund- und Trinkwassers durch Lauge aus den Kali-Werken. K+S habe die Verantwortung, die „Produktion so zu organisieren, dass für die Lebensgrundlagen in der Region und die Umwelt kein Schaden entsteht“.

Kurzarbeit wegen Entsorgungspässen für Lauge

Wegen Entsorgungspässen für Lauge gab es in diesem Jahr häufig Kurzarbeit in den Kali-Werken Unterbreizbach und Hattorf. Der Betriebsrat bezifferte sie auf jeweils 50 Tage in jedem der beiden Werke. Grund ist, dass K+S derzeit nur eine Übergangserlaubnis der hessischen Behörden hat, um Salzabwasser begrenzt und bis Jahresende in tiefe Gesteinsschichten zu versenken. Der zweite Entsorgungsweg über die Werra ist ebenfalls begrenzt und hängt vom Wasserstand des Flusses ab.

Siegesmund verwies darauf, dass Thüringen K+S entgegengekommen sei, indem durch das Bergamt in einem sicheren Teil der stillgelegten Grube Springen Kalilauge zwischengelagert werden dürfe. Nach Ministeriumsangaben ist eine Wiederaufnahme der Versenkung von Lauge in den Boden in Thüringen ausgeschlossen. Das würde nach Einschätzung von Fachleuten die Grundwasserqualität verschlechtern. Zudem sei seit 2008 erwiesen, dass Teile der versenkten Lauge in höhere Grundwasserschichten aufsteigen.

K+S beschäftigt im Kali-Revier an der Werra etwa 4400 Menschen, davon rund 1000 in Thüringen.

http://www.agrar-presseportal.de/Nachrichten/Stellungnahme-von-Umweltministerin-Priska-Hinz-zur-Kundgebung-am-Kali-Salz-Standort-Hattorf_article22873.html

Stellungnahme von Umweltministerin Priska Hinz zur Kundgebung am Kali-Salz-Standort Hattorf

Viel zu lange habe man mit Unterstützung der Behörden und der Politik auf die Anwendung von Ausnahmeregelungen gesetzt. "Wir haben immer wieder darauf hingewiesen, dass dafür die Voraussetzungen nicht vorliegen. Nach wie vor ist nicht eindeutig zu erkennen, dass nachhaltige Konsequenzen aus dem selbstverschuldeten Entsorgungsnotstand gezogen worden sind, unternommene Versuche den Laugenanfall zu reduzieren waren und sind halbherzig und zielen darauf Zeit zu gewinnen", sagt die Bürgerinitiative weiter.

Wiesbaden (agrar-PR) - „Die hessische Landesregierung nimmt die Sorgen der Beschäftigten von K+S sehr ernst. Darum werde ich heute Nachmittag stellvertretend an der Abschlusskundgebung am Standort Hattorf teilnehmen.

Die Zukunft der Standorte im hessisch-thüringischen Kaligebiet hängt in großem Maße davon ab, wie Gewässerschutz und Kaliproduktion in Einklang gebracht werden können. Kurz: Wir brauchen eine deutliche Verbesserung der Gewässergüte von Werra und Weser unter Erhalt der Arbeitsplätze. Dafür ist eine Vollproduktion eine wichtige Voraussetzung. Mit der Ende 2015 erteilten Übergangserlaubnis für das Unternehmen K+S haben wir bereits einen Stillstand in der Kali-Produktion abgewendet – obwohl das Unternehmen vorher versäumt hatte, die über Jahre geforderten Unterlagen für das 3D-Modell und damit für die Versenkungsgenehmigung rechtzeitig bereitzustellen. Zusätzlich haben wir die Grenzwerte für die Einleitung der Salzabwässer in die Werra nicht wie ursprünglich geplant herabgesetzt.

Auch mit dem Beschluss des Bewirtschaftungsplans Salz der FGG Weser im März dieses Jahres wurden verlässliche Rahmenbedingungen für das Unternehmen geschaffen, die es ermöglichen, die Anforderungen der EU-Wasserrahmenrichtlinie in Bezug auf die Gewässergüte zu erfüllen, zugleich die Produktion sicherzustellen und die damit verbundene wirtschaftliche Bedeutung für die Kaliregion zu berücksichtigen. Dazu wurden verschiedene Maßnahmen festgelegt (Werra-Bypass, KKF-Anlage, Haldenerweiterung und -begrünung, Einstapelung), die nicht nur dem Unternehmen Planungs- und Investitionssicherheit geben, sondern auch die Arbeitsplätze sichern. Umso wichtiger ist es mir, dass die vorgegebenen Zeitpläne nicht riskiert werden.

Daher hat die Hessische Landesregierung regelmäßige Abstimmungsgespräche über die Fortschritte der Maßnahmen initiiert. Erst diese Woche habe ich dem Vorstandsvorsitzenden des Unternehmens erneut die fachliche und organisatorische Unterstützung der Landesregierung angeboten.

Ich betone allerdings noch einmal: Es liegt in der unternehmerischen Verantwortung, alles in die Wege zu leiten, was für die Umsetzung dieser Maßnahmen notwendig ist, um einen Produktionsstillstand zu vermeiden. Darum ist es wichtig, dass keine weitere Zeit verloren wird und es bei der Haldenerweiterung oder den Vorbereitungen zum temporären Werra-Bypass nicht zu ähnlichen Verzögerungen kommt wie bei der Kalibrierung des 3D-Modells. Ich hoffe daher sehr, dass das Unternehmen K+S sich in Bezug auf die Entsorgung von Salzabwässern in unterirdischen Gaskavernen in

Reckrod in der Rhön mit der Gas-Union einigen wird, um zukünftig mögliche Engpässe besser abfedern zu können.“

<http://www.mdr.de/thueringen/sued-thueringen/menschenkette-kalirevier-werra-heringen-unterbreizbach-100.html>

MDR 08.09.2016

Untereizbach Menschenkette für das Kali-Revier

Mehr als 12.000 Menschen haben sich in eine Kette für das Kali-Revier an der Werra eingereiht. Unter ihnen auch Thüringens Ministerpräsident Ramelow. Er kündigte an, auf einem Kali-Gipfel mit Fachleuten nach Wegen zu suchen, wie der Salz-Abbau auch künftig gesichert werden kann.

Mit einer Menschenkette haben Mitarbeiter des Düngemittelkonzerns K+S für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze im thüringisch-hessischen Kalibergbau geworben. Die Kette führte über 13 Kilometer von Heringen nach Untereizbach. An der Aktion unter dem Motto "Hand in Hand für die Kaliindustrie im Werratal" beteiligten sich 12.000 Menschen. Unterstützt wurden die K+S-Mitarbeiter von Familienangehörigen, Anwohnern, Beschäftigten von Zulieferern und Politikern. K+S-Betriebsratschef Harald Döll sagte, die Aktion sei der Beweis, dass es nicht nur um Arbeitsplätze, sondern um die Region insgesamt gehe.

Ramelow kündigt Kali-Gipfel mit Fachleuten an

Auch Thüringens Ministerpräsident Ramelow reihte sich in die Unterstützerkette ein. Der Linken-Politiker sagte, er wolle den Kali-Bergbau im Werrarevier für die kommenden 50 Jahre sichern. Dazu müsse man aber intensiv über neue Techniken nachdenken. Die Menge der salzhaltigen Produktionsabwässer müsse verringert, enthaltene Rohstoffe stärker genutzt werden. Ramelow erklärte, er wolle dazu auch Fachleute zu einem sogenannten Kali-Kolloquium einladen. Dieser "Kali-Gipfel" solle spätestens im November stattfinden.

K+S hat Entsorgung-Probleme

Hintergrund ist, dass K+S Probleme hat, die bei der Produktion anfallende Salzlauge zu entsorgen. Ende des vergangenen Jahres ist die Erlaubnis für die umstrittene Verpressung im Untergrund ausgelaufen. Seitdem darf der Konzern Abwässer nur noch beschränkt unter der Erde entsorgen. Auch die gleichfalls von Umweltpolitikern und Anrainern krisisierte Einleitung in die Werra ist reglementiert. Bei Niedrigwasser sind die zulässigen Salz-Grenzwerte schnell erreicht. Aus diesem Grund muss K+S bereits zwischenzeitlich die Produktion drosseln.

<http://lokal24.de/news/kreistag-fordert-loesung-fuer-ks/708830/>

Lokalo 24 21.09.2016

Kreistag fordert Lösung für K+S

Waldhessen. Das Thema K+S lässt die Region nicht zur Ruhe kommen: In der jüngsten Sitzung des Kreistags am Montag wurden noch einmal zwei Resolutionen zugunsten des Kaliproduzenten beschlossen.

Philippsthal's Bürgermeister Ralf Orth (SPD) erklärte für die SPD-Fraktion, die Situation vor Ort habe sich trotz umfangreicher Proteste nicht verbessert. Wie befürchtet reiche die begrenzte Versenkerlaubnis nicht aus, die bereits für Frühjahr dieses Jahres in Aussicht gestellte „zeitnahe Lösung“ seitens der Landesregierung stehe hingegen noch aus. Dem gängigen Argument, der Konzern habe „seine Hausaufgaben nicht gemacht“, entgegnete er, dass die Salzabwässer bereits drastisch reduziert worden seien und mit dem Vier-Phasen-Plan eine weitere Verbesserung in Aussicht gestellt worden sei.

Als überaus erfreuliche Nachricht werte er die Einstellung des Verfahrens gegen K+S-Manager in Thüringen – die Feststellung des Landgerichts Meiningen, dass der Konzern sich bei der Laugenversenkung an geltendes Recht gehalten habe, sei eine Bestätigung für die Mitarbeiter und Unterstützer. Ebenso dankte er den Teilnehmern an der Menschenkette, die ebenfalls eine große Ermutigung für die Mitarbeiter dargestellt hatte.

Die CDU-Fraktion mahnte demgegenüber in ihrer Resolution die Orientierung an den Vier-Phasen-Plan und die Rücknahme der „kurzfristigen und überzogenen Forderungen“ des neuen Masterplans. Vor allem müsse die Oberweser-Pipeline als Zwischenlösung zugelassen werden, wofür sich auch die FDP-Fraktion stark machte.

Kritik kam von den Grünen. Fraktionschefin Kaya Kinkel räumte zwar der Kaliproduktion und der Sicherung der Arbeitsplätze einen hohen Stellenwert ein, sah aber auch eine Mitschuld bei der Konzernleitung. Die Politik sei angesichts der Versäumniss von Seiten K+S ihrer Ansicht nach der falsche Adressat für Forderungen.

Dem widersprach Torsten Warnecke (SPD) energisch: Bei dem neuen Masterplan handele es sich klar um eine Einmischung seitens der Politik, nicht erprobte Verfahren ohne wissenschaftliche Grundlage einzufordern, sei eine politische Entscheidung. Das Argument der Verschleppung durch K+S wollte er nicht gelten lassen: Bei einem derart komplizierten Prüfungsprozess sei es nicht ungewöhnlich, dass immer wieder Nachgebessert werden müsse. Dass K+S dies bewusst manipulierte, nannte er „Verschwörungstheorien“.

Horst Zanger (Linke) warf den Antragstellern puren Populismus vor. K+S erpresse die Politik auf dem Rücken der Mitarbeiter. Für Erheiterung sorgte anschließend Peter Fricke (AfD), der Zanger enthusiastisch zustimmte – die Resolutionen seien in der Tat sehr populistisch im besten Wortsinne, weswegen die AfD selbstverständlich zustimmen werde.

Die Mehrheit aus CDU, SPD, FWG und FDP sorgte für den Beschluss beider Resolutionen.

11. Was sonst noch interessant war

<http://www.fr-online.de/rhein-main/verfassung-hessen-streit-ueber-verstaatlichung,1472796,34732582.html>

Frankfurter Rundschau 13.09.2016

Verfassung Hessen: Streit über Verstaatlichung

Von [Pitt von Bebenburg](#)

SPD und Linke wollen sozialistische Passagen in der hessischen Verfassung behalten.

Hessens Verfassung enthält sozialistische Regelungen. So ist die Verstaatlichung von Kohle- und Kalibergbau, Eisenbahnen und Energieunternehmen vorgesehen. Über solche Vorschriften hat der Landtag am Montag im Verfassungskonvent gestritten, der den Text von 1946 grundsätzlich überarbeiten will. CDU, Grüne und FDP stimmen darin überein, dass etwa der Sozialisierungsartikel 41 ganz gestrichen werden soll. SPD, Linke und die Gewerkschaften halten dagegen.

Der Verstaatlichungsartikel stehe im Widerspruch zum Eigentumsrecht, das im Grundgesetz verankert sei, sagte CDU-Obmann Christian Heinz. Sein Grünen-Kollege Frank Kaufmann frotselte: „Wann können wir eine Initiative der SPD-Fraktion erwarten, K+S in Gemeineigentum zu überführen?“ K+S ist ein Dax-Konzern aus Kassel, der unter anderem in Nord- und Osthessen Kali abbaut.

„Niemand von uns verbindet mit diesem Artikel die Idee, K+S zu verstaatlichen“, entgegnete Ulrich Wilken (Linke). Seiner Fraktion sei es aber wichtig, den Geist der Verfassung zu erhalten. Der Sozialisierungsartikel zeige, „mit welchem Herzblut unsere Verfassung entstanden ist“. Ähnlich argumentierte SPD-Obmann Norbert Schmitt. Bei der Verfassungsänderung müsse man „der Gefahr begegnen, dass immer mehr im Bereich der Daseinsvorsorge privatisiert wird“, sagte er.

Aussperrungsverbot strittig

Ähnliche Auseinandersetzungen gab es bei der Frage, ob das Aussperrungsverbot erhalten bleiben soll. CDU-Politiker Heinz warnte, die Formulierung wecke Erwartungen, „die nicht eingehalten werden können“. Von Bundesgerichten sei entschieden worden, dass bestimmte Formen der Aussperrung zulässig seien.

Sozialdemokrat Schmitt warnte vor einer Streichung. „Das würde möglicherweise die Gewichte verschieben.“ Der Grüne Kaufmann legte sich nicht fest. „Das muss vertieft diskutiert werden“, sagte er.

Manche Streitfälle würden wohl erst ganz am Ende des Verfassungskonvents Ende 2017 entschieden, mutmaßte Jörg-Uwe Hahn (FDP). So werde Artikel 38, der dem Staat die Lenkung der Wirtschaft nahelegt, „ganz am Schluss in einer Nacht der langen Messer stehen“, erwartet Hahn. Der Freidemokrat hält den Artikel für überholt. Darin würden „Organe“ aus Gewerkschaften und Unternehmen vorgesehen, welche die Wirtschaft im Auftrag des Staats lenken sollen. Die Einrichtung solcher Gremien sei aber „in den letzten 70 Jahren nicht einmal angedacht worden, auch nicht von der Linken“.

Gründlich überprüfen will der Verfassungskonvent, ob die Einführung von „Staatszielen“ im Grundgesetz wirkt. CDU, Grüne und SPD haben vorgeschlagen, das Ehrenamt als Staatsziel in die Verfassung aufzunehmen.

SPD-Obmann Schmitt stellte allerdings selbst infrage, ob so eine Regelung sinnvoll sei. So sei der Sport als Staatsziel in die Verfassung aufgenommen worden. Trotzdem sei er keine Pflichtaufgabe der Gemeinden, die entsprechend vom Land finanziert werden müsste, sondern eine freiwillige Aufgabe. Die Staatskanzlei solle dem Konvent eine Bilanz vorlegen, ob solche Staatsziele Wirkung entfalteten, forderte Schmitt.

<http://www.spiegel.de/auto/aktuell/volkswagen-abgasaffaere-umweltministerium-loeschte-hinweise-auf-betrugssoftware-a-1112613.html>

Der Spiegel 16.09.2016

VW-Abgasaffäre Umweltministerium löscht Hinweise auf Betrugssoftware

Dem Umweltministerium lagen nach SPIEGEL-Informationen schon vor Jahren Hinweise vor, wie Autohersteller bei Abgastests tricksen. Doch entsprechende Passagen wurden in einem internen Papier mit dem Vermerk "Tretminen" versehen - und gelöscht.

Von [Sven Becker](#), [Marcel Rosenbach](#) und [Gerald Traufetter](#)

Selten sind deutsche Aufsichtsbehörden so vorgeführt worden wie im [Skandal um VW](#). Aufgedeckt wurden die illegalen Machenschaften um manipulierte Abgasreinigungsanlagen an den Dieselaautos von US-Umweltbehörden. Als der Betrug vor genau einem Jahr aufflog, gab sich die Bundesregierung überrascht: Man habe nicht geahnt, was die VW-Konstrukteure da ausgeheckt hatten.

Doch dem SPIEGEL liegen nun Akten vor, die an der angeblichen Ahnungslosigkeit der Politik große Zweifel aufkommen lassen. (Lesen Sie hier die ganze Geschichte [im neuen SPIEGEL](#).)

Die Unterlagen stammen ausgerechnet aus dem Bundesumweltministerium - also jener Behörde, die zuvorderst verantwortlich dafür ist, dass die Atemluft in der Republik nicht verschmutzt wird.

Nach SPIEGEL-Informationen haben Beamte des Umweltministeriums Hinweise auf eine Manipulationsstrategie bei Herstellern von Dieselfahrzeugen gelöscht. Die Ministerialbediensteten strichen dabei Passagen aus einem Konzept für ein neues Überwachungssystem von Fahrzeugen, das Mitarbeiter des Umweltbundesamts (UBA) erstellt hatten. Der Vorgang datiert bereits aus dem Jahre 2008.

Kritik an Kontrolllücken wurden getilgt

Zur Erinnerung: Die Betrugssoftware von VW täuschte im Testzyklus eine korrekte Abgasreinigung der Dieselaautos vor und sorgte dafür, dass die Grenzwerte im Labor eingehalten wurden. Das Manipulationssystem konnte den Rollenprüfstand erkennen, auch, weil er immer gleich ablief. Auf der Straße stießen die Fahrzeuge dann aber ein Vielfaches der erlaubten Schadstoffmenge aus. Die VW-Fahrzeuge wurden zu Dreckschleudern.

In dem Konzept des Umweltbundesamts wurde die Funktionsweise von genau einer solchen Einrichtung erläutert, mit der die Motorsteuerung bei einem Testzyklus die Abgasreinigung hochfährt (sogenanntes cycle-beating).

"Moderne Fahrzeugelektronik", heißt es in der gelöschten Passage, könne erkennen, ob sich ein Fahrzeug auf dem "Rollenprüfstand" befinde. Die Software schalte "auf ein für die Abgas- und/oder Verbrauchsmessung optimiertes Motorenkennfeld" um.

Weiter wurde in dem Text zunächst kritisiert, dass es eine Kontrolllücke gebe. "Die Überprüfung, ob derartige Einrichtungen vorhanden sind", seien bisher "nicht vorgesehen". Die Kontrolle der Autos im Realbetrieb wäre ein wirksames Mittel gewesen, diese Lücke zu schließen.

Ein Beamter des Umweltministeriums notierte handschriftlich an diesen Stellen des Dokuments das Wort "Tretminen". Der Hinweis auf die Lücke und die ausführliche Passage zur Zykluserkennung verschwanden dann aus dem Konzept.

So erklärt das Ministerium die Löschung

Beim Umweltministerium heißt es auf Anfrage des SPIEGEL, die Streichungen seien nicht auf Druck der Autokonzerne erfolgt. Das UBA-Konzept habe vielmehr inhaltliche Schwächen enthalten, die korrigiert werden sollten. Bei den Hinweisen auf illegale Abschaltvorrichtungen habe es sich lediglich um Gerüchte gehandelt.

Doch je mehr Unterlagen zum VW-Dieselbetrug auftauchen, desto schärfer wird das Bild einer Bürokratie, die zwar strenge Grenzwerte für die Autoabgase festgelegt hat, dann aber bei der Kontrolle der Autos weggeschaut - so als hätte es eine stillschweigende Abmachung gegeben zwischen Kontrollierten und Kontrolleuren.

Die nun aufgetauchten Akten dürften Thema werden im Untersuchungsausschuss zum Dieselskandal, [der seit diesem Monat im Bundestag mit seinen Befragungen begonnen hat](#). Die Parlamentarier wollen herausfinden, ob Bundesregierung und EU-Kommission bei Gesetzgebung oder Kontrolle versagt haben.

<http://kassel-zeitung.de/cms1/index.php?url=archives/16639-Wie-bloed-die-hiesige-SPD-leider-manchmal-ist.html&serendipity%5Bcview%5D=linear>

Kassel-zeitung 29.09.2016

Wie blöd die hiesige SPD (leider) ist

Eckhard Jochum in [Umwelt](#)

Ja, zugegeben: Vieles innerhalb der großen Menge dessen, womit sich so ein armer Durchschnittspolitiker tagtäglich herum schlagen muss, ist in der Tat kompliziert. Deswegen sollte man für den Fall, dass man da oder dort Durchblick und/oder Fachwissen besitzt und vorhat, sich kritisch über mangelndes Fachwissen eben solcher Politiker zu äußern, immer daran denken, wie komplex die Dinge manchmal sind und wie wenig Zeit, Kraft, Muße, Phantasie, Lernfähigkeit und eben Fachwissen so ein geplagter Durchschnittspolitiker oft hat.

Wen ich im Heer der Vielen der eben Angesprochenen konkret meine? Ja, genau: die Herren Decker und Frankenberger, ihres Zeichens Landtagsabgeordnete der SPD. Und wohin die Kritik zielt: Die beiden Herren, zusammen mit der nicht weniger inkompetenten SPD-Frau im Europaparlament, Martina Werner, zeigen sich solidarisch mit den Kumpels von K+S, vor allem aber mit dem Vorstand von K+S, wenn sie in der HNA vom 08. Sept. 2016 die Genehmigungsbehörden auffordern, die „übergangsweise ausgesprochene Versenkgenehmigung von lediglich 725.000 Kubikmetern“ Salzabwässer nicht weiter aufrechtzuerhalten. Diese Menge sei viel zu gering, schränke die Produktion ein und gefährde die Arbeitsplätze.

Wer die Probleme des hier angesprochenen Themas auch nur ein bisschen kennt und wer begreift, um welche Dimension von Umweltgefährdung es hier geht, ist erschüttert, wie unbeleckt von allem die beiden hier in Kassel so einflussreichen Sozialdemokraten daherreden. Natürlich sind immer irgendwo Wahlen, natürlich muss die SPD inzwischen sogar in Nordhessen bei ihrer Kernwählerschaft hinter jeder Stimme herhechten, natürlich sitzt der SPD die Angst im Nacken, wenn sie in allen Umfragen für die nächste Bundestagswahl unter 20% gehandelt wird: Aber hilft es wirklich, wenn man ohne jede Kenntnis des großen Problemfeldes Salzabbau und seine Folgen in diesem Revier einfach fordert, dass weiter und unbegrenzt Salzabfälle in den Untergrund verpresst werden sollen? Natürlich hilft das nicht, weil genau dieses Weitermachen wie bisher, dieses Nicht-Eingehen auf die gigantischen Umweltprobleme, die K+S bis heute dort hinterlassen hat, dieses Nicht-Beachten neuer Produktionstechniken die Umweltprobleme verschärft und die Arbeitsplätze letztlich unsicher macht.

Es ist festzustellen, dass die Herren Frankenberger und Decker den K+S-KollegInnen, denen gegenüber sie per Zeitung Solidarität bezeugten, genau genommen in den Hintern treten bzw. ihnen einen Bärendienst erweisen mit ihrem ahnungslosen „Weiter so!“ Außerdem übersehen sie zeitgleich die vielen Protestierenden, die vielen Bürgerinitiativen und Umweltaktivisten, vor allem aber die BewohnerInnen der Region, die gegen K+S und die Folgen der rücksichtslosen Kali-Produktion auf die Straße gehen, sich informieren, sich kundig machen über mögliche technische Alternativen und die vor allem eines eint: Die Angst, in Zukunft kein sauberes Trinkwasser mehr zu haben. Was so apokalyptisch klingt, ist bereits Realität: Das Thüringer Landesverwaltungsamt hat im Juli 2016 die Nutzung des Grundwassers im Bereich der Rückstandshalde Hattorf der K+S Kali GmbH untersagt, weil davon eine Gefahr für die Allgemeinheit ausgeht. Das Grundwasser ist mit Haldenwässern verunreinigt und enthält deshalb auch beträchtliche Mengen an Schwermetallen wie Blei, Cadmium, Kupfer und Nickel. Das Problem ist den Behörden seit mindestens 2011 bekannt. Was aber wieder ein ganz anderes Thema ist...

Bevor ich auf das hiesige Revier etwas näher eingehe, erzähle ich dem geneigten Leser zunächst die Geschichte von einem anderen Werk, in einem anderen Land. Aber nicht dort, wo Aladin mit seiner Wunderlampe unterwegs ist, sondern hier bei uns, mitten in Europa: in der Nähe von Barcelona in Spanien! Das Werk dort heißt Iberpotash, gehört dem Bergwerk-Konzern ICL und produziert, wie K+S, Dünge- und andere Salze. Es ist derselben Umweltgesetzgebung wie Deutschland und damit K+S unterworfen. Eben dieses Werk, das ist kein Märchen, sondern Fakt, wird – lieber Leser, halten Sie sich fest – ab dem nächsten Jahr, also ab 2017, abstoßfrei produzieren. Was das heißt, werden Sie gleich sehen...

Im Jahr 2000 beschließt die EU, u.a. um den gigantischen Umweltschäden, vor allem aber der Gefährdung des Trinkwassers durch die Salzproduktion in verschiedenen Ländern der EU zu Leibe zu rücken, die Richtlinie 2000/60/EG (WRRL). Das Europäische Parlament und der Rat haben mit diesem Beschluss vom 23. Oktober 2000 endlich gehandelt und dem u.a. bei der Salzgewinnung europaweit betriebenen jahrzehntelangen Raubbau an Natur, Gewässern, Boden und Landschaft endlich Paroli geboten. Die erwähnten europäischen Institutionen haben mit der sog.

Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) Qualitätsziele definiert und Methoden beschrieben, wie eine gute Wasserqualität in allen Oberflächengewässern hergestellt werden kann.

Das Werk in Barcelona hat, nach langen gerichtlichen Auseinandersetzungen zwischen der spanischen Zentralregierung und der EU, mit einem 2014 beschlossenen Investitionsplan, der auf den vielsagenden und erfolgversprechenden Namen Phönix hört, inzwischen durchschlagende Erfolge erzielt, die in wenigen Monaten schon eine ganze Fülle positiver Folgen haben werden:

Mit Hilfe der deutschen Firma K-Utec, deren Gründung zurückgeht auf die Initiative von DDR-Ingenieuren, die nach dem Zusammenbruch des Landes und der Übernahme ihrer Salzwerke in Thüringen durch K+S eine High-Tech-Firma zur Vermeidung von Umweltschäden bei der Salzproduktion aufbauten, gelang es dem spanischen Werk Iberpotash, die Salzgewinnung derart zu modernisieren, dass weder weitere Aufhaldungen noch Abwassereinleitung in die Oberflächengewässer notwendig sein werden. Es wird zukünftig auch keine Verpressungen mehr in den Boden geben. Mit dieser neuen Technik ist es sogar möglich, die Restanteile der Salze in den gebirgsähnlichen Halden auszubeuten und dabei hochreines Salz zu erzeugen, das interessierte Abnehmer weltweit findet.

Nachlesen kann man das und mehr u.a. auf der äußerst informativen Internetseite der Weser-Werra-Anrainerkonferenz: <http://www.wasser-in-not.de>

Warum es der EU gelungen ist, über Druck auf die spanische Zentralregierung den dortigen Konzern letztlich – in mehreren Prozessen – zum Umdenken und Einlenken zu zwingen, kann man nur erraten. Vermutlich ist Deutschland (im Verhältnis zu Spanien) einfach zu stark und die politischen Verbindungen zwischen EU-Kommission und Bundesregierung bzw. Hess. Landesregierung zu gut, als dass es sich die EU Kommission ernsthaft trauen würde, auf der Durchsetzung bzw. Einhaltung der Vorgaben ihrer WRRL zu bestehen. Ähnliches konnte ja schon bei den Abgasregelungen für große, leistungsfähige PKW's beobachtet werden, wo die Bundesregierung bzw. Kanzlerin Merkel höchstpersönlich und ganz direkt durch ein schlichtes Veto per Telefon „Schlimmeres“ für BMW, Audi und Mercedes verhindern half. Wie auch immer es sich mit dieser politisch bedeutsamen Ungleichbehandlung zweier EU Länder resp. der Ungleichbehandlung zweier Salzgewinnungskonzerne verhält: „Hier bei uns“ bleibt seit Langem alles beim Alten.

Die Situation in „unserem“ Revier lässt sich wie folgt beschreiben: Die Aufhaldung gigantischer Mengen von Salzabfällen zu gebirgsähnlichen Halden nimmt weiter zu, die Belastung der Flüsse Werra und Weser durch große Mengen an Salzlaugen bleibt unverändert bestehen, die Verpressung von Produktionsrückständen in tiefe Gesteinsschichten (Plattendolomit ist der Fachausdruck) soll sogar wieder erhöht werden und die Auswaschung großer Mengen Salzlauge aus den Salzgebirgen, die wiederum Boden, Grundwasser und Gewässer zusätzlich belasten, besteht in erhöhtem Umfang fort, weil immer neue Produktionsrückstände aufgehaldet werden.

Vor dem Hintergrund dieses traurigen Szenarios dürfen Sie jetzt das tapfere, hochsolidarische Verhalten der beiden SPD-Genossen selbst einschätzen: Der Konzern, dem seit dem unwürdigen Gezerre am sogenannten runden Tisch, die Goldmedaille für die beste Hinhalte- und Investitionsvermeidungstaktik gebührt, bringt es fertig, gerade durch seine allen Gesetzen, Verordnungen und Richtlinien spottende Ignoranz der Umwelt und den hier lebenden Menschen gegenüber, in großem Umfang die Trinkwassergewinnung zu gefährden und die Flüsse Weser und Werra weiterhin zu verseuchen. Von der Verschandelung des Landschaftsbildes, der Minderung der Zukunftschancen durch die Verhinderung des Einsatzes von leistungsfähiger Technik ganz zu schweigen. Landesregierung und Genehmigungsbehörden machen alles mit!

Derartiges Handeln einer sturen Konzernspitze verdient keine Solidarität, von niemandem - auch nicht von Sozialdemokraten. Was es braucht ist vielmehr geharnischte und qualifizierte Kritik. Davon jedoch sind die Herren Decker und Frankenberger leider weit entfernt, vermutlich auch gar nicht fähig. Wenn K+S, angesichts fallender Aktienkurse und Salzpreise auf dem Weltmarkt, sich am Ende nach Kanada wegmacht, bleiben wir alle hier auf Ewigkeitslasten sitzen.

Auf die Presseerklärung der Herren Frankenberger und Decker, wenn es vielleicht bald soweit kommt, bin ich dann sehr gespannt!

E. Jochum